

Richard Wolff, Christian Lindner, Tanja La Croix, Bob Dylan, Tinder

Nummer 7 – 12. Februar 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Meine Teure

Die Kostenwahrheit der Frau. *Von Beat Gygi und Alex Reichmuth*

Meuterei im Bundesrat

Die Umsetzung der Einwanderungsinitiative entzweit die Regierung.
Von Hubert Mooser

«Wir dürfen Russland nicht in die Isolation treiben»

Henry Kissinger über die Fehler des Westens in der Ukraine-Krise.
Von Christine Brinck





Mount Fuji/Japan

Japans beste Garantie

Mitsubishi – die Marke mit den 3 Diamanten im Logo – steht für Innovationen und umweltgerechte Spitzentechnologie mit gewohnt hohem Kundennutzen, Allrad-Kompetenz sowie japanische Top-Qualität zu vorteilhaften Preisen. 1986 war die Einführung der 3-Jahre-Herstellergarantie von Mitsubishi eine

Pionierleistung in der Branche. 2015 doppelten wir nach: Als erster und einziger japanischer Automobilhersteller erhöhen wir die Herstellergarantie und die MAP-Mobilitätsgarantie auf **5 Jahre**. Damit bietet die Marke mit den 3 Diamanten ihren Kunden die beste Garantie aller japanischen Produzenten.



Top-aktuell: Währungs-Bonus bis CHF 6'000.-*



23'499.-*

i-MiEV – 100% elektrisch
*inkl. Währungs-Bonus 1'500.-



9'999.-*

Space Star 1.0 Inform
*inkl. Währungs-Bonus 1'000.-



14'699.-*

NEW Attrage 1.2 Intense
*inkl. Währungs-Bonus 1'500.-



15'799.-*

Lancer Sportback 1.6 Inform
*inkl. Währungs-Bonus 1'500.-



17'999.-*

ASX 1.6 Inform
*inkl. Währungs-Bonus 2'000.-



23'999.-*

Outlander 2.0 Invite
Outlander 4x4 PHEV
Intense PHEV 4x4 45'999.-
*inkl. Währungs-Bonus 4'000.-



32'499.-*

Pajero 3-Door Profi
*inkl. Währungs-Bonus 3'000.-



24'899.-*

L200 Pickup
*inkl. Währungs-Bonus 3'000.-

BESTELLSCHEIN

Ich möchte den Prospekt bestellen. Modell: _____
Interesse für eine Probefahrt. Modell: _____
Vorname, Name: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Einsenden an: MM Automobile Schweiz AG, Postfach 326, 5745 Safenwil



OFFICIAL CAR PARTNER

Genial bis ins Detail.



www.mitsubishi-motors.ch

5 Jahre/100'000 km Herstellergarantie (es gilt das zuerst Erreichte). Gültig ab 01.01.2015 für neue Immatrikulationen von Mitsubishi Neuwagen ab Modelljahr MY13. Baureihen i-MiEV, Space Star, Attrage, Lancer Sportback, ASX, Outlander, Pajero, L200. *Währungs-Bonus gültig 22.01.–28.02.2015 bei Kauf und Immatrikulation eines Mitsubishi Neuwagens. Alle Preise sind unverbindliche Nettopreise CHF inkl. 8.0% MWST und inkl. Währungs-Bonus. Maximaler Bonus: Outlander PHEV Navigator 56'999.–, Bonus 6'000.– netto 50'999.–. *Energie-Normverbrauch gesamt (Benzinäquivalent) / CO₂-Emissionen / Energieeffizienz-Kategorie: i-MiEV: 12.5 kW (1.4 l/100 km) / 0 g/km / A, CO₂ aus Stromproduktion 14 g/km, Space Star: 4.0l/100 km / 92 g/km / C, Attrage: 4.9l/100 km / 113 g/km / D, Lancer Sportback: 5.5l/100 km / 128 g/km / D, ASX: 5.8l/100 km / 133 g/km / D, Outlander: 6.8l/100 km / 157 g/km / F, Outlander PHEV: 13.4 kW (1.5 l/100 km) / 44 g/km / B, Pajero: 7.8l/100 km (8.7l/100 km) / 207 g/km / F, L200: 7.5 l/100 km / 199 g/km. CO₂-Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 144 g/km.

Am Samstag ist Valentinstag, und auch hierzulande ist es Sitte geworden, dass man sich unter Liebenden, Ehepartnern oder Freunden mit kleinen Geschenken eine Freude macht. Meistens beschenkt man sich mit Blumen oder Süßigkeiten, aber die Leute sind immer häufiger auf der Suche nach originelleren Ideen. Ein erstklassiges Beispiel für ein aussergewöhnliches Geschenk wäre die hier vorliegende Ausgabe der *Weltwoche*, sie beschäftigt sich zum Valentinstag mit der Wendung «mein Schatz» – dem Wert der Ehe und den Kosten der Frau. In diesem Sinn wünschen wir unserer Leserschaft einen schönen Valentinstag. **Seite 22**



«Allein unter Juden»: Tuvia Tenenbom.

Ob im Wartesaal beim Zahnarzt, im Bus zwischen Jerusalem und Tel Aviv oder am Postschalter: Das Buch «Allein unter Juden» von Tuvia Tenenbom liess unseren Nahostkorrespondenten Pierre Heumann nicht los. Seit dem Tod des israelischen Satirikers Ephraim Kishon vor zehn Jahren ist wohl kein Buch über den Nahen Osten geschrieben worden, das es in Sachen Humor mit Tenenbom aufnehmen kann. Tenenbom, ein gebürtiger Israeli, der seit 30 Jahren in den USA lebt, rechnet mit den Gutmenschen ab, die mit europäischen Geldern in den Nahen Osten geschickt werden, wo sie sich für ein Ende des Konflikts einsetzen sollen. Hier hört für Tenenbom der Spass auf: «Sie wollen Frieden stiften, tun aber genau das Gegenteil», fasst er im Gespräch seine Eindrücke zusammen. **Seite 48**

Den streitlustigen Zürcher Kommunikationsberater Klaus J. Stöhlker kennt man kaum im literarischen Zusammenhang. Dennoch gehört



Warum so dünne Bücher? Pedro Lenz.

er zu den besten Kennern der Schweizer Literatur. Anlässlich der bevorstehenden Verleihung der Schweizer Literaturpreise nimmt er zur hiesigen Szene eine umfassende Standortbestimmung vor. Am Schluss fragt er sich, warum die Bücher der Schweizer Autoren immer so dünn sind. **Seite 54**

Wie sollen die westlichen Gesellschaften mit der Tatsache der vielerorts rasant wachsenden muslimischen Bevölkerung umgehen? Ist ein Zusammenleben in Europa möglich? Kaum einer hat sich eingehender mit dieser Frage befasst als Bassam Tibi, ehemaliger Professor an der renommierten Georg-August-Universität Göttingen. Seine Antworten und Rezepte: **Seite 44**

In eigener Sache: Die *Weltwoche* verstärkt ihre Bundeshausredaktion. Hubert Mooser wechselt mit dieser Ausgabe von der *Basler Zeitung* zur *Weltwoche*. Der begnadete Rechercheur und intime Kenner der Bundespolitik wird für uns hautnah über das Geschehen in Bundesrat und Parlament berichten und das Wahljahr mit Reportagen und Analysen begleiten. Zudem engagieren wir einen neuen Verkaufsleiter: Sandro Gianini, zuletzt in der Kinovermarktung und bei Smart Media tätig, hat eine Lehre als Bankkaufmann gemacht und ist eidgenössisch diplomierter Marketingfachmann. Wir begrüßen die neuen Kollegen sehr herzlich und wünschen ihnen viel Freude und Erfolg. Der bisherige Verkaufsleiter Stephan Schwab, der zur *NZZ* wechselt, hat das Anzeigengeschäft sehr erfolgreich geführt und genießt bei Kunden und Kollegen einen exzellenten Ruf. Wir danken ihm für seinen grossen Einsatz für die *Weltwoche* und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

Ihre *Weltwoche*

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Hubert Mooser, Alex Reichmuth,
Markus Schär, Florian Schwab,
Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Tom Kummer, Christoph Landolt,
Dirk Maxeiner, Christoph Mörgele,
Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,
Deborah Neufeld, Daniela Niederberger,
Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
David Schnapp, Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*),
Simon Keller, Martin Kappler (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und
Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,
Sandra Noser, Gregor Szyndler,
Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),
Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini
und Stephan Schwab (*Leitung*),
Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigenindienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Voller Einsatz für die Schweiz.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Tablet verfügbar.

Probeabo
10 Ausgaben!
nur Fr. 40.–



Hitler, Stalin

Falsche Geschichtsbilder verschärfen die Ukraine-Krise.

Eine Chance für die Schweiz.

Von Roger Köppel

Russlands Präsident Putin muss im Westen weiter untendurch. Zwar versuchen sich derzeit die deutsche Kanzlerin Merkel und Frankreichs Präsident Hollande mit einer Friedensinitiative, doch es bleibt klar, dass der Mann in Moskau nach westlicher Optik die Hauptschuld am Desaster in der zerrissenen Ukraine trägt.

Ich hatte vor wenigen Monaten die Gelegenheit, bei einem Abendessen in Berlin mit hochrangigen Regierungsvertretern der Bundesrepublik über Putin zu sprechen. Ich war entsetzt über den kompromisslos kriegerischen Ton und die betonharte Abneigung gegenüber dem Kreml. Natürlich hatten die ballistischen Parolen etwas Wirklichkeitswidriges, denn die Deutschen hätten weder die militärischen Mittel noch den militärischen Willen, ihre Feindseligkeiten im Härtesten auch durchzusetzen. So blieb es bei einer merkwürdig überspannt wirkenden Gereiztheit knapp unter dem Siedepunkt der Hysterie.

Ich versuchte, die Atmosphäre durch einen vernünftig klingenden Einwand abzukühlen. Die Deutschen hätten doch keinerlei Interesse daran, die Russen zu entfremden. Die Russen seien auf industrielles deutsches Können angewiesen, ausserdem hätten die Deutschen mit den Russen jahrhundertlang hervorragend zusammengearbeitet, ja herausragende deutsche Persönlichkeiten hätten den Russen in ihrer Geschichte immer wieder geholfen, ihr Land zu zivilisieren.

Es war ein Volltreffer in den Fettnapf.

Mit einem Mal verfinsterten sich die Gesichter meiner deutschen Freunde, Augenspalten verengten sich zu Schiessscharten. Ein Minister zischte mir zu, dass die Deutschen gegenwärtig niemals mit Putin eine Übereinkunft finden könnten. Das sei ausgeschlossen, unmöglich, absolut undenkbar. Das wäre ja eine Wiederauflage jenes teuflischen Vertrags, den vor Beginn des Zweiten Weltkriegs Hitler und Stalin abgeschlossen hätten, des berühmten Nichtangriffspakts, in dessen Folge Polen vernichtet worden sei. Allein diese geschichtliche Last mache es der Kanzlerin unmöglich, den Russen entgegenzukommen. Putin wolle die alte Sowjetunion zurück, Deutschland müsse dagegenhalten.

Schlagartig wurde mir bewusst: Der Zweite Weltkrieg ist in den Köpfen dieser Politiker noch nicht vorbei. Das Trauma wirkt nach.



Weltgeschichte als Chronik der Missverständnisse.

Deutschland bleibt gefangen in seinen historischen Erfahrungen, die es geistig immer wieder durchlebt, um sie auf keinen Fall zu wiederholen.

Alles nobel, alles nachvollziehbar. Nur: Historische Analogien können in die Irre führen. Der «deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt» vom 24. August 1939 zwischen Hitler und Stalin war der temporäre Waffenstillstand zweier Schwerverbrecher, die sich darauf einigten, ihre wechselseitige Ermordung ein paar Jahre hinauszuschieben, um vorher noch reichlich Beute zu machen. Es war nicht die friedliche Übereinkunft rationaler Staatsmänner, sondern eine Art Termingeschäft der Zerstörung unter Tod-



feinden, bei dem jeder insgeheim darauf wettete, in naher Zukunft stark genug zu sein, um den jeweils anderen von der Landkarte zu löschen. Nichts von dem, was heute in der Ukraine passiert, hat damit etwas zu tun.

Putin ist kein Stalin und schon gar kein Hitler, obschon unvorsichtige Interpreten auch diese Absurdität bereits in die Arena warfen. Putin steuert eine ehemalige Grossmacht, die in den letzten zwanzig Jahren mit ansehen musste, dass ihre Grenzen um rund zweitausend Kilometer von Westen nach Osten zurückgeschoben wurden. Die Russen liessen es geschehen, dass sich Deutschland friedlich wieder vereinigen konnte und ihre einstigen Sowjetrepubliken heute grösstenteils im westlichen Verteidigungsbündnis Nato unterkamen.

Doch damit nicht genug. Berauscht von seiner EU- und Nato-Osterweiterung, begann der Westen unvorsichtig, die Ukraine zu umgarnen. Man lockte mit Bündnissen und wirtschaftlicher Hilfe. Als der gewählte Ex-Präsident Janukowitsch im Februar 2014 verfassungswidrig ohne die erforderliche Mehrheit aus dem Amt geputscht wurde, standen westliche Politiker am Maidan Spalier. Stellen wir uns vor, was in Washington los wäre, wenn die Russen bei einem Volksaufstand in Mexiko ihre Aufwartung machen würden. Der Ukraine-Konflikt hat sich Putin mindestens so aufgedrängt wie er sich ihm.

Geschichte kann klug, aber sie kann auch blind machen. Die Schablonen des Kalten Kriegs und des Zweiten Weltkriegs taugen nicht zur Beurteilung der Lage in der Ukraine. Solche Muster vertiefen nur die Gräben und drohen das Vertrauen gänzlich zu zerstören. Leider sind alle Beteiligten gegenwärtig geschichtlich etwas geblendet, und alle scheinen sie sogar gute Gründe dafür zu haben.

Die Deutschen verharren in einer Art Hitler-Starre und sind der Meinung, eine Wiederholung der Verhältnisse vor Ausbruch des letzten Weltkriegs zu sehen. Die Amerikaner glauben in Putin einen Wiedergänger der expansiven Sowjets zu erblicken. Die Russen wiederum, die einst unter Millionenopfern von Napoleon und von den Nazis überfallen wurden, wehren sich gegen Urängste der Einschnürung. Die Paranoia der einen befeuert den Verfolgungswahn der anderen. Die Weltgeschichte ist eine Chronik der Missverständnisse.

Vielleicht liegt ein besonderer Wert der Schweiz gerade heute wieder darin, dass sie nicht von den Dämonen der Geschichte heimgesucht und als neutraler und vernünftiger Gesprächspartner besonders geschätzt wird. Kann unser Land einen Beitrag zur Entdämonisierung und zur Verständigung leisten? Wir sollten uns keinesfalls in die Fronten und in die mit falschen historischen Analogien unterfütterte Fehde hineinziehen lassen. Die Schweiz steht sowohl Russland wie auch Europa mit gleicher Distanz freundlich gegenüber.



Leidenschaft Freisinn: Christian Lindner. Seite 46



Entwaffnend offen: Richard Wolff. Seite 30



Reise zu Wladimir Putins Wurzeln: Seite 38



Ökonomie der Frau: Seite 22

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar Halbgedanken**
- 9 **Im Auge Rick Schwartz, Wortfinder**
- 10 **Finanzen Rot statt Schwarz**
- 10 **Politik Linke Krise**
- 11 **Personenkontrolle Walder, Mauch, Karrer, Ermotti, Meyer, Bolliger, Schaeppi, Hongler, Hohmeister, Warnking etc.**
- 11 **Nachruf Bartgeier Athos**
- 12 **«Russland nicht in die Isolation treiben»**
Strategie Henry Kissinger über Wege aus der Ukraine-Krise
- 16 **Die Deutschen Sie sind unter uns**
- 16 **Wirtschaft Sonderfall Bundesrat**
- 17 **Ausland Strategische Ungleichheiten**
- 18 **Mörgeli Steuer- und andere Verstandesausfälle**
- 18 **Bodenmann Bayern München schlägt Zürich**
- 19 **Medien Heimatlos durch die Nacht**
- 19 **Gesellschaft Noch etwas da?**
- 20 **Leserbriefe/ Darf man das?**

Hintergrund

22 Meine Teure

Die Kostenwahrheit der Frau

- 24 **Ökonomie Gewinnoptimierung, ausserehelich**

26 Meuterei im Bundesrat

Die Uneinigkeit der Regierung in der Europapolitik

28 Nationalkonservativ und asozial

Bundesrat Alain Berset will eine zentralistische Kulturpolitik

30 Wolffs wunderliche Wandlung

Der alte Strassenkämpfer ist in seiner Rolle aufgeblüht

34 Pardini greift Genossen an

Der Unia-Industrie-Chef will einen Konkurrenten abservieren

36 Währung Von Japan lernen

37 Banken Deutsche Steuerfahnder in der Schweiz

38 Der Volkstribun

Wladimir Putin ist anders als alle Kreml-Herren vor ihm

42 Exodus aus dem Kosovo

Das Kosovo ist als Staat gescheitert

44 Welcher Islam für Europa?

Bassam Tibi: Plädoyer für einen europäischen Islam

46 Sackmesser der deutschen Politik

FDP-Parteichef Christian Lindner sucht neue Chancen

48 Unter Feinden

Der jüdische Autor Tuvia Tenenbom erhebt schwere Vorwürfe

50 «Hey, Sexy»

Tinder, die momentan beliebteste Dating-App



«Ich halte die ukrainische Krise für eine Tragödie»: Politikwissenschaftler Kissinger. Seite 12

Interview

12 «Ohne böse Absicht auf die Zehen treten»

Der amerikanische Stratege Henry Kissinger rät dem Westen dringend, in der Ukraine-Krise auf Russland und Präsident Wladimir Putin zuzugehen

Stil & Kultur

52 Stil & Kultur Frau mit Schatten

54 Bestseller

54 Literatur im globalen Tief

Klaus J. Stöhlker über das literarische Schaffen in der Schweiz

56 Auszeichnungen Klügelwirtschaft

58 Innigste Geste

Bob Dylan huldigt den beiden Erfindern der Pop-Ballade

59 Jazz Vijay Iyer Trio

60 Top 10

60 Kino «Inherent Vice»

61 Fernseh-Kritik Arthur Honegger bei «10 vor 10»

62 Namen Rasant bis legendär

63 Hochzeit Christine Schärer und Balz Müri

63 Thiel Gottlos

64 Wein Ambrosía de Tupungato: Malbec Precioso 2011

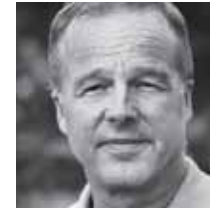
64 Zu Tisch Restaurant «Mesa», Zürich

65 Auto Opel Adam Rocks 1.0 Direct Injection Turbo

66 MvH trifft Tanja «La Croix» Wettach, DJ und Produzentin

Autoren in dieser Ausgabe

Thomas Fasbender



Gelernter Kaufmann, promovierter Philosoph, praktizierender Journalist – der gebürtige Hamburger ist ein vielseitiger Mann. Seit 1992 lebt der

57-Jährige in Moskau. In seinem Beitrag schildert der Buchautor den russischen Präsidenten Wladimir Putin, so wie ihn kaum einer im Westen kennt. Seite 38

Bassam Tibi



Der emeritierte Professor für Internationale Beziehungen wurde 1944 im syrischen Damaskus geboren und ist seit 1976 deutscher Staatsbürger. Der Autor plädiert für einen

Demokratie-kompatiblen Euro-Islam als Antwort auf die gefährlichen Bewegungen des Islamismus. Seite 44



Erstes Matrioschka-Gespräch

Russland verstehen

Putin, der Westen und die Ostukraine

Versuch einer Annäherung jenseits der Emotionen

Referat:

Thomas Fasbender
Kaufmann, Buchautor

Leitung:

Wolfgang Koydl
Redaktor Weltwoche, Buchautor

Hotel St. Gotthard, Zürich

23. Februar 2015, 18 Uhr

Fr. 150.– / Gönner: Eintritt frei

Anschliessend Apéro:

Hobelkäse-Buffer mit Züpfe

Anmeldung:

info@swissrussianforum.org

Medienpartner

DIE WELTWOCH



Gourmet-Spezial im Hotel «Hof Weissbad»

Essen wie Gott im Appenzellerland

Gönnen Sie sich eine kulinarische Zeitreise in den traditionsreichsten Kanton der Schweiz. Das Hotel «Hof Weissbad» verwöhnt Sie nach allen Regeln der Kunst: mit maximaler Erholung und seiner mit 16 Gault-Millau-Punkten prämierten Spitzenküche.

Urchige Bräuche, lüpfige Musik, kunstvoll verzierte Häuser: In den sanften Hügeln des Appenzellerlands scheint die Zeit stehengeblieben zu sein. Ideale Voraussetzung, um dem Alltagsstress zu entfliehen!

Am Fuss des Säntis erwartet Sie das authentische Hotel «Hof Weissbad» mit erstklassigem Komfort, persönlicher Betreuung und traumhafter Aussicht. Um Ihr kulinarisches Wohl kümmert sich Küchenchefin Käthi Fässler – von «Gault Millau» als Köchin des Jahres 2009/2010 ausgezeichnet. An zwei Abenden wählen Sie ein 4-Gang-Menü aus

17 verschiedenen Gerichten; und ein Mal geniessen Sie ein exklusives Gourmet-Menü, das keine Wünsche offenlässt.

Für Entspannung sorgt der innovative Spa mit eigenem Quellwasser, Innen- und Aussenbad, Saunalandschaft, Massagen und original Appenzeller Naturprodukten. Ruhe finden Sie auch im weitläufigen Hotelpark mit Wald, Wiesen, Bach, Kräutergarten, eigener Bergkäserei und Aussenbibliothek. Die Gegend erkunden Sie auf einem Elektro-Velo (Flyer), einem Mountainbike oder mit Schneeschuhen.

Platin-Club-Spezialangebot

Gourmet-Erlebnis im Hotel «Hof Weissbad»

Leistungen:

- Drei Übernachtungen mit Frühstücksbuffet
- Zwei 4-Gang-Abendessen sowie ein 6-Gang-Gourmet-Menü inkl. Aperitif und Wein
- Benützung des Wellnessbereiches
- Appenzeller Ferienkarte

Preis pro Person:

Doppelzimmer Fr. 769.– (statt Fr. 919.–)
Einzelzimmer Fr. 844.– (statt Fr. 994.–)

Buchung:

Reservieren Sie Ihr Arrangement telefonisch unter 071 798 80 80 oder per Mail an hotel@hofweissbad.ch. Bitte das Stichwort «Platinclub» angeben.

Bedingungen:

Gültig bis 30. April 2015. Vorbehalt Verfügbarkeit.

Veranstalter:

Hotel «Hof Weissbad», Im Park 1, 9057 Weissbad
www.hofweissbad.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Halbgedanken

Von Urs Gehrig — In den USA mehren sich die Stimmen, die auf eine militärische Lösung im Ukraine-Konflikt drängen. Die Forderung nach Waffenlieferungen an Kiew ist nicht abwegig. Aber ist sie auch klug?



Hoffnung ist keine Strategie: prorussischer Separatist in Uglegor'sk.

Der Waffenstillstand, der im September zu Minsk unterzeichnet worden ist, ist null und nichtig. Im Osten der Ukraine ist der Krieg voll entflammt. Fünftausend Menschen sind in dem einjährigen Konflikt getötet worden, über eine Million wurde vertrieben. Putin hat dabei beide Hände im Spiel, und dies nicht bloss mittels einiger Freischärler. Was immer Moskau anderes behauptet – man kann's sich in die Pfeife stopfen und rauchen.

Sollte also der Westen der Ukraine nicht unter die Arme greifen? «Er muss», sagt eine Gilde prominenter Politiker und Strategen in den USA. Sie fordert Waffenlieferungen, Kriegsgerät angeblich rein defensiver Art: Radar, gepanzerte Wagen, Panzerabwehrraketen, dergleichen. Die Wortführer einer Waffenhilfe reichen über die Parteigrenzen hinweg. Notabeln wie John McCain und Lindsey Graham gehören dazu, Strobe Talbott, Vizeausenminister unter Clinton, Generäle, ebenso der designierte Pentagon-Chef Ashton Carter. Schützenhilfe erhalten sie von drei renommierten Denkfabriken. In einem aktuellen Strategiepapier plädieren sie für einen Waffentransfer im Wert von einer Milliarde Dollar jährlich bis 2017.*

Obama ist gegen Waffenhilfe. Vorerst noch. Beim Gipfel mit Angela Merkel am Montag setzte Obama noch einmal auf Diplomatie. Doch die Gedanken der Washingtoner Strip-

penzieher könnten der US-Politik schon bald Biss verleihen.

Wie lautet ihr Kalkül und Ziel? «Wir wissen, der eine Punkt, um den sich Putin besonders sorgt, sind russische Opfer», sagt Ivo Daalder, ehemaliger Uno-Botschafter der USA und Mitautor des Ukraine-Strategie-papiers. «Hoffentlich werden die Verteidigungswaffen, die wir liefern wollen, die Kosten des Kriegs für Russland derart erhöhen, dass sie Wirkung zeigen.»

«Hoffentlich», sagt dieser Architekt des Waffendeals. Hoffnung ist keine Strategie.

«Wirkung zeigen»? Propagandisten einer Waffeninfusion spekulieren darauf, dass Putin zurückkriechen wird, wenn er sieht, dass ihn ein Sieg teuer zu stehen käme und blutiger ausfiele, als er kalkuliert hat.

«Präludium für eine weitere Aggression»

Nun, das ist eine Möglichkeit. Aber längst nicht die einzige. Wahrscheinlicher ist, dass Putin den Konflikt erst recht entflammen lässt. Putins Hauptargument für eine harte Linie war von Beginn weg der Vorwurf, der Westen unterminiere Russlands Sicherheit, indem er in Russlands Orbit eindringe. Die Ankunft von amerikanischen Waffen und Beratern an Russlands Grenze wäre sichtbarer Beleg dafür.

»» Fortsetzung auf Seite 10

Für 8 888 888 Dollar



Rick Schwartz, Wortfinder.

Im Johannes-Evangelium 1.1–18 steht I geschrieben: «Im Anfang war das Wort ... Alles ist durch das Wort geworden.» Für Rick Schwartz, der als Kind durch zehn verschiedene Schulen rauschte, vom College flog und mit Sprache nicht viel am Hut hatte, war es das Wort «Porno», und daraus wurden 8 888 888 Dollar, die vor einigen Tagen auf seine Konten flutschten. Schwartz, sechzig, kaufte das Wort, das heisst: die Domain, noch genauer Porno.com, also eine Internetadresse, im August 1997 einem Studenten für 42 000 Dollar ab, der sie seinerseits eine Woche zuvor für 5000 Dollar erstanden und geglaubt hatte, das Geschäft seines Lebens zu machen.

Die Acht-plus-Millionen hat jetzt eine Schmutzefirma aus Prag hingelegt, die bereits über die einschlägigen Anschriften Swingers.com und Pornotv.com verfügt. Aber es geht hier nicht um Sex, sondern um eine eher verkannte Branche im Schatten von Google und Apple, Facebook und Twitter. Und hier gewinnt nicht der schnelle Brüter, sondern der, der auf den meisten Eiern sitzt und abwarten kann. Die Porno-Adresse hatte Tricky Rick über Jahre im Leasinggeschäft parkiert und damit zehn Millionen extra gemacht. Im Laufe der Jahre sammelte er über 6000 Domains, die meisten auf Auktionen. Auf den Markt warf der einstige Handelsreisende, der in einem früheren Leben noch Hausfrauen mit Küchenapparaten beglückt hatte und zwischenzeitlich pleite war, in zwanzig Jahren lediglich zwanzig Adressen. Für Candy.com etwa kassierte er drei Millionen und partizipiert auf fünfzehn Jahre hinaus am Gewinn. Er residiert jetzt in Boca Raton in Florida, besitzt fünf Villen, alle abbezahlt, und fährt sieben Luxusschlitten. Zwar meint die Wirtschaftsbiel *Forbes*, der *gold rush* sei gelaufen, aber der Wünschelrutengänger im Netz vernimmt andere Signale: «Der Boom mit den Domains beginnt erst. Die Chinesen sind völlig verrückt nach Zahlen. Ich habe die verschiedensten Kombinationen schützen lassen.» Seine Schnaps- und Glückszahl 8888888.com wäre noch frei.

Peter Hartmann

Sei's drum, eine Alternative gebe es nicht mehr, sagt John McCain, altes Schlachttross von kriegsstrategischer Weitläufigkeit. «Putin will keine diplomatische Lösung. Er will die Ukraine dominieren. Er mag hier und dort taktische Kompromisse machen, aber bloss als Präkursorium für eine weitere Aggression.»

Laut Berichten aus dem Konfliktgebiet wird die Position der ukrainischen Truppen von Tag zu Tag schwächer. Bleibt es dabei, könnte Putin im Osten der Ukraine bald einen Puppen-Parastaat errichten. Ist es da nicht gar völkerrechtlicher Imperativ, den bedrängten Ukrainern zu helfen, ihre nationale Integrität zu verteidigen gegen einen «Zaren», der mit der Einverleibung der Krim bewiesen hat, dass er sich keinen Deut um nationale Grenzen schert? Klingt plausibel.

Dennoch sind es Halbgedanken, die da hochgehen, höher, als der Verstand reicht, Früchte der Hybris, von Leichtsinns gezeugt und eskalationsträchtig. Sie ignorieren ein zentrales Axiom des Krieges. Es lautet: «Mache keinen grossen Schritt (nicht einmal einen kleinen), bevor du ihn nicht wohlweislich durchdacht und Pläne dazu entworfen hast, was du tun wirst, wenn er nicht den beabsichtigten Effekt erzielt.»

Eskalation ohne Plan B

Die, welche einem Waffentransfer das Wort reden, haben keinen Plan B. Für Russland steht viel mehr auf dem Spiel als für die USA. Es wird hart kämpfen. Man braucht kein Ass in Geografie zu sein, um die enormen Vorteile Russlands in einem solchen Konflikt zu erkennen. Russland kann den Einsatz erhöhen, mit Waffen, Freischärlern, Beratern, eigenen Truppen, und das viel schneller, als es die USA können.

Was also dann? Dann müssen sich die USA entweder zurückziehen oder tiefer rein in den Konflikt. Warnungen werden ertönen, die amerikanische Glaubwürdigkeit stehe auf dem Spiel. Forderungen werden laut werden, den Einsatz zu erhöhen. Diesen Rat zu befolgen, könnte den Westen in den Krieg mit Russland ziehen – an dessen Türschwelle. Wäre das im amerikanischen oder in irgendjemandes Interesse?

Den Waffengedanken zu Ende zu denken, heisst: Stärkung der abgelederten Nato in ihrem Kern, in allen europäischen Mitgliedsstaaten. Heisst: höheren Wehretat sprechen, der nach dem Kalten Krieg sträflich einer Friedensdividende geopfert wurde. Das allein ist ein Zeichen der Entschlossenheit. So zeigt man Putin die rote Linie, die man mit Vehemenz zu verteidigen gewillt ist. Ob die Kraft und die Einsicht in den europäischen Kapitalen dafür ausreicht? Man möchte nichts drauf wetten.

*The Atlantic Council, Brookings Institution und The Chicago Council on Global Affairs: «Preserving Ukraine's Independence, Resisting Russian Aggression: What the United States and NATO Must Do». Februar 2015, 17 S.

Mehr zum Thema: Seite 12, 17, 38

Finanzen

Rot statt Schwarz

Von Florian Schwab — Plötzlich fehlen zwei Milliarden in der Bundeskasse. Wie kommt das?

Das Jahr 2014 wirft seine Schatten auf Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP). Ihre Steuerkommissäre haben zwei Milliarden Franken weniger eingenommen als budgetiert, wie die *NZZ am Sonntag* meldete. Am Mittwoch soll sich der Bundesrat in das Finanzloch vertieft haben. Offenbar zog die Finanzministerin dabei einen Sparplan über 1,4 Milliarden Franken aus der Schublade. Abstriche soll es bei der Strassenfinanzierung geben, während einmal mehr die Bundesverwaltung verschont bleibt, deren Kosten unter Widmer-Schlumpf um eine Milliarde angestiegen sind. Auch über die Ursachen der Lücke wird derweil gerätselt. Klar ist lediglich, dass sie etwas mit den



Finanzloch: Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

Unternehmenssteuern zu tun haben. Die *NZZ am Sonntag* sprach davon, dass sich wohl wegen «Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit und der Unternehmenssteuerreform» weniger Firmen in der Schweiz niedergelassen haben. Auf die Ansiedlung von Unternehmen und auf das Steuerrecht spezialisierte Anwälte sind skeptisch: Die zugezogenen Firmen zahlten in den ersten Jahren ohnehin geringe Steuern und handkehrum seien 2014 nicht viele Grosszahler abgewandert.

Die wichtigste Ursache dürfte also banaler sein: Widmer-Schlumpf hat zu optimistisch gerechnet. So ist eine gewisse Schwankung bei den juristischen Personen, also dort, wo offenbar die Lücke klafft, nicht unüblich. Zudem war das durchschnittliche Wachstum dieser Einnahmen zwischen 2006 (7,4 Mrd. Franken) und 2013 (8,8 Mrd. Franken) mit rund 175 Millionen Franken pro Jahr eher bescheiden – was das Finanzdepartement allerdings nicht davon abhielt, für das Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr mit üppigen Mehreinnahmen von 761 Millionen (acht Prozent!) zu rechnen. Das war wohl etwas gar unvorsichtig. Und darum färbt sich die Kristallkugel jetzt auch für die kommenden Jahre rot.

Politik

Linke Krise

Von Alex Reichmuth — Nach den Baselbieter Wahlen drohen SP und Grünen weitere Niederlagen.

Natürlich: Der Vormarsch der Bürgerlichen im Kanton Baselland zeigt deutlich, zu welcher Stärke SVP, FDP und CVP finden können, wenn sie zusammenstehen. Sie erobern vier der fünf Regierungssitze und werfen die SP aus der Exekutive. Im Parlament legen FDP und SVP deutlich zu, besetzen nun die Hälfte aller Sitze und können die Politik in Liestal dominieren. Insofern ist der Wahlausgang ein Wink mit dem Zaunpfahl an die nationalen Mutterparteien, die Animositäten zwischen den bürgerlichen Parteien beizulegen.

Der bürgerliche Sieg im Baselbiet ist aber in erster Linie auf die Schwäche der Linken zurückzuführen. Damit ist weniger gemeint, dass Grüne und Sozialdemokraten im Vorfeld mit gegenseitigen Gifteleien aufgefallen wären. Und auch nicht so sehr, dass die SP zwei Kandidaturen lancierte – mit dem Resultat, dass sich die unentbehrlichen Sympathiestimmen aus bürgerlichen Kreisen aufspalteten und es am Ende kein Kandidat schaffte.

Viele verlorene Abstimmungen

Die schlechte Performance deutet vielmehr auf generelle Probleme bei SP und Grünen hin – nicht nur im Baselbiet. Die Linken haben auf nationaler Ebene in letzter Zeit fast nur verloren. Zuerst kamen sie mit dem Mindestlohn nicht durch, dann scheiterten sie mit der Einheitskasse, und schliesslich erlitten sie mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung Schiffbruch. Bei kantonalen Wahlgängen lief es in letzter Zeit ebenfalls höchst durchgezogen. In Bern und Zug schrammten die Links-Grünen beim Regierungsrat nur knapp an einer Schlappe wie jetzt in Liestal vorbei. Kein Wunder: Zentrale linke Forderungen punkto Sozialstaat, Einwanderung und Europapolitik ziehen derzeit beim Wahl- und Stimmvolk nicht. Die einst hochgefeierte «Energiewende» verkommt immer mehr zum Papiertiger. Und nach dem Entscheid der Nationalbank gegen eine Euro-Untergrenze sind sozialistische Experimente schon gar nicht in Mode.

Doch in Liestal schimpften die Linken lieber über den «inhaltsleeren Wahlkampf» und das «Machtkartell» der bürgerlichen Sieger. Regula Rytz, Co-Präsidentin der Grünen Schweiz, versuchte derweil die Niederlage auf den «sehr ungünstigen» Wahlkampf «abzuschäufeln», um von dem Formtief der nationalen Partei abzulenken. Es sieht ganz danach aus, als ob den linken Kräften im Wahljahr 2015 weitere Niederlagen drohten.

Personenkontrolle

Walder, Mauch, Karrer, Ermotti, Meyer, Bolliger, Schaeppi, Hongler, Hohmeister, Warnking, Trefzger, Spiess-Hegglin, Hürlimann, Strehle, Sarasin, Sarrazin, Goltermann, Wildberger

Vor einem Jahr berichtete die *Weltwoche*, Ringier-CEO Marc Walder plane eine Initiative zur Stärkung Zürichs als Standort für digitale Medien. Allerdings zeige ausgerechnet Zürichs Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) dem Ringier-Chef die kalte Schulter. Nach Erscheinen des Artikels meldete sich Mauch jedoch umgehend



Liest Weltwoche: Stadtpräsidentin Mauch.

bei Walder. Mittlerweile ist die Chose ins Rollen gekommen. Ende März wird die Initiative «Digital Zurich 2025» der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit von der Partie ist neben dem Kanton Zürich und Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer auch eine Reihe hochkarätiger Firmenchefs: Sergio Ermotti (UBS), Andreas Meyer (SBB), Herbert Bolliger (Migros), Urs Schaeppi (Swisscom), Markus Hongler (Mobiliar), Harry Hohmeister (Swiss), Patrick Warnking (Google Schweiz) und Detlef Trefzger (Kühne+Nagel). Und natürlich die Zürcher Stadtpräsidentin. Wir schliessen daraus: Die *Weltwoche* wird im Stadthaus nicht nur gelesen, die Artikel stossen offensichtlich auch auf offene Ohren. (*gut*)

Im sogenannten Zuger Sexskandal sind pikante Neuigkeiten zu vermelden. Der Ehemann von Jolanda Spiess-Hegglin soll von einem Augenzeugen über ihre Romanze mit SVP-Politiker Markus Hürlimann noch während der vielbesprochenen Landammannfeier telefonisch benachrichtigt worden sein. Entsprechend unsanft wurde sie zu Hause von ihrem Mann empfangen. Was dabei genau passiert ist, müssen die laufenden Ermittlungen zeigen. (*gut*)

Nein, es war keine Sternstunde, sondern eher ein kurioser Lapsus, als *Tages-Anzeiger*-Chef-



Unsanft empfangen: Politikerin Spiess-Hegglin.

redaktor Res Strehle in der «Sternstunde Philosophie» auf SRF 1 aus Anlass der islamistischen Terroranschläge in Paris die Grenzen der Meinungsfreiheit zog. Diese lägen etwa dort, wo Journalisten den Leistungsausweis von Professoren anzweifelten, wie dies die *Weltwoche* im Fall Sarasin getan habe, sagte Strehle allen Ernstes. Warum just dies nicht erlaubt sein sollte, führte er indes nicht aus. Die Moderatorin fragte auch nicht nach, schliesslich verwechselte sie den Zürcher Historiker Philipp Sarasin mit dem ehemaligen deutschen Bundesbanker, Bestsellerautor und *Weltwoche*-Kolumnisten Thilo Sarrazin («Tugendterror»). Strehle schaute leicht irritiert in die Kamera, berichtigte den Irrtum aber nicht. Erst ein paar Tage später wurde klar, warum er wohl den vergleichsweise harmlosen Fall in diesem Zusammenhang überhaupt erwähnte: Strehle hatte ein von ihm persönlich verfasstes, feinfühliges Porträt über Sarasins Lebensgefährtin und ehemalige Geliebte Svenja Goltermann verfasst, welcher der Professor zu einem Lehrstuhl an seinem eigenen Institut verholfen hatte. Derzeit lässt die Uni-Leitung die fragwürdige Berufung durch externe Korruptionsspezialisten untersuchen. Davon war im *Tagi* freilich nicht die Rede. Goltermann durfte sich gemäss der Verteidigungsstrategie des PR-Beraters Jürg Wildberger als Opfer und Geschädigte der Medien (sprich: der *Weltwoche*) präsentieren, wie zuvor schon quasi identisch in der *NZZ am Sonntag*. Ein Schuft, wer die beeindruckende Einfühlsamkeit des *Tagi*-Chefs darauf zurückführt, dass die *Weltwoche* es sich einst auch erlaubt hatte, ein paar kritische Fragen zu Strehles eigener linksextremer Vergangenheit zu stellen, die er bis heute nicht bewältigt hat. (*gut*)



«Sternstunde Philosophie»: Tagi-Chef Strehle.

Nachruf



Sein Blut fliesst weiter: Bartgeier Athos.

Bartgeier Athos (1968–2014) — Bartgeier Athos ist tot. Er wurde 47 Jahre alt – ein Greisenalter für Bartgeier. Gelebt hat er seit 1972 im Zoo La Garenne im Kanton Waadt, zuvor vier Jahre in einem russischen Zoo. Athos hat massgeblich dazu beigetragen, dass dieser im Alpenraum Anfang des 20. Jahrhunderts ausgestorbene Wildvogel wieder den Weg zurück in unsere Region fand. Es ist auch sein Verdienst, dass der Bartgeier heute ein wachsendes Ansehen genießt. Denn kaum ein Alpenbewohner beeindruckt so sehr wie der Bartgeier. Mit seinen nahezu drei Metern Spannweite und seinem eindrucksvollen Gefieder findet dieser seltene Gebirgsvogel leicht Eingang in begeisterte Erzählungen von Berggängern. Athos hat es in den vergangenen Jahrzehnten auf eine stolze Nachkommenchaft von 25 Bartgeierküken gebracht. Viele dieser Jungtiere konnten für das Projekt zur Wiederansiedlung des Bartgeiers eingesetzt werden. Athos starb just an dem Tag, als sein 26. Küken schlüpfte. Seine Partnerin und das Team von La Garenne werden dafür besorgt sein, dass auch dieses gut aufwachsen kann. Mit Athos verliert das Wiederansiedlungsprojekt einen der ältesten und wohl auch berühmtesten Bartgeier. Doch sein Blut fliesst weiter. Die Wiederansiedlung ist auf Erfolgskurs. 200 Bartgeier leben im Alpenraum. Und so sind wir von der Stiftung Pro Bartgeier zuversichtlich, dass wir häufiger von faszinierenden Begegnungen mit den Artverwandten von Athos berichten können. Die Geschichte seines jüngsten Sprösslings lässt sich sogar via Internet auf www.bartgeier.ch/schils verfolgen.

Daniel Hegglin

«Ohne böse Absicht auf die Zehen treten»

Von *Christine Brinck* — Der amerikanische Stratege Henry Kissinger, 92, ist eine der prägendsten Figuren der Weltpolitik der letzten fünfzig Jahre. Er rät dem Westen dringend, in der Ukraine-Krise auf Russland zuzugehen, und zeigt Verständnis für die Position von Präsident Wladimir Putin.

Henry Kissingers Büro hoch oben über der Park Avenue ist dekoriert mit zahllosen Fotos, die ihn mit allen möglichen Präsidenten, nicht nur den amerikanischen, sowie Premiers, Kanzlern, Königen, Aussenministern aus aller Welt zeigen. Seit Kissinger 1969 seine offizielle Washingtoner Karriere begann (informell hatte er schon Kennedy beraten), ist er eine weltweit bekannte – und gefragte – Figur. Mit seinen 91 Jahren ist er noch immer den ganzen Tag im Einsatz. An einem ganz normalen Mittwoch kann es passieren, dass er morgens Studenten mit ihrem Professor empfängt, die aus Harvard angereist sind, dann einen Lunch-Termin mit einem Schwergewicht aus Politik und Wirtschaft hat, dann seine Frau im Krankenhaus besucht, später bei einer Preisverleihung die Laudatio hält und schliesslich zu einem Präsidentengeburtstag eilt. Das Gehen mag ein wenig beschwerlich geworden sein, das Denken ist es nicht. Sein Witz ist ungebrochen, seine Neugier auch. Aus den angedrohten dreissig Minuten wird dann doch eine Stunde.

Ihr jüngstes Buch hat den knappen Titel «World Order». Aber die Welt ist aus den Fugen, wie Hamlet einst klagte. Warum jetzt, warum nicht zehn, zwanzig Jahre früher?

Vor zehn, zwanzig Jahren glaubten wir, in einer etablierten Weltordnung zu leben, die nur an ein paar Orten aus den Fugen geraten war. Heute müssen wir erkennen, dass das Konzept der Weltordnung nicht universell gilt. Stattdessen gibt es unterschiedliche Vorstellungen von Ordnung, die miteinander konkurrieren. Ich habe mich mit der Frage freilich schon in meinem ersten Buch beschäftigt, aber da habe ich mich auf den europäischen Kontext beschränkt [«Diplomacy», auf Deutsch: «Die Vernunft der Nationen», 1994, d. Red].

Früher gab es immer nur einen Herausforderer, der gegen die etablierte Ordnung aufstand – zum Beispiel die Sowjetunion im Kalten Krieg. Heute sind da Russland, China, der Iran, der Islamische Staat ...

Eine Unterscheidung: Früher war es einer versus die Etablierten. Jetzt geht es um unterschiedliche Konzepte. Ein Brite schrieb mir in einem Brief zu meinem Buch: «Haben Sie über das Problem nachgedacht, dass Sie über die Wiederherstellung einer

Weltordnung schreiben, während wir bereits in einer neuen Weltordnung leben, die Sie nur ungern akzeptieren? Und wären Sie bereit, diese neue Ordnung als solche zu akzeptieren?» Interessante Frage ...

Wie würden Sie denn die gegenwärtige Weltordnung beschreiben? Sie ist nicht bipolar, nicht multipolar, auch nicht apolar. Welche Institution könnte denn diese Ordnung aufrechterhalten?

Theoretisch haben wir eine Art Weltordnung in dem Sinne, dass jeder Lippenbekenntnisse ablegt zum Westfälischen Frieden [beendete den Dreissigjährigen Krieg, d. Red.], der sich auf die Souveränität aller Staaten stützt. Doch viele legen diese Ordnung unterschiedlich aus, und manche wollen sie nicht akzeptieren. Der Islamische Staat beispielsweise und der Iran in seiner offiziellen Ideologie. Russland ist wie Russland seit eh und je: halb drinnen und halb draussen. Für westliche Politiker ist die Sache schwierig. Wenn wir mit den Chinesen reden, denken wir an ein Rechtssystem, das auf Souveränität gründet. In ihrer Geschich-

«Ich bin ein ehrlicher Bewunderer von Bundeskanzlerin Angela Merkel.»

te haben die Chinesen nicht mit dem Begriff der Souveränität gelebt. Ihr Verhaltenskodex kennt keine Kultur einer Weltordnung. Sie haben ein China-zentriertes Konzept. Das heisst: kein imperialistisches im Sinne der Besetzung anderer Länder. Vielmehr betrachteten sie Länder, die sich ihnen zuwendeten, als Tribut zahlende Staaten.

Kann es überhaupt eine Weltordnung ohne einen Hegemon geben?

Der Hegemonial-Instinkt ist ein uralter. Die einzige Zivilisation, die Ordnung auf einer Vielzahl von Staaten gegründet hat, ist der Westen. Überall sonst war Weltordnung imperial. Die westliche Idee von Ordnung beruht auf zweierlei: auf einer Vielzahl von Staaten, obwohl einige auf dieser Bühne hervorgehobene Rollen spielten, und vor allem auf einer gemeinsamen Ideologie, welche die vielen zusammenhielt. Heute aber herrschen andere Bedingungen.

Welche?

Anders als damals würde heute ein Krieg zwischen Grossmächten die Beschaffenheit

der Welt total aus den Angeln heben. Ein solcher Krieg würde in einem Monat schaffen, wozu der Erste Weltkrieg vier Jahre brauchte – aber mit noch übleren Folgen. Das erklärt die nie dagewesene militärische Zurückhaltung der grossen Mächte. Neu sind ebenfalls Umwelt- und Klimaprobleme, die Verbreitung von Atomwaffen, die ihrer Natur nach global sind. Das macht die Lösungen nicht einfacher. Nehmen Sie die Atomverhandlungen zwischen den USA und dem Iran: kein sinnvolles Übereinkommen seit vielen Jahren.

In der Vergangenheit hat Grossbritannien das System garantiert, dann den Stab an Amerika weitergereicht. Barack Obamas Amerika scheint nicht mehr so richtig zu wollen. Wer könnte jetzt den Stab übernehmen?

Interessante Frage, die zu einem anderen Aspekt führt. Jedwede frühere Ordnung trug eine Balance in sich, oder sie hatte jemand wie England, der das Gleichgewicht von aussen aufrechterhielt. Heute gibt es verschiedene Gleichgewichte auch in Asien – eines im Nordosten, eines im Südosten. Wenn man aber eine gesamtasiatische Balance will, braucht man Amerika nicht als Ausgleicher von aussen, sondern als Mitglied des Systems.

Also mittendrin, nicht rein und raus. Braucht ein Gleichgewichtsgarant nicht einen Metternich oder Bismarck, die alle Bälle in der Luft halten konnten? Die USA waren der Hegemon nach 1945. Hat George W. Bush es mit seiner Machtüberhebung verspielt? Oder tut das jetzt Obama mit seiner Devise: «We have no strategy»?

Die Notwendigkeit einer permanenten Strategie ist nicht Teil amerikanischen Denkens. In diesem ist der Weltfrieden die Normalität. Treten Störer auf, müssen die bestraft werden. Oder wir legen ein Programm auf wie den Marshallplan oder die Nato. Amerikanische Programme sind immer nur auf Zeit konzipiert. Eine Weltordnungsstrategie hingegen bedarf eines permanenten intellektuellen Fundaments.

In «World Order» nennen Sie den Westfälischen Frieden als klassisches Beispiel einer Weltordnung. Das System ordnete freilich nur die Welt des Westens nach dem Dreissigjährigen Krieg ...

... hat sich aber über die ganze Welt verbreitet. >>>



«Ich halte die ukrainische Krise für eine Tragödie»: Politikwissenschaftler Kissinger.

Leiden wir jetzt an der Unzufriedenheit jener, die an der Abfassung dieser Regeln nicht beteiligt waren?

Die Mehrheit der Menschheit hat keine Ahnung vom Westfälischen Frieden. Er bezog sich auf einen winzigen Teil der Welt. Unzufrieden? Auf jeden Fall besteht der Rest der Welt, vorweg China, auf einer neuen Weltordnung. Indien könnte dazukommen.

Sind diese Länder revisionistisch, im Sinne von: «Ich will mehr für mich»? Oder revolutionär, also einwendend: «Ich will diese Weltordnung nicht»?

Ich würde sagen, Russland ist revisionistisch. China ist irgendwie revisionistisch, der Iran ist revolutionär. Doch wohin sich China wenden wird, ist heute nicht absehbar; es kann auch ins Revolutionäre kippen.

«Die Krim-Krise hätte dazu benutzt werden sollen, Russland in der Gemeinschaft zu halten.»

Ordnung verlangt immer ein Mass an Zurückhaltung. Russland zeigt gegenwärtig solche Zurückhaltung nicht. Mit Blick auf die Ukraine: Was könnte oder sollte der Westen tun? Oder müsste er getan haben?

Ich halte die ukrainische Krise für eine Tragödie. Schritt für Schritt haben vernünftige Leute annehmbare Ziele angesteuert, doch dabei eine gefährliche Situation geschaffen, die von historischem Ausmass sein könnte. Meiner Meinung nach war das völlig unnötig.

Wieso?

Was immer man von Putin hält, er hat zehn Jahre seines Lebens dafür gegeben, die Olympischen Spiele nach Russland zu holen, er hat fünfzig Milliarden Euro für Sotschi ausgegeben, er kann nicht vorgehabt haben, nach den Spielen eine ukrainische Krise anzuzetteln. So muss man sich fragen: Wie ist er an diesen Punkt gekommen? Das rechtfertigt keine seiner Aktionen, aber es kann nicht sein, dass er es just zu diesem Zeitpunkt so geplant hat.

Wenn es nicht geplant war, was war der Grund?

Bei den Spielen versuchte Putin doch, Russland als ein Mitglied der internationalen Gemeinschaft vorzustellen. Man kann natürlich sagen, es sei alles eine gigantische Posse gewesen. Aber das ist Unfug. Jeder hat Fehler gemacht. Die Europäer dachten, sie könnten mit den ukrainischen Verhandlungen Innenpolitik betreiben, und stellten Forderungen etwa zu der früheren Regierungschefin Julia Timoschenko. Oder finanzielle Bedingungen, die hart für die Ukrainer

waren. Nachdem die Ukrainer diese Forderungen zurückgewiesen hatten, überzogen die Russen und boten sich als Ersatz an, zum Beispiel als Geldgeber.

Und die Europäer?

Die gerieten daraufhin in Panik und eskalierten ihre Vorschläge. Die Russen schlugen dann Dreierverhandlungen vor, welche die Europäer ablehnten. Dies ist alles zweitrangig im Vergleich zur Sünde der Staatenlenker. Keiner von denen sagte: «Moment mal, hier geht es ums Eingemachte, um die Zukunft Russlands, der Ukraine, Europas und Amerikas. Wohin treiben wir?» Insbesondere wir, die Amerikaner, haben in dieser Phase gar nichts getan; wir hatten nicht einmal einen Botschafter in Moskau. Psychologisch war der Westen auch nicht geschickt. Viele Regierungsgrößen wollten sich bei den Spielen nicht zeigen, was die Russen als Beleidigung wahrnahmen. Wären sie in Sotschi gewesen, hätten sich vielleicht Gelegenheiten zum Reden ergeben.

Es ging nicht nur um Aussenpolitik, sondern auch um eine demokratische Revolution – Stichwort Maidan.

Der Westen hat die Erhebung in Kiew als lokale Angelegenheit betrachtet: Demokraten kontra das Regime, obwohl die Regierung mit einer Mehrheit gewählt worden war. Viele westliche Länder schickten ihre Repräsentanten auf den Maidan und heizten die Sache so an. Wenn man es von der Warte Moskaus aus betrachtet, besteht kein Zweifel daran, dass Russland stets die nostalgische Neigung hatte, die Ukraine heim nach Russland zu holen. Bis 2014 dachten sie, sie könnten das über einen längeren Zeitraum hinkriegen. Und plötzlich schlittert die Ukraine in die westliche Sphäre als



«Streng reagiert»: Merkel, Kissinger, 2013.

Folge innenpolitischer Verwerfungen – mitten in den Sotschi-Feierlichkeiten. Eine Beleidigung.

Und die Krim?

Ich rechtfertige die Besetzung der Krim nicht. Aber darum geht es nicht. Der Punkt ist, dass der Westen bis heute nicht verstanden hat, dass selbst diese Krise dazu hätte benutzt werden sollen, Russland in der Gemeinschaft zu halten und nicht in die Isolation zu treiben. Aber mit dieser Ansicht stehe ich fast allein da.

Sie favorisieren persönliche Gespräche, also müssen Sie mit Steinmeier und Kanzlerin Merkel zufrieden sein, die häufig das Gespräch, oft per Telefon, mit Putin gesucht haben. Glauben Sie, Frau Merkel gehe zu hart mit Putin um?

Ich weiss nicht genau, aber ich denke, nötig ist eine konzeptionelle Diskussion mit Putin: Wo wollen wir hin? Deutschland wäre nicht stark genug, um das ohne die USA zu machen. Merkel ist nicht in der Position, Putin die konzeptionelle Debatte anzubieten, die er sich wünscht. Auch hier wird Amerika gebraucht. Berlin und Moskau sind in der Zwickmühle. Es tut mir leid, dass Merkel in ihrer Enttäuschung so streng reagiert. Gleichwohl bin ich ein ehrlicher Bewunderer der Bundeskanzlerin.

In knapp zwei Jahren wird der nächste Präsident gewählt. Wenn das heute wäre, was würden Sie ihm zuvörderst raten?

Was wir gerade besprochen haben. Das Russlandproblem kann nicht mit einer taktischen Diskussion gelöst werden. Wir können alle möglichen Vereinbarungen treffen,

doch solange das offenbleibt ... Nehmen wir beispielsweise China. Beide Länder haben gesagt, dass sie Beziehungen etablieren wollen, die zeigen, wie Grossmächte, die potenzielle Rivalen sind, kooperieren können. Aber sie tun es nicht, sie schieben es auf, es bleibt eine offene Frage. Es liegt in der Natur der Sache, dass eine etablierte Macht und eine aufstrebende Macht einander ohne böse Absicht auf die Zehen treten. Dafür muss ein Rahmen gefunden werden, und so weit sind wir noch nicht.

Friedrich der Grosse trat auf die Zehen der Grossmächte, Bismarck-Deutschland auf die Englands, Japan auf die Amerikas ...

... ja, und es führte immer zum Krieg.

Und welche Lehre ziehen wir daraus?

Wenn der Herausforderer denkt, er lebe immer noch in der alten Welt, dann wird es explosiv.

Bei der letzten Münchner Sicherheitskonferenz haben Sie sich für die Menschenrechte starkgemacht. Das hat manche gewundert, da Sie doch als Realpolitiker gelten. Wie sollte man für Menschenrechte eintreten, laut oder leise?

Meine Überzeugung war und ist, dass die Menschenrechte wichtig sind, aber sie können nie der exklusive Aspekt unserer

Aussenpolitik sein, weil das zu unlösbaren Konfrontationen führen würde. Wir in der Nixon-Regierung haben zum Beispiel die jüdische Auswanderung aus Russland von 700 auf fast 40 000 erhöht, indem wir den Russen gesagt haben, wir hätten keinerlei Recht, etwas zu fordern, was eine innen-

«Meine Frau und ich führen ein Leben, das keine Trennung von Arbeit und Familie vorsieht.»

politische Angelegenheit sei. Aber sie würden an unserer Aussenpolitik erkennen, was uns wichtig ist. Auf dieser Basis haben wir jährlich die Zahlen erhöht. Wir haben die Menschenrechte nicht als globales Recht hinausposaunt, aber wir haben sie gut verhandelt.

Die EU hat für die Aussenpolitik mittlerweile eine direkte Telefonnummer. Würden Sie heute Federica Mogherini, die Aussenpolitik-Repräsentantin der EU, anrufen oder doch lieber David Cameron oder Angela Merkel?

Ich würde vermutlich Merkel anrufen und würde die Möglichkeit offenlassen, dass eines Tages Europa eine echte Aussenpolitik hat und nicht nur einen bürokratischen Kompromiss.

Gibt es noch Raum in der Weltordnung für kleine, unabhängige Länder wie etwa die Schweiz? Haben sie allein noch eine Chance?

Es kommt wirklich auf das Land an. Die Schweiz hat sich so positioniert, dass sie in globalen und europäischen Wirtschaftsfragen mitmachen kann, aber sich strikt aus politischen Fragen heraushält. Bis jetzt hat das gut funktioniert. Andere Länder wie Finnland partizipieren politisch, ohne zu einer Gruppierung zu gehören.

Viele glauben, dass Menschen wie Sie kein Privatleben haben. Sie sind 91 Jahre alt, immer noch ein Workaholic, und Sie haben gerade ein dickes Buch herausgebracht. Haben Sie je Zeit für Freunde und Familie?

Meine Frau Nancy und ich führen ein integriertes Leben, das keine Trennung zwischen Arbeit und Familie vorsieht. Sie liest alles, was ich schreibe. Für uns sind Arbeit, Freunde und Familie ein Leben.

2013 haben Sie Ihren neunzigsten Geburtstag in New York mit allen noch lebenden amerikanischen Aussenministern und Sicherheitsberatern gefeiert. Allein diese hätten einen halben Raum füllen können. Haben Aussenminister vielleicht ein Langlebigkeits-Gen, und sind Jetlags am Ende gesund?

Scheint so zu sein!

○

**Mode machen wir nicht.
Aber rund um Ihre Anlagen treffen Sie
auch bei uns dank Expertenberatung
die besseren Entscheide.**



Beratungstermin vereinbaren unter www.zkb.ch/anlagen

Klar, kompetent, individuell. Wir beraten Sie mit ausgewiesener Expertise für die beste Anlagelösung. Unser Ziel ist Ihr nachhaltiger finanzieller Erfolg.

Die nahe Bank



Zürcher
Kantonalbank

Sie sind unter uns

Von Henryk M. Broder —
Ausflug ins Bielefeld des Nordens.



Seit zwanzig Jahren kursiert im Netz eine Fiktion mit dem Namen «Die Bielefeld-Verschörung». Sie besagt, dass es die Stadt Bielefeld nicht gibt, dass es sich um eine Inszenierung der CIA, des Mossad oder von Ausserirdischen handelt. Es ist eine jener Verschwörungstheorien, die sich selbständig gemacht haben und immer neue Blüten treiben. Wie «Elvis lebt», «9/11 war ein Insiderjob» oder «Die Aliens sind unter uns».

Nun, ich glaube weder an Ausserirdische noch an Verschwörungstheorien, und wenn die CIA und der Mossad nur halb so schlau wären, wie ihnen unterstellt wird, wäre Edward Snowden nicht bis nach Moskau gekommen und Bibi Netanjahu längst von seiner Frau Sarah geschieden. Aber ein Restzweifel bleibt. Vielleicht haben die Verschwörungstheoretiker in diesem Fall ausnahmsweise recht. Ich bin deswegen nach Bielefeld gereist und kann Ihnen versichern:

Die Stadt gibt es wirklich. Sie hat 320 000 Einwohner, einen internationalen Flughafen, von dem man ohne Umsteigen nach Barcelona, Boston, Helsinki, London, Mailand, Paris, New York, Orlando, Toronto, Trondheim und Zürich fliegen kann. In Bielefeld gibt es ein städtisches Theater und ein Landestheater, mindestens fünf private Theater, dazu etwa achtzig Theatervereine, die von Amateuren betrieben werden, eine Oper, zwei Sinfonieorchester, sieben Universitäten, eine Musikhochschule, eine Kunstakademie, 24 Museen für klassische und moderne Kunst. In der Stadt erscheinen drei Tageszeitungen, ein Dutzend Kultur-, Literatur-, Mode-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmagazine. In Bielefeld werden pro Kopf mehr Bücher verlegt und gekauft als in jeder anderen Stadt. Letztes Jahr hat fast eine Million Touristen Bielefeld besucht, der Tourismus nimmt jährlich um 15 Prozent zu, jeden Monat wird ein neues Hotel eröffnet, im Sommer müssen Schulen und Turnhallen zu Herbergen umfunktioniert werden. In ganz Bielefeld gibt es keinen einzigen McDonald's, dafür aber eine beachtliche Zahl von Restaurants, die beste regionale Spezialitäten anbieten. Dazu Cafés, wie man sie sonst nur in Amsterdam, Krakau und Salzburg findet.

Ja, Bielefeld ist wirklich eine Reise wert. Pardon, sagte ich Bielefeld? Ich meine natürlich Island, die Insel unter dem Polarkreis.

Sonderfall Bundesrat

Von Silvio Borner — Wenn die Finanzministerin in Singapur das Gegenteil dessen sagt, was die Bundespräsidentin am Tag zuvor in Brüssel vertrat, dann weiss man: Etwas ist faul im Staate.

Dieser Kolumnist befasst sich normalerweise mit dem Inhalt einzelner wirtschaftspolitischer Entscheide. Als politischer Ökonom muss man sich darüber hinaus fragen, ob systematisch auftretende Politikfehler institutionelle Ursachen haben. Dies in Analogie zu unternehmerischen Entscheiden, wo man von Corporate Governance spricht.

Zur «Governance» der Eidgenossenschaft: Wie alle anderen Demokratien kennt auch die Schweiz eine Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Justiz. Wenn vom Sonderfall Schweiz die Rede ist, kommt man reflexartig auf die Rolle des Volkes, das eben nicht nur die Legislative wählen darf, sondern via Referenden und Initiativen über Sachfragen abstimmen kann.

Auch andere Länder haben Plebiszite, die jedoch von oben angeordnet werden. Wir sind die Einzigen, die via Unterschriftensammlung auf Bundesebene Sachfragen an der Urne entscheiden können. Diese Volksrechte stehen bei allen Krankheitsdiagnosen der schweizerischen Politik im Zentrum. Zu Unrecht. Weil die Initiative auf Verfassungsebene stattfindet, haben wir in der Schweiz im Unterschied zu den meisten anderen Demokratien auf Bundesebene keine Verfassungsgerichtsbarkeit. Sie ist die logische Folge der halbdirekten Demokratie.

Nur haben wir eben noch einen weiteren Sonderfall, der mit der direkten Demokratie nichts zu tun hat: die Exekutive in Gestalt eines Bundesrats mit sieben Mitgliedern, die vom Parlament auf jeweils vier Jahre fest gewählt werden. Eine Wiederwahl kann abgelehnt werden; dies ist aber erst zweimal (bei Ruth Metzler und Christoph Blocher) vorgekommen. Die Bundesräte sind somit eine Exekutive, aber keine Regierung, wie man sie sowohl von einem präsidialen System (zum Beispiel den USA oder Frankreich) oder einem parlamentarischen (zum Beispiel Grossbritannien oder Deutschland) kennt. Ein Präsidialsystem lässt den Präsidenten durch das Volk wählen. Dieser bestimmt jetzt aber seine Regierung in Form eines Regierungskabinetts. Der Präsident ernennt die Minister, die vom Parlament bestätigt werden müssen. Und der Präsident entlässt die Minister, wenn sie ihm nicht mehr passen oder ihm gar zuwiderhandeln.

Hätte der amerikanische Finanzminister in Singapur das Gegenteil dessen gesagt, was Obama einen Tag zuvor in Brüssel äusserte, dann wäre er am Tag danach in die Wüste geschickt worden. Oder stellen Sie sich vor, im amerikanischen Kabinett würde öffentlich abgestimmt, und jedes Mal käme eine Mehrheit im Verhältnis 4:3 heraus: unvorstellbar!

Feinde unter sich

In einer parlamentarischen Demokratie wählt das Volk die Abgeordneten. Die Partei, welche die Wahlen gewinnt, stellt die Regierung und ernennt einen Ministerpräsidenten. Verliert dieser die parlamentarische Mehrheit, sind er und seine Minister weg vom Fenster. Der Premier sucht sich seine Minister ganz ähnlich wie der amerikanische Präsident selber aus und kann jeden jederzeit ersetzen. Stellen wir uns vor, der britische Finanzminister hätte in der Griechenland-Frage nach dem Besuch von

Zipras in London einen Tag später in Singapur das Gegenteil des Premierministers hinausposaunt. Er wäre sofort vom Premier entlassen worden.

Unsere Bundesräte sind als Departementsvorsteher stattdessen eher oberste Beamte. Der Bundesrat ist als Kollektiv-Exekutivorgan konzipiert. Das hat im 19. Jahrhundert prächtig funktioniert,

weil alle Bundesräte freisinnig waren. Es hat auch später gut funktioniert, weil wir sogar im Bundesrat eine Konsenskultur mit klarer bürgerlicher Mehrheit hatten. Volksinitiativen wurden daher in erster Linie von den sich als Minderheitsopposition verstehenden Linken lanciert. Die meisten sozialistischen Vorstösse wurden aber vom Volk abgeschmettert.

Doch heute haben wir eine Mitte-links-Regierung mit einer häufigen 4:3-Spaltung zugunsten einer Koalition von SP, BDP und CVP und zulasten der freiheitlich-marktwirtschaftlichen Minderheit von FDP und SVP, die sich aber gegenseitig als Hauptfeinde betrachten. Wir haben keine Regierung und daher auch keine Ministerinnen, die man schassen kann. Wie will der Bundesrat mit der EU verhandeln, wenn die «Bundespräsidentin» eine Schutzklausel aushandeln will und die «Finanzministerin» einen Tag danach eine neue Volksabstimmung verlangt? Aber welche der beiden Bundesrätinnen sollte man aus dem Verkehr ziehen? Vielleicht beide? Oder besser alle drei?



Strategische Ungleichheiten

Von Hansrudolf Kamer — Der Westen hat keine Antwort auf das russische Vorpellen in der Ukraine. Krisendiplomatie dient der europäischen Nabelschau. Zu Amerika öffnen sich alte Gräben.



In der Krise um die Ukraine hat wieder eine kriegerische Phase begonnen. Je intensiver sich die europäische Diplomatie unter Führung der deutschen Bundeskanzlerin Merkel mit dem französischen

Assistenten François Hollande bemüht, einen Waffenstillstand herbeizureden, desto unglaubwürdiger wird das Ganze. Die territoriale Kontrolle über den Südosten der Ukraine, die der starke Mann im Kreml anstrebt, wird schrittweise ausgeweitet.

Der Hauptgrund für den russischen Erfolg ist in einer strategischen Ungleichheit zu suchen. Amerika, der einzige Player im Westen mit genügend Gegenmacht, hat unter Präsident Obama kein Interesse an der Ukraine. Europa ist intellektuell, politisch, wirtschaftlich und militärisch zu schwach, um die Ukraine ins eigene Lager zu ziehen und sie auf westlichen Standard zu bringen. Das übersteigt seine Möglichkeiten.

Für Russland gilt das Gegenteil. Sein Präsident hat ein eminentes Interesse am alten Grenzland. Dieses Interesse ist sehr konkret. Wladimir Putin will politische, wirtschaftliche und militärische Kontrolle. Die Ukraine wirtschaftlich modernisieren will er nicht – im Gegenteil. Er denkt neoimperialistisch.

Die Vorteile liegen bei ihm: die geografische Nähe, die Kontrolle über die Medien im eigenen Land, die weitgehende Freiheit des Handelns und die Schwäche, Zerstrittenheit und Nervosität des Gegners. Weshalb überlässt der Westen die Ukraine dann nicht einfach Russland und wäscht seine Hände in Unschuld?

Vielleicht kommt es dazu, wenn sich der rhetorische Pulverdampf verzogen hat. Aber noch hängt der Westen an der Vorstellung, er habe den Kalten Krieg gewonnen, sei bärenstark und seine Rezepte seien universell gültig. Er will seine Friedensordnung über den alten Kontinent stützen. In den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 wurde diese Sicht der Dinge in diversen Abkommen und Verträgen festgehalten. Das ist inzwischen lange her.

Verträge sind einzuhalten, sicher, aber man kann sie auch brechen, unterlaufen oder nicht

beachten. Die Geschichte ist reich an Beispielen. Wer diese Möglichkeit ausser Acht lässt und die atmosphärischen Veränderungen im Weltgeschehen nicht wahrnimmt, wird früher oder später den Kürzeren ziehen. Wer den Friedhof besucht, wird einen Grabstein finden, auf dem steht: «Hier ruht John Maynard. Er war im Recht.» Auf's Wirtschaftliche bezogen, sagte einmal der wieder populäre John Maynard Keynes: «In the long run we are all dead.» Er meinte, sich mit der langfristigen Perspektive zu trösten, sei gefährlich.

Im russischen Orbit

Obama lehnt sich zurück und überlässt das Reden und Verhandeln Merkel. Wobei von Verhandeln nicht die Rede ist. Sie hat nichts anzubieten. Es ist rhetorische und visuelle Geschäftigkeit ohne Ergebnis. Verbale Unterstützung erhält sie vom auf allen Kanälen präsenten Martin Schulz, dem Präsidenten des EU-Parlaments, der stolz verkündet, Europa habe das Krisenmanagement den Amerikanern weggenommen und auf seine Ebene gezogen – innerdeutscher Aktivismus mit anti-amerikanischer Spitze.

Alles, was in den vergangenen neun Monaten geschehen ist, hat nur gezeigt, dass sich der Westen an überholte Vorstellungen klammert. Die Art und Weise, wie Putin die Krim annek-

tiert hat und wie er den Osten der Ukraine mit begrenzten militärischen Mitteln unter der Kriegsschwelle destabilisiert, lässt den Westen alt aussehen. Die Ukraine als Muster für die Zukunft?

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hat die Nato zwar neue osteuropäische Mitglieder aufgenommen, sie aber militärisch nur ungenügend abgesichert. Die Mitgliedsregierungen vertrauten darauf, dass allein die Nato-Mitgliedschaft ein revisionistisches Russland vor militärischen Abenteuern abschrecken werde. Die militärische Doktrin dafür lautet «Verteidigung in der Tiefe». Man vernachlässigt die Verteidigung im Grenzbereich und konzentriert die eigene Stärke im Innern.

Dass diese Dinge nicht mehr zusammenpassen, ist offensichtlich. Die Abschreckung funktioniert nicht, weil Russland sieht, dass die westliche Allianz politisch uneinig ist und in diesem Szenario nur langsam reagieren würde, falls überhaupt. Die konventionelle militärische Überlegenheit der Nato käme gar nicht ins Spiel – sie hätte politische Ladehemmungen.

Für verwundbare Frontstaaten wie Polen, Estland oder Rumänien ist die Lehre aus der Ukraine-Krise klar. Sie können sich nicht darauf verlassen, dass westliche Hilfe rechtzeitig einträte, um russische Infiltrationen wieder zurückzuwerfen. Russland baut darauf, dass es schnell territoriale Fakten schaffen kann ohne grosse Kosten und ohne grossen militärischen Einsatz.

Diese strategischen Disparitäten auszugleichen, dafür braucht der Westen Zeit. Er wird sich vorerst darauf beschränken, den Schaden gering zu halten. Für die Ukraine bedeutet das leider, sie bleibt im russischen Orbit.



Geschäftigkeit ohne Ergebnis: Merkel, Putin, Hollande (v.l.), am 6. Februar in Moskau.

Steuer- und andere Verstandesausfälle

Von Christoph Mörgeli

Ja, er sei für einen bürgerlichen Schulter-schluss. Nein, eine Listenverbindung mit der SVP rechne sich nicht. Beides behauptet FDP-Präsident Philipp Müller. Er rechnet falsch. Noch schlimmer: Er spielt falsch. Denn er gewichtet den Erhalt seiner zwei freisinnigen Bundesratssitze durch linke Stimmen höher als den Gewinn von bürgerlichen Parlamentssitzen. Doch vor der Theaterkulisse eines freisinnigen Parteitags inszenierte der Achtzehn-Prozent-Müller sein Achtzehn-Punkte-Programm. Die hehren Absichten über den dringend nötigen Abbau von Bürokratie und staatlicher Administration gipfelten im Notschrei: «Deregulierung jetzt!»

Jenseits des Parteitagsspektakels, im tristen Polit-Alltag, reguliert die FDP im Stundentakt: Die freisinnigen Deregulierer erhöhten die Mehrwertsteuer für die IV ebenso wie die Entwicklungshilfe- und Bildungsmilliarden. Die freisinnigen Deregulierer wollten eine Vignette von hundert Franken und stimmten für die planwirtschaftliche «Energiewende light». Die freisinnigen Deregulierer unterstützten das «Solidaritätsprozent» für die Arbeitslosenkasse, die Aufstockung der Swisscoy, die Gafi-Finanzmarktregulierungen oder das bürokratische Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz.

Philipp Müllers «bürgerlicher Schulter-schluss» ist in der traurigen Realität ein bürgerlicher Schulterschuss: Der Präsident der Zürcher Arbeitgeber, der frühere FDP-Vizekantonpräsident und Ex-Fraktionschef im Kantonsrat hintertreibt ganz offiziell das bürgerliche Fünferticket für den Regierungsrat. Thomas Isler präsentierte sich den Medien als willkommenen Supporter der Wiederwahl des Grünen Martin Graf («Carlos»-Graf). Derweil tritt die freisinnige Nachwuchshoffnung Andrea Caroni mit grünen und roten Nationalratskolleginnen vor die Kameras, um über Steuerausfälle wegen der bevorstehenden Familieninitiative zu jammern.

Der Kampf für Steuerausfälle und gegen die staatliche Steuergier wäre Zweck und Ziel eines gesunden Freisinns. Doch seine angeblich deregulierenden Exponenten schreien Zeter und Mordio, wenn dem gefräßigen Staatsmoloch ein paar Franken weniger zufließen. Wetten, dass die FDP-Deregulierer die neue Billag-Mediensteuer in der kommenden Volksabstimmung unterstützen? Wegen drohender Steuerausfälle. Es drohen mehr als Ausfälle der Steuern. Nämlich Ausfälle des Verstandes.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bayern München schlägt Zürich

Von Peter Bodenmann — Bisher war Bayern wirtschaftlich so gut unterwegs wie die Schweiz.



Mindestens so gut unterwegs wie wir Schweizer: Überflieger am Oktoberfest in München.

Die Schweizer Nationalbank hat vor den Währungsspekulanten kapituliert. Seltenerweise feiert der gemeinsame Chor der Neoliberalen und Nationalkonservativen den Kapitulant Thomas Jordan deshalb als «Patrioten».

Eigentlich wäre das Gegenteil richtig: Die Schweizer Nationalbank könnte und müsste den Währungsspekulanten die Stirn bieten. Genauso, wie das Dänemark seit 1982 erfolgreich macht. Genauso, wie das die Gewerkschaften und die SP fordern. Damit jede und jeder begreift, dass eine eigene Währung von Vorteil ist.

Seit Jahr und Tag zeigt jede Eurostat-Statistik: Baden-Württemberg, Oberbayern, Salzburg, Tirol, Südtirol und selbst das Aostatal sind in Sachen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit mindestens so gut unterwegs wie wir Schweizer. Nur wollen wir das bisher nicht wahrhaben. Obwohl immer mehr von uns im nahen Ausland einkaufen und Ski fahren.

Jetzt haben dies – dank dem ehemaligen ZKB-Manager Marco Curti – arg verspätet auch die etwas abgehobenen Freunde des Club Helvétique gemerkt.

Noch haben diese Helvetier keine Antworten auf einfache Fragen: Was macht die Schweiz, wenn sie plötzlich eine Mehrwertsteuer von fünfzehn Prozent erheben muss? Die Antwort ist einfach: Niemand merkt unter

dem Strich etwas von der fast doppelt so hohen Mehrwertsteuer, weil parallel dazu die Preise für importierte Güter auf EU-Niveau sinken. Und mit den so schmerzlos generierten Mehreinnahmen kann man die Krankenkassenprämien der Grundversicherten finanzieren. Die Kaufkraft des Mittelstandes, für den alle Parteien eintreten, würde real je nach Kanton um fünf bis zehn Prozent ansteigen. Der Club Helvétique muss noch rechnen lernen.

Aktueller und spannender ist eine andere Frage: Baden-Württemberg, Bayern und Co werden in den nächsten vier Jahren wirtschaftlich boomen. Die Zinsen für Private und Unternehmen sind so tief wie in der Schweiz. Die Teuerung fällt nicht ins Gewicht. Und der billige Euro macht unsere Nachbarn gegenüber dem Dollar-Raum – und erst recht gegenüber der Schweiz – noch viel konkurrenzfähiger.

Mehr arbeitslose Schweizer als arbeitslose Bayern. Minuswachstum in der Schweiz und Pluswachstum in Bayern. Zufriedene Bauern im Allgäu, Jammeri-Bauern im Toggenburg. Wir werden – wie schon in den neunziger Jahren – wegen der Nationalbank wirtschaftlich in das Hintertreffen geraten.

Der Club Helvétique kann sich bei Jordan bedanken.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Heimatlos durch die Nacht

Von Kurt W. Zimmermann — Wenn eine Zeitung ihre lokale Verankerung aufgibt, gibt sie sich auf. Das lehrt uns die NZZ.

Von der Falkenstrasse bis zur Rämistrasse sind es zu Fuss drei Minuten. Man geht am Sechseläutenplatz vorbei.

Damit wären die drei wichtigsten Zürcher Institutionen schon aufgezählt. An der Falkenstrasse sitzt die *Neue Zürcher Zeitung*. An der Rämistrasse liegt das Restaurant «Kronenhalle». Dazwischen verbrennen sie den Böögg.

Nun gibt es aber einen gewichtigen Unterschied zwischen den drei wichtigsten Zürcher Institutionen. Die «Kronenhalle» ist erfolgreicher denn je. Das Sechseläuten ist erfolgreicher denn je. Die NZZ ist in der Krise.

Der Grund hat mit verlorener Identität zu tun. Die *Neue Zürcher Zeitung*, dies im Gegensatz zu den zwei anderen Institutionen, ist nicht mehr zürcherisch. Sie ist heimatlos geworden. Sie hat die lokale Verankerung aufgegeben.

Sichtbarstes Zeichen dieser Abkehr von Blauweiss ist die Führungsspitze des Hauses. NZZ-Präsident ist der Neuenburger Etienne Jornod. CEO ist der Grazer Veit Dengler. Auch im neunköpfigen Verwaltungsrat sind die Zürcher in der Minderheit.

Man stelle sich einmal vor, der Präsident des Sechseläuten-Komitees wäre ein Romand und sein Zugchef ein Österreicher. Der Böögg würde sich weigern, zu brennen.

Für Romands und Österreicher ist Zürich keine Herzenssache. Sie haben darum keine Mühe, die Entwurzelung der NZZ voranzutreiben. Neuestes Beispiel ist ihre Schliessung der Zeitungsdruckerei. Die NZZ hat damit eine weitere Brücke zum Standort Zürich abgebrochen, eine von vielen Brücken, die sie vor Ort schon niedergerissen hat.

Ein wichtiger Meilenstein bei dieser Entwicklung war das Frühjahr 2010. Damals verkaufte die NZZ-Gruppe ihre drei Landzeitungen *Zürcher Oberländer*, *Zürichsee-Zeitung* und *Zürcher Unterländer* an den lokalen Konkurrenten Tamedia. Im Gegenzug bekam sie die *Thurgauer Zeitung*. Es war das Signal, dass der Raum Zürich keine Bedeutung mehr habe. Seitdem hat die NZZ keinen sicheren Boden mehr unter den Füssen.

Nun brauchen aber auch sogenannte Weltblätter ein festes Zuhause. Eine *New York Times* oder ein *Daily Telegraph* verstehen sich, bei aller Mondanität, primär als Spiegel ihrer Stadt. Sie sind geerdet. Auch die politische Ausrichtung eines Blattes braucht lokale Verwurzelung.

Die *New York Times* ist linksliberal, wie das zum Zeitgeist ihrer Metropole passt. Der *Daily*



Revier verloren: NZZ.

Telegraph ist konservativ, wie das dem Bürger-tum Londons entspricht.

Die NZZ hingegen hat in den letzten Jahren die politische Heimat verloren. Sie irrlichtert unsicher durch die Nacht. Die Plattform des alten Zürcher Wirtschaftsfreisinns und von dessen nüchternem Liberalismus, die sie jahrzehntelang war, ist sie nicht mehr. Bei Dirigismus, Regulierung und Fremdbestimmung in der Schweiz und im EU-Raum zündet nicht mehr automatisch der Gegenreflex. Nur mitunter, zuletzt etwa bei der Debatte um die Nationalbank, bricht ihre freiheitliche Tradition wieder durch.

Die NZZ hat ihre Abstammung und ihr Revier aus den Augen verloren. Das ist ihr nicht gut bekommen. Es hat ihr die frühere Selbstsicherheit und Grandezza geraubt. Das traurige Schauspiel rund um die Entlassung von Chefredaktor Markus Spillmann hat gezeigt, wie verunsichert die Institution geworden ist.

Die NZZ braucht nun einen neuen Chefredaktor. Es muss ein echter Zürcher sein. Ich rede hier nicht kleinlichem Lokalpatriotismus das Wort. Aber nur ein echter Zürcher kann die NZZ wieder zu ihren Wurzeln zurückführen. Zürich braucht die NZZ. Mehr noch braucht die NZZ Zürich.

Sonst bleiben den Zürichern bald nur noch der Böögg und die «Kronenhalle».

Noch etwas da?

Von Beatrice Schlag — Sätze, die man nicht mehr loswird.

Ab und zu hört A oder liest man Sätze, die glücklich machen. Manche sind so kühn oder absurd, dass man sie sich sofort zu eigen macht. «Quando ce n'è più ce n'è ancora», sagte mein



Grossvater gelegentlich, «wenn nichts mehr da ist, ist immer noch etwas da.» Meinen rationalen Vater machte der Satz rasend. Entweder war da etwas oder eben nichts. Anderen leuchtet der Satz unmittelbar ein. Bezieht er sich auf Religion, Geld, Sport, Liebe? Keine Ahnung. Aber wer schwimmt, weil er grad keinen Boden mehr hat und nicht in Selbstmitleid ertrinken will, kommt mit Grossvaters Einsicht heiterer an Land als mit selbstauferlegten Zusammenreiss-Befehlen. Es sei denn, wie gesagt, er baue auf die seltene reine Vernunft.

Neben Lieblingssätzen fürs Leben, von denen fast jeder eine kleine Sammlung hat, gibt es glücklich machende Sätze, die ganz nebenher fallen. Es sind keine neuen Erkenntnisse. Sie beschreiben etwas, was einem vertraut ist, ohne dass man je nach Worten dafür gesucht hätte. In einem Interview mit der *New York Times*, in dem es um seine Führungseigenschaften ging, sagte der CEO eines relativ jungen Web-Unternehmens unvermittelt: «Ich habe diese Theorie, dass Menschen für sich eine stillschweigende Entscheidung treffen, ob sie jung und neugierig, interessiert und interessant bleiben, oder ob sie sich einfach alt werden lassen. Bei den meisten Leuten kann man das auf Anhieb erkennen.» Die beiden Sätze hatten nichts mit dem Rest des Interviews zu tun. Vermutlich blieben sie da stehen, weil sie dem Interviewer auch bemerkenswert schienen. Jeder ab etwa Mitte vierzig kann seine Umgebung in «Interessiert-Bleiber» und «Alt-Werder» aufteilen. Wann trifft der Mensch diese Entscheidung? Aufgrund von was? Ist das, was mit zwanzig als Egozentrik oder mangelndes Einfühlungsvermögen der Karriere durchaus förderlich sein kann, ein erstes Anzeichen für einen Alt-Werder? Oder zieht man sich erst Jahrzehnte später in sich zurück, weil einem die Welt zu anstrengend geworden ist? Denkt man irgendwann, man habe genug gesehen, um zu begreifen, was man begreifen wollte? Oder gibt es ein Ereignis oder einen Punkt, wo man glaubt, da sei nichts mehr, nur weil grad nichts da ist?

Peter H. Kuhn



«Bittgängerin aus Bern»: Bundespräsidentin Sommaruga, EU-Kommissions-Präsident Juncker.

Feuriger, ungehemmter EU-Küsser

Nr. 6 – «Fremdküssen»;
Editorial von Roger Köppel

Ein einmaliges Titelbild mit wahrlich grosser Aussagekraft! Hier die fast verschüchterte (immer wieder) Bittgängerin aus Bern, die sich sprachlos den ungehemmten Ansturm aus der EU gefallen lassen muss. Dort der feurige, ungehemmte EU-Küsser in überlegener Action. Dabei ist es noch nicht einmal Frühling!

Peter H. Kuhn, Regensdorf-Adlikon

Sehr befreit habe ich bei der Lektüre dieses Editorials gelacht. Träf ist in der Schweiz eine der besten Wertungen für einen Text, einen Vortrag oder einfach einen Spruch! Ich gratuliere. Was unsere drei Damen im Bundesrat seit Jahresbeginn bei ihren Auslandsreisen produziert haben, ist schlicht bemerkenswert lächerlich. Ich mag mich erinnern, dass vor 1939 ein Bundesrat sagte: «Wir werden nicht ins Ausland wallfahren gehen.» Vergessen ist oft grundfalsch.

Ulrich Grete, per E-Mail

Herr Juncker müsste wegen sexueller Belästigung am Arbeitsplatz sofort freigestellt werden!

Jack E. Griss, Altstätten

Es wird langsam unerträglich, wie sich der schulterklopfende und männerküssende Kommissions-Präsident der EU mit seinen

langen Haaren aus dem kleinen Land in der Mitte Europas mit wenig staatsmännischer Weitsicht nun auch bei der Schweizer Bundespräsidentin «anschmust», um ihre zarte Haut und ihren weiblichen Duft mit seinen Sinnesorganen gierig aufzunehmen und sich genüsslich zu befriedigen. (Man kennt so etwas Ähnliches ja schon aus Frankreich, und es wirkt widerlich auf die Steuerzahler.)

Karl Siebs, per E-Mail

Laut dem Artikel ist der Zweck der Reise unserer Bundespräsidentin nach Brüssel nicht bekannt. Beim Betrachten des Titelbildes und nach dem Lesen des Editorials stellt sich unter anderem die Frage, ob unsere Bundespräsidentin nach Brüssel «zitiert» worden ist durch Jean-Claude Juncker. Sein Übergriff lässt den Gedanken aufkommen, dass die – in seiner Sicht – inferiore Stellung der Schweiz im Verhältnis zu EU damit ihren adäquaten Ausdruck gefunden hat: Mit den Schweizern kann man sich dies erlauben. Dieser Gedanke scheint in Anbetracht des servilen Verhaltens unserer Regierung nicht allzu abwegig. Sollte sich herausstellen, dass diese Vermutung zutrifft, wird der Schaden beträchtlich sein. Die Devise während des Krieges, dass unsere Magistraten nicht wallfahren, hat nichts an Gültigkeit eingebüsst.

Martin J. Fischer, Küsnacht

Peinliche Küsse: Ich beobachtete über einige Jahre einen Kunstmalerkollegen, der als Alko-

holiker stadtbekannt ist. Kaum hatte er seinen benötigten Alkoholpegel erreicht, verwandelte er sich in einen «Alles-Abküsser». Natürlich möchte ich dem EU-Kommissions-Präsidenten Juncker nicht den Alkoholikerstempel aufdrücken, obwohl diesbezüglich schon öfters gemunkelt wurde. Es könnte ja auch nur ein neurotischer Tick sein. Aber auch für einen «trockenen» EU-Kommissions-Präsidenten ist diese Art von Anbiederung nur peinlich.

Hans-Jörg Moning, Courtelary

Simonetta Sommaruga hätte beim letzten Besuch in Brüssel mit dem starken Franken die ganze EU aufkaufen können, es wäre trotzdem falsch gewesen. In solchen Phasen existieren in der Schweiz gefühlte acht Millionen Bundesräte respektive Bundesrätinnen, die genau wissen, was zu tun wäre. Und darum hier der Tipp an das Schweizer Fernsehen für einen neuen Quotenrenner: «Die Schweiz sucht den Superpolitiker/die Superpolitikerin». Natürlich hätte ich auch schon ein paar Namen, aber die Betreffenden besitzen das notwendige Selbstvertrauen, sich selber zu ernennen. Nach dem Motto «Geniessen und schweigen» werde ich dann das neue Sendeformat mit vielen Millionen Mitzuschauern und Mitzuschauerinnen verfolgen. Eines ist sicher. Wer auch immer als Superpolitiker/-in gewählt wird – wieder werden gefühlte acht Millionen bessere Superpolitiker/-innen unter den Fernsehzuschauern weilen, die es viel besser könnten als der/die gewählte Superpolitiker/-in.

Pascal Merz, Sursee

Tipp des ehemaligen Finanzdirektors

Nr. 6 – «Im Niemandland»;
Leserblitz von Flavio Engi

Flavio Engi, im Ausland wohnhafter Mitarbeiter des EDA, schildert sehr anschaulich seine vergeblichen Bemühungen, als Schweizer in Chur bei den Grossbanken UBS und CS ein Lohnkonto zu eröffnen. Er illustriert damit sehr anschaulich die erfolgreichen Bemühungen seiner Arbeitgeberin, den Bankenplatz Schweiz zu kastrieren.

Darf ich Flavio Engi einen Tipp geben? Meine Frau und ich leben seit zwei Jahren über grosse Teile des Jahres in Deutschland auf unserem Schiff. Für Einkäufe und Lastschriften (deutsches Mobiltelefon) wollten wir ein Bankkonto in Deutschland eröffnen – ohne Wohnsitz in Deutschland zu haben.

Wenn schon ein in der Schweiz nicht wohnhafter Schweizer in der Schweiz kein Bankkonto eröffnen kann, wie sieht das erst bei einem in Deutschland nicht wohnhaften Schweizer aus? Aufs Schlimmste gefasst, versuchten wir es im grenznahen Raum bei einer deutschen Sparkasse. Während unserer Jahre in den Niederlanden und in Frankreich wur-

den wir im Überwinden bürokratischer Hürden gestählt. Und der Ruf deutscher Bürokratie ist ja bekannt.

Um es kurz zu machen: Wir wurden von einer ausschliesslich für Schweizer Kunden zuständigen Betreuerin empfangen. Die Eröffnung eines Privatkontos ohne Mindesteinlage (Shopping-Konto, kumulativ mit einer CH- und einer D-IBAN) inklusive EC-Direct-Karte und Kreditkarte (mit verzinsten 4000 als Sicherheit für die Kreditkarte) sowie der Möglichkeit für Geldanlagen in Euro und Festgeld in Schweizer Franken, das Einrichten von Online- und Mobile-Banking (mit App) dauerte gestoppte 47 Minuten. Service vom Feinsten.

Dass ich mir als ehemaliger Zürcher Finanzdirektor wie ein Landesverräter vorkam, war ein sehr vorübergehendes Gefühl. Die voraus-eilend gehorsame Schweizer Politik erzwingt von den Flavio Engis dieses Landes das Ausweichen ins dienstbereite Ausland.

Ach ja, mit einer Frage habe ich Verwirrung ausgelöst: «Wird mein deutsches Konto eigentlich den Schweizer Steuerbehörden mitgeteilt?» Die Antwort war trocken: «Warum sollten wir?»

Christian Huber, ehemaliger Finanzdirektor des Kantons Zürich

Zur Aufhebung des Euro-Mindestkurses

Da wird von gewissen Industriellen und auch von Banken laut nach staatlicher Hilfe gerufen und mit Arbeitsplatzverlagerungen infolge der Frankenstärke gedroht. Ich kann mich noch gut an die Zeit erinnern, es ist allerdings schon reichlich lange her – als man für 100 Franken über 120 Deutsche Mark eintauschen konnte. Waren die damaligen «Wirtschaftsführer» einfach klüger oder nicht so skrupellos wie die heutigen? Auf jeden Fall hat damals die Schweizer Wirtschaft überlebt.

Karlheinz Vaishar, St. Gallen

Weltwoche allgemein



CVP-Politikerin Riklin.

In den letzten Monaten hat Christoph Landolt elf Mal polemisch und unkorrekt über meine Wohnsituation und Privatsphäre geschrieben. Dies scheint Teil einer Kampagne zu sein. Die Liegenschaft an der Schipfe, in der ich wohne, hat freitragende, somit nichtsubventionierte

Wohnungen mit speziellem Charakter. Sie wurden von der Stadt viele Jahrzehnte lang ganz bewusst an höhere städtische Beamte vermietet, weil für diese früher Wohnsitz-

pflicht in der Stadt herrschte. Die freitragenden Liegenschaften der Stadt Zürich werden nach dem Prinzip der Kostenmiete verwaltet, dieses Prinzip gilt auch für private Hauseigentümer, die sich an die Sozialpflichtigkeit des Eigentums halten. Gut ist, dass Bern die ungerechtfertigten Mietverhältnisse in den subventionierten Wohnungen abschliessen konnte. Die stadteigenen sogenannten Berner Herrschaftswohnungen werden nach wie vor frei vermietet, somit konnten auch Bundesrat Christoph Blocher und sein SVP-Nachmieter eine solche Wohnung belegen. Zürich ist gut beraten, wenn nicht nur Sozialhilfeempfänger und Leute mit tiefsten Einkommen in den 33 Prozent städtischen und genossenschaftlichen Wohnungen, die bis 2050 angestrebt werden, wohnen dürfen. Sonst wird Zürich ein strukturelles Problem bei den Steuereinnahmen haben, wie wir es in Winterthur beobachten können. *Kathy Riklin, Zürich*

In verschiedenen Ausgaben konnten in letzter Zeit verschiedene Autoren ihre Meinung zum Islam abgeben. Diejenigen, die hier aufgewachsen sind, haben zum Teil treffend geschrieben, aber nicht immer, da ihnen Erfahrungen mit Muslimen fehlen. Dann durften Muslime auch ihre Meinung schreiben. Wer in dieser Sache fehlt, sind die Christen, die in islamischen Ländern gelebt haben, die die Sprache (Arabisch oder Türkisch usw.) können. Solche Leute können den Islam noch treffender kritisieren oder analytische Meinungen abgeben. *Jak Bartuma, per E-Mail*

Korrigenda

Im Artikel «Hilfe, Endlager» (*Weltwoche* Nr. 6/15) steht, das Felslabor Mont Terri werde von der Nagra betrieben. Richtig ist, dass die Schweizerische Landesgeologie bei Swisstopo das Felslabor betreibt. Die Nagra ist eine von fünfzehn Partnerorganisationen, die an den Versuchen zur Lagerung radioaktiver Abfälle im Labor beteiligt sind. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen. *Die Redaktion*

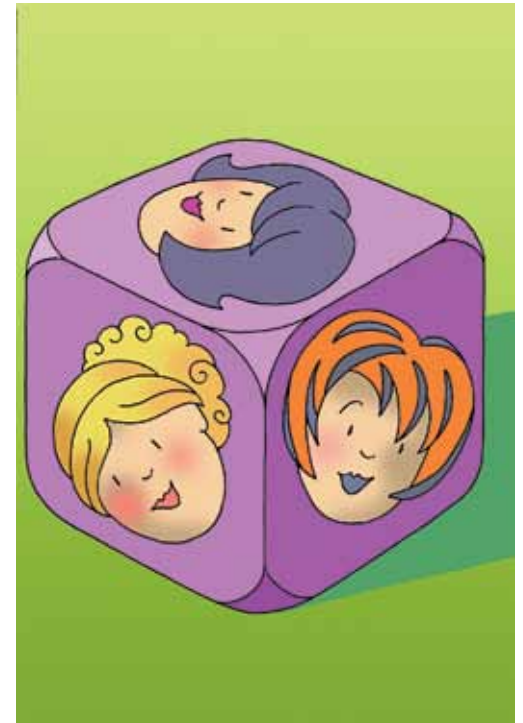
Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf ich in meinem Salon die Coiffeuse oder den Coiffeur wechseln? Falls ja, wie verhalte ich mich meiner ersten Coiffeuse gegenüber?

Lukas Schwank, Basel

Die meisten Kunden, vor allem die treuen, kommen nicht nur, um sich ihr Haar verschönern zu lassen. Es entwickelt sich eine Art Freundschaft, man redet über Sachen, die man sonst vielleicht mit niemandem austauscht. Eine kleine Enttäuschung könnte also sicher vorliegen, wenn Sie auf einmal zu jemand anderem gehen. Aber das ist kein Grund für ein schlechtes Gewissen! Grundsätzlich gehört der Kunde ja nicht dem Coiffeur, da er ja keinen Vertrag abgeschlossen hat. Ein Wechsel innerhalb des Salons kann sogar etwas Neues bringen, auch wenn es nur eine kleine Farbveränderung oder ein anderer Schnitt ist. Resultat: Die Kunden sind glücklich, und das Geschäft hat nicht gelitten.

Agostino Gandolfo, Top-Hairstylist in Zürich

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Ist sie noch ein Schatz?

Die Automatisierung der Haushaltsarbeit hat die Stellung der Frauen in der Ehe geschwächt. Sie suchen nun ausserhalb der Familie nach einer Aufwertung ihrer Rolle. Deshalb wird Gleichstellung in Wirtschafts- und Sozialpolitik immer wichtiger. Diese Auslagerung hat ihren Preis. *Von Beat Gygi*

Am Samstag ist Valentinstag, und da amerikanische Sitten und Gebräuche zunehmend auch das hiesige Leben prägen, kommen viele Männer nicht darum herum, an ein Geschenk für ihre Partnerin zu denken. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie Familienväter beim Einkaufen noch rasch einen Blumenstraus besorgen, um ihn zu Hause mit gebührender gefühlsmässiger Intensität der Ehefrau zu überreichen. «Für meinen Schatz», werden die meisten dabei wohl sagen, andere vielleicht etwas scherzhafter: «Für meine Teure».

Diese Worte tönen harmonisch, intim, strahlen Nähe und Wärme aus – aber eigentlich kommen die Begriffe «Schatz» und «Teure» aus der Wirtschaft. Sie hängen mit Vermögen und Kosten zusammen und sind damit offensichtlich viel stärker durch nüchternes Abwägen bestimmt, als es bei oberflächlicher Betrachtung scheint. Es ist auffällig, dass es in anderen Sprachen auf ähnliche Weise doppeldeutige Begriffe gibt. Briten nennen ihren Schatz «my precious», Franzosen «mon trésor». Und «meine Teure» findet in Frankreich im Kosewort «ma chérie» ihren Ausdruck.

Partnerin als Investition

Klar, «mein Schatz» oder «meine Teure» bedeuten in der Alltagssprache für die meisten Leute eine gefühlsmässige Wertschätzung, aber Wertschätzung hat eben auch die buchhalterische Seite: Es geht dabei um ein Abschätzen von Werten aus wirtschaftlicher Sicht, ein Ermitteln von Vermögenswerten, Erträgen und Kosten nach dem Motto: Wie viel ist mein Partner oder meine Partnerin wert, welche Erträge erhalte ich aus zusätz-

lichen Investitionen, wie teuer darf das werden?

«Teuer» stellen sich Ökonomen etwa so vor: Der Mann liegt neben seiner Frau im Bett, ist begeistert von ihr, kann sich aber des Gedankens nicht erwehren, an ihrem Nachthemd schimmere vage eine Preisetikette mit der Aufschrift «100 000 Franken». Das ist das Einkommen, das sie mit ihrer Ausbildung erzielen könnte, wenn sie eine entsprechende Stelle anträte. Aber sie ist nicht erwerbstätig, deshalb entgeht der Ehe dieses Einkommen, und es ist verständlich, dass der Ehemann dies irgendwie als Kosten empfindet.

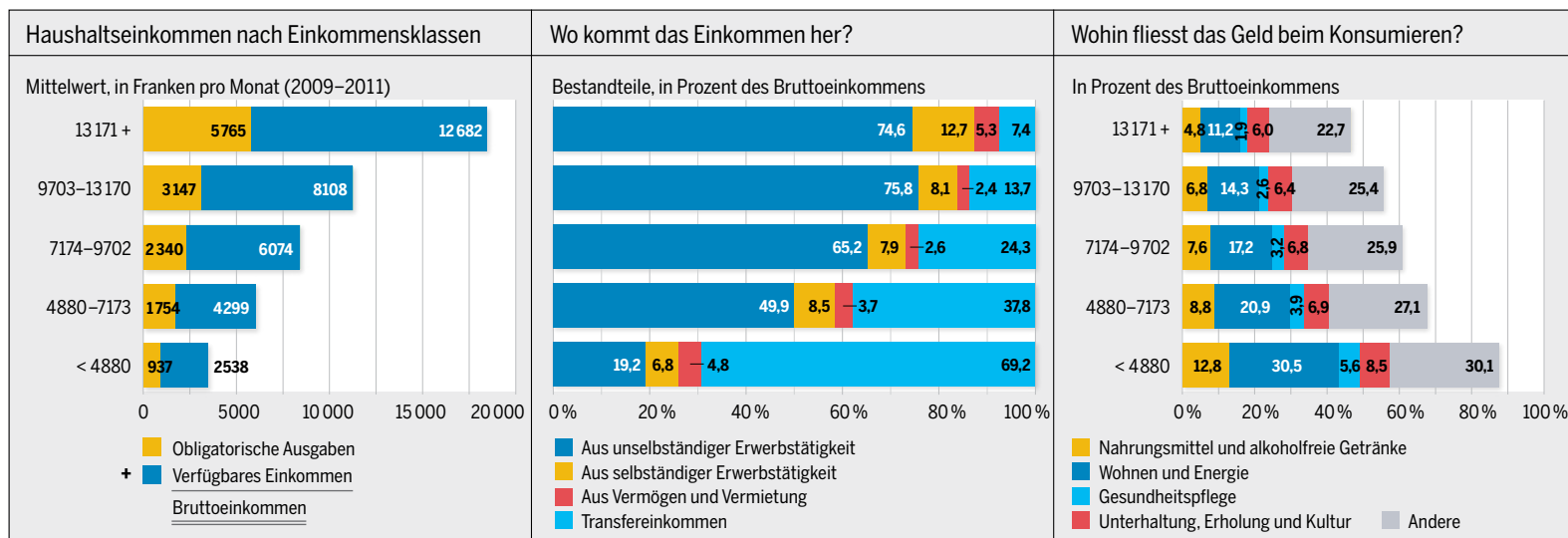
Das ist kein weltfremdes Szenario. Die Grafik unten zeigt, dass die Frauen 2012 auf der Bildungsstufe Hochschulabschluss auf 44 Prozent kamen, also eine erstklassige Grundlage hätten, um im Beruf Karriere zu machen und auf ein hohes Einkommen zu kommen. Auch von den nächstunteren Ausbildungsstufen wäre angesichts des soliden Berufsbildungssystems viel möglich. Aber lediglich knapp 30 Prozent betrug der Frauenanteil bei Vollzeitstellen, und nur etwa 15 Prozent bei Monatslöhnen von über 8000 Franken. Etwa zwei Drittel dagegen waren in Stellen mit geringen Löhnen (unter 3000 Franken) tätig. So wird das Einkommen zum grösseren Teil vom Mann bestritten. In der Periode 2009 bis 2011 betrug das durchschnittliche Einkommen eines Schweizer Haushalts monatlich 9530 Franken. Zahlen aus älteren Untersuchungen zeigen, dass in Haushalten von Paaren im Durchschnitt etwa drei Viertel des geldmässigen Gesamteinkommens vom Mann erbracht werden. Wenn die Familie keine Kinder hat,

kommt der Mann auf etwa zwei Drittel, bei zwei oder mehr Kindern stammen gut vier Fünftel der Summe von ihm.

Siebzig Stunden pro Woche auf den Beinen

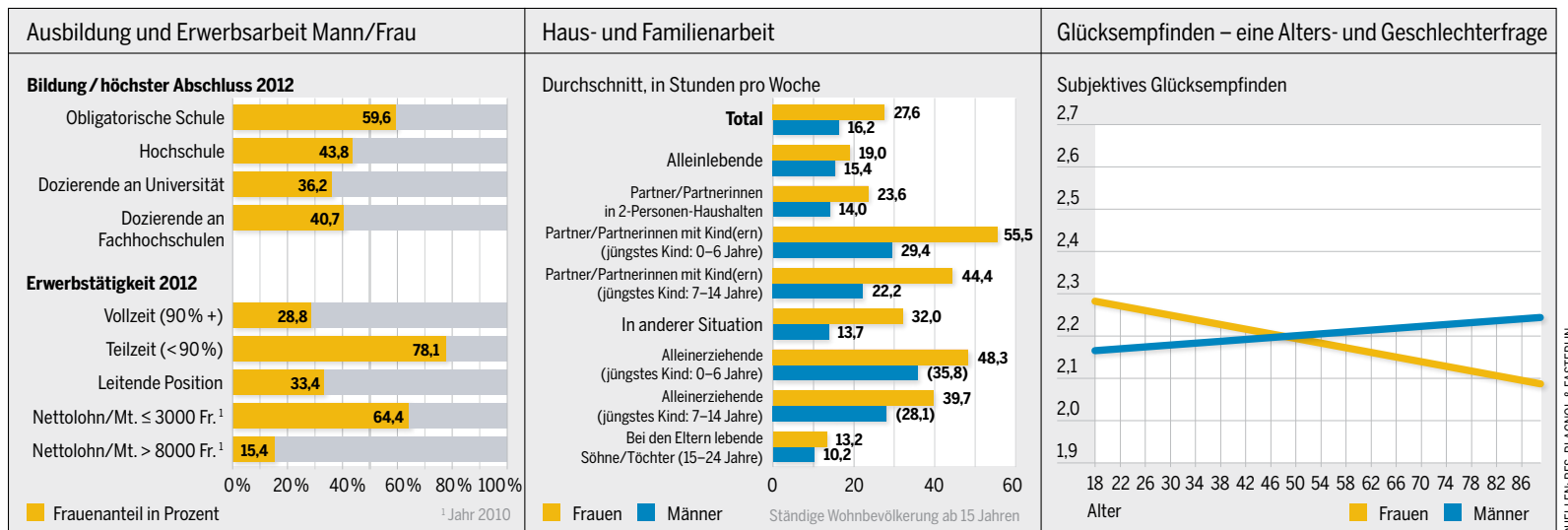
Wie sieht es beim Konsum aus? Geben Frauen für ihre Wünsche mehr aus als Männer? Diese Frage ist laut Monika Bütler, Ökonomeprofessorin an der Hochschule St.Gallen und in der Erforschung sozialpolitischer Fragen erfahren, kaum beantwortbar. Verlässliche Daten zum Konsum gebe es nicht, da die familieninterne Zuordnung sehr schwierig sei. So bleibt es allenfalls bei Anekdoten über Kauflust, teure Kleiderkollektionen und Schuhsammlungen von Frauen und über die Vorlieben von Männern für teure Autos oder Schiffe. Natürlich ist zu berücksichtigen, dass die Frauen die Kinder gebären und den grösseren Teil der unbezahlten Erziehungs- und Hausarbeit übernehmen. Wie aus der anderen Grafik hervorgeht, trägt die Frau in jeder Familiensituation typischerweise den grösseren Teil dieser Arbeit. Am deutlichsten ist der Unterschied zwischen ihrem und seinem Arbeitspensum in Familien mit Kindern bis vierzehn Jahre. Mann und Frau kommen aber etwa je auf die gleiche Summe aus Erwerbs- und Haushaltsarbeit; sind kleinere Kinder da, sind sie fast siebzig Stunden pro Woche auf den Beinen.

Das entspricht einer riesigen Wirtschaft im Verborgenen. Die gesamte unbezahlte Haushalts- und Familienarbeit wird von den Bundesstatistikern für 2010 auf einen Geldwert von 250 Milliarden Franken geschätzt, das wäre mehr als ein Drittel des offiziellen Brutto-





Geben Frauen für ihre Wünsche mehr aus als Männer?



Gewinnoptimierung, ausserehelich

Haben Sie genug vom immer gleichen Partner? Die Alternativen können sich lohnen – aber auch sehr teuer werden.



Wird die Affäre publik, drohen wirtschaftliche Nachteile.

Mit seiner «ökonomischen Theorie der Ehe» erlangte der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Gary Becker Welt-ruhm. Für den Nobelpreisträger gehen Menschen eine Partnerschaft ein, wenn sie zusammen mehr «Güter» wie Essen, Kinder, Prestige oder Glück produzieren können als allein. Zu heiraten, ist dann eine lohnenswerte Entscheidung, wenn es aussichtslos erscheint, einen Partner zu finden, mit dem man sich noch besser stellen könnte. Wenn der Ehevertrag reinem Kalkül entspringt, müssen auch hinter den Optionen, die ehelichen Bindungen wieder zu lockern, ökonomische Anreize stehen. Die Vor- und Nachteile der vier wichtigsten Optionen.

1 — Die Scheidung

Eine Scheidung ist meist enorm teuer. Mediation, Anwälte oder Gerichte verschlingen rasch einen Monatslohn und mehr – vor allem wenn die persönlichen Verhältnisse nicht einfach sind. Noch mehr ins Geld gehen der Unterhalt für den Ex-Partner und Alimente für gemeinsame Kinder. Letztere betragen für ein Kind gut und gern 10 bis 15 Prozent des Verdienstes, für zwei Kinder sogar 20 bis 25 Prozent. Dazu kommt, dass Vorsorgegelder gesplittet werden müssen. Zudem ist das Leben allein deutlich aufwen-

diger, etwa weil man selber die Wohnung bezahlen muss und weil beim Einkauf keine Mengenvorteile mehr anfallen. Verloren gehen bei einer Trennung auch Pluspunkte wie Arbeitsteilung bei der Haushaltsführung und bei der Erziehung sowie Reste an Geborgenheit und Glück. Für eine Scheidung müssen, ökonomisch gesehen, also intakte Chancen auf einen neuen Partner bestehen, mit dem man all diese Einbussen mehr als wettmachen kann. Aufgewogen werden müssen nicht zuletzt die Kosten für die Suche nach Mr oder Mrs Right – insbesondere der Zeitaufwand. Zudem besteht das Risiko, dass der neue Partner nicht auftaucht. Dann bleibt das teure Singledasein.

2 — Der Seitensprung

Verglichen mit der Scheidung ist das amouröse Abenteuer eine kostengünstige Alternative, die mangelhafte Rendite einer Ehe aufzupolieren. Ab und zu ein auswärtiges Essen und ein Hotelzimmer bezahlen, das war's schon. Schon 2003 rechnete eine Studie vor, dass Schweizer Frauen pro One-Night-Stand gerade mal Fr. 14.60 aufwenden – Kleidung, Geschenke und erotische Hilfsmittel inklusive. Die Männer lassen sich das Abenteuer immerhin Fr. 56.70 kosten – verglichen mit einer Scheidung immer noch ein Klacks. Meist fallen beim Seitensprung aber verdeckte Kosten an. Sich fremden Verlockun-

gen hinzugeben, braucht Zeit, die man auch zur Optimierung des Einkommens nutzen könnte. Und der permanente Stress, aufzufiegen, bedeutet eine Verminderung der Lebensqualität – nach ganzheitlich ökonomischer Betrachtung ebenfalls ein Minuspunkt. Wird die Affäre publik, drohen weitere Nachteile. Die US-Schauspieler Tom Cruise und Katie Holmes vereinbarten bei ihrer Hochzeit 2006 angeblich ein Schmerzensgeld von fünf Millionen Dollar, das nach entdecktem Fremdgehen an den Ehepartner überwiesen werden muss. Und dem Stargolfer Tiger Woods sollen nach ausserehelichen Eskapaden bis zu 50 Millionen Dollar an Sponsorengeldern entgangen sein. Den Normalsterblichen treiben solche Millionenstrafen zwar nicht um, dennoch dürfte ein enttarnter Liebesabstecher das eheliche Glück nachhaltig beeinträchtigen, was wiederum die Effizienz der ehelichen Güterproduktion schmälert.

3 — Der Bordellbesuch

Darf's ein bisschen günstiger sein? In der Schweiz stehen etwa 14 000 Prostituierte bereit für den Fall, dass die eheliche «Produktion» von Sex und Glück suboptimal funktioniert. Ab 100 Franken ist man dabei. Zudem ist das Risiko aufzufiegen deutlich geringer als beim klassischen Seitensprung – also tiefere Stresskosten und nur selten Folgekosten. Allerdings dürfte der Zuwachs an Glück und Freude meist kleiner sein als bei der echten ausserehelichen Liebe. Die Rotlicht-Angebote werden eifrig nachgefragt: Gemäss dem Projekt «Don Juan» der Aids-Hilfe greifen in der Schweiz jährlich etwa 350 000 Männer mindestens einmal auf käufliche Liebe zurück. Angesichts geschätzter 3,5 Milliarden Franken Umsatz des horizontalen Gewerbes würde das pro Bordell besuchenden Mann jährlich 10 000 Franken ausmachen, was doch eher hoch scheint. Vermutlich dürften sich also noch mehr Männer als vermutet am Zustandekommen des Gesamtumsatzes beteiligen.

4 — Die offene Ehe

Ökonomisch erscheint das geduldete Fremdgehen als Königsweg – die eheliche Güterproduktion wird beibehalten. Dennoch haben beide Partner die Chance, Mangel an Glück, Sex und eventuell Prestige kostengünstig auszumerzen. Und das erst noch ohne Risiko. Doch, Achtung: Schon manche aussereheliche Gewinnoptimierung dieser Art scheiterte spektakulär und endete mit viel zerstörtem Vertrauen. Oft hilft dann nur noch die Scheidung – also die teuerste Variante, eheliche Mängel zu eliminieren.

Alex Reichmuth

inlandprodukts. Und wahrscheinlich leisten die Frauen sogar noch einiges mehr. Reiner Eichenberger, Ökonomieprofessor an der Universität Freiburg, weist darauf hin, dass seit jüngstem ja auch die Prostitution ins offizielle Bruttoinlandprodukt eingerechnet werde, also müssten konsequenterweise auch die informellen Sex-Leistungen innerhalb der Ehe als unbezahlte Arbeit erfasst werden. Das könnte einige Milliarden Franken wert sein.

Rasch kommt nun der Einwand, diese Betrachtungsweise sei viel zu kalt. Beim Heiraten gehe es doch um Liebe und Uneigennützigkeit, da sei eine Buchhaltermentalität fehl am Platz. Aber ökonomische Untersuchungen zeigen, dass in den Menschen bis zu einem gewissen Grad eben immer ein kleiner Buchhalter steckt, der bei wichtigen Fragen innerlich Vor- und Nachteile für die eigene Person vergleicht und die Entscheidungen nach ihnen beeinflusst, manchmal unbewusst. Es war der Chicagoer Ökonom und Nobelpreisträger Gary S. Becker, der die ökonomische Analyse der Familie und der Ehe im vergangenen Jahrhundert vorangebracht und gezeigt hat, dass die Rationalität wirtschaftlicher Überlegungen in der Regel auch bei scheinbar «weiche- ren» Gefühlsentscheidungen viel erklären kann.

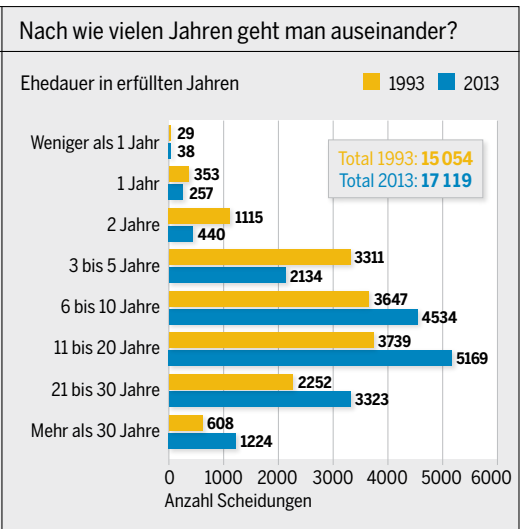
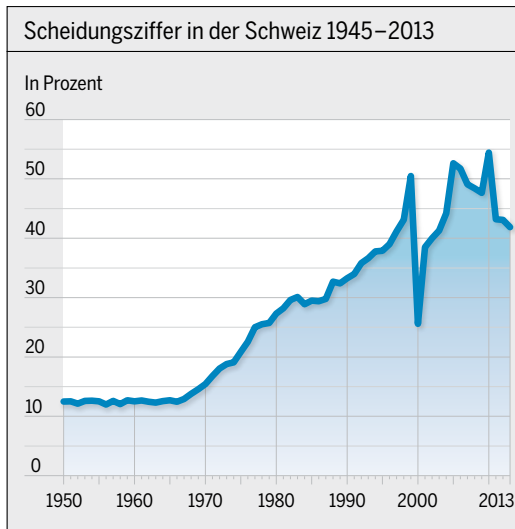
Eine Art Produktionsgemeinschaft

In Anlehnung an Becker kann die Ehe oder das feste Zusammenleben als eine Art Produktionsgemeinschaft angesehen werden. Beide Partner profitieren davon, dass sie in Kooperation folgende Ziele besser erreichen als je allein:

- Kinder haben
- Produktion von Liebe und Glück
- Arbeitsteilung beim Erledigen der Aufgaben und Erzielen von Einkommen
- Kosten der Lebenshaltung teilen
- Streben nach gesellschaftlichem Prestige

Beim Zeugen gemeinsamer Kinder ist eine Kooperation von Frau und Mann unumgänglich, es ist eine Frage von Ja oder Nein. Die Kindererziehung dagegen ist schon viel flexibler, und auch bei allen anderen Produkten der Ehe stellt sich für beide Partner laufend die Frage, wie stark sie sich engagieren wollen, nach dem Motto: Wie viel investiere ich weiter in die Beziehung? Ist der Nutzen daraus netto noch so gross, dass es sich lohnt, dabeizubleiben?

In der Produktion von Glück ist die Ehe nach wie vor eine effiziente Einrichtung. Die Glücksforschung etwa der Ökonomen Bruno S. Frey (Universität Zürich) und Alois Stutzer (Basel) zeigt, dass Verheiratete meist glücklicher sind als Ledige – wobei auch eine Rolle spielt, dass glücklichere Menschen eher zum Heiraten neigen. Männer scheinen bei der «Glücksproduktion» etwas stärker von der



Kooperation zu profitieren. Die Grafik dazu zeigt Ergebnisse einer umfangreichen Studie aus den USA, gemäss der das Glücksempfinden der Männer mit der Ehedauer zunimmt, das der Frauen etwas abnimmt. Dies hängt stark damit zusammen, dass Frauen früh anfallenden Errungenschaften wie Auto oder Wohnung viel Wert beimessen.

Für die Produktion von Prestige ist die Ehe nach wie vor ein wichtiges Arrangement, aber allzu grosse Stabilität ist davon nicht zu erwarten. Frauen haben ihren maximalen Wert als Repräsentationspartnerin typischerweise früher im Leben als die Männer, bei denen Prestige eher mit Geld verbunden ist und in der Wirkung nach aussen länger anhält. Aber was immer auch eine Ehe zusammenhält – die Testfrage: «Ist sie oder er noch ein Schatz?», kommt immer wieder. Solange die Frau für den Mann ein Schatz ist, also einen positiven Zukunftswert hat – und umgekehrt –, sind die Verhältnisse in der Ehe offenbar in Ordnung, beide erwarten, dass ihnen ihr Partner noch einiges bieten wird.

Ein Blick auf die Grafik mit der Scheidungsrate zeigt aber, dass die Verhältnisse in der Schweiz immer weniger in Ordnung sind. Warum war die Ehe als Kooperation früher so viel stabiler als heute, da rund jede zweite Ehe geschieden wird? Etwas pauschal ausgedrückt kann man sagen, dass es weitgehend an der Rolle der Frau liegt. Die Arbeitsteilung zwischen den zwei Partnern ist nämlich umso gewinnbringender, je ausgeprägter sich die beiden auf ihre Stärken spezialisieren können. Die Vorteile der Arbeitsteilung im Haushalt waren früher grösser als heute, da die Automatisierung des Haushalts die traditionelle Rolle der Frau untergraben hat. Technischer Fortschritt und Arbeitserleichterung sind sicher allen willkommen, aber dies führte dazu, dass sich Frau und Mann von ihren Tätigkeiten her ähnlicher wurden, weniger Möglichkeiten für Koproduktionen haben und stärker in Konkurrenz zueinander geraten sind.

Diesem härteren Wettbewerb am offiziellen Arbeitsmarkt begegneten die Frauen mit der Suche nach neuen Rollen. Der Mannheimer Ökonom Roland Vaubel schreibt, dass die Emanzipation der Frau auch als defensive Reaktion auf die Ersetzbarkeit der Hausfrauenarbeit gesehen werden könne. Und es scheint, dass die Frauen in der Politik Erfolg haben und die Regulierung zunehmend zu ihren Gunsten beeinflussen können. Das Gleichstellungs-

Die Frage, wie teuer die Frau sein soll, wird somit zunehmend sozialisiert.

gesetz von 1995 passt zum Rollenwechsel, und seither wurden viele Gesetze und Regulierungen zur Stärkung der Position der Frau eingeführt. Auf Bundes- und Kantonsebene wurden überall Gleichstellungsbüros errichtet und ausgebaut. Mittlerweile hat die Gleichstellung auch die Aktienrechtsrevision erreicht, deren neueste Version Frauenquoten für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen vorschlägt. Die Frage, wie teuer die Frau sein soll, wird somit zunehmend sozialisiert.

Monogamie als Produkt der Demokratie
Wie wäre es mit der Polygamie als Alternative, die im Prinzip darauf hinausläufe, dass Männer mehrere Frauen haben dürfen? Vaubel legt dar, dass Frauen eigentlich dafür sein müssten, weil die Nachfrage vor allem der besser verdienenden Männer nach ihnen zunähme, da diese sich mehrere Frauen leisten könnten. Aber dies ginge gegen die Interessen der grossen Gruppe der «normalen» Verdienenden, in Vaubels Worten: «Wir verdanken daher die Monogamie den schlechter verdienenden Männern, die verhindern wollen, dass die besser verdienenden Männer ihnen die Frauen wegnehmen.» Die Monogamie sei ein Produkt der Demokratie, also auch Männer nutzten Regulierungen zu ihren Gunsten.

Bremsklötze im Bundesrat

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative dümpelt vor sich hin. Simonetta Sommaruga, Didier Burkhalter und Alain Berset bremsen. Zum Ärger der übrigen Bundesräte. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt eine erstaunliche Uneinigkeit der Regierung in der Europapolitik. *Von Hubert Mooser*

Der Zeitdruck ist gross, aber alles Insistieren der Bundesräte Ueli Maurer, Eveline Widmer-Schlumpf und Doris Leuthard half nichts: Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga liess sich an der letzten Bundesratssitzung vor den Sportferien nicht von ihrem Kurs abbringen. Um 18 Uhr müsse sie aufbrechen zu einem Treffen der EU-Innenminister in Riga – zu knapp sei die Zeit, um noch vor dem Abflug ihre Pläne zur Umsetzung des neuen Zuwanderungsartikels in der Verfassung offenzulegen. Sie wolle zudem auch die aktuellen Einwände ihrer Kollegen berücksichtigen. Und Aussenminister Didier Burkhalter, der alles tut, um den Vertretern der EU zu gefallen, fiel noch ein weiteres Argument ein: Es sei vielleicht von Vorteil, wenn die Bundespräsidentin EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker vorher über die geplante Gesetzesänderung informiere.

Seit letztem Herbst schiebt das Duo Burkhalter/Sommaruga den Entscheid über die Umsetzungsvorlage zur SVP-Zuwanderungsinitiative hinaus. Wozu dies gut sein soll, kann man höchstens erahnen: FDP- und SP-Bundesräte wollen das Thema erst nach den Wahlen ernsthaft angehen, wie dies auch im Umfeld der anderen Bundesräte vermutet wird. SP-Bundesrat Alain Berset verlangte in einem Mitbericht sogar explizit, der Bundesrat solle das Tempo drosseln. Sommarugas Reise zum Küsser nach Brüssel, also zu Chefkommissar Juncker, war jedenfalls ein Flop, und die Vorlage zur Masseneinwanderungsinitiative ist in den letzten Tagen auch nicht wesentlich besser geworden.

Leichte Retuschen

Die von Sommaruga und Burkhalter in der Bundesratssitzung vom Mittwoch eingebrachte Vorlage birgt auch wie erwartet keine Überraschungen: Der Bundesrat will ein neues Zulassungssystem für Ausländer einführen, mit jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten, die Höchstzahlen legt er selber fest. Die Kantone sollen danach die Verteilung untereinander ausknobeln. Auf eine Prüfung der beruflichen Qualifikation bei der Zulassung will die Landesregierung verzichten. EU- und Efta-Bürger sollen bei der Rekrutierung ausserdem Vorrang haben gegenüber Angehörigen aus Drittstaaten. Für die Angehörigen aus EU- und Efta-Staaten geht aber gemäss Sommarugas Vorlage ohnehin das Abkommen über die Personenfreizügigkeit vor. Kann der Vertrag bei Verhandlungen mit der EU nicht angepasst werden, gelten beschlossene Höchstzahlen und Kontingente für EU-/Efta-

Bürger nicht. Freilich gab es im Bundesrat noch andere Vorstellungen, wie man die Masseneinwanderungsinitiative umsetzen sollte: Ueli Maurer wollte den Familiennachzug und die Leistungen von Sozialversicherungen stärker einschränken und einen Vorrang der Bundesverfassung vor dem Völkerrecht. Widmer-Schlumpf wollte Arbeitskräfte, die in Branchen mit tiefer Wertschöpfung tätig sind, und Asylsuchende von der Regelung ausklammern. Diese Punkte hatte die Regierung schon in der letzten Sitzung geklärt; Maurer wie Widmer-Schlumpf konnten sich nicht durchsetzen.

Burkhalters Nebelpetarde

Leichte Retuschen erfuhren seither bloss Begleitmassnahmen (wie zum Beispiel die zusätzliche Ausbildung von Schweizer Ärzten), welche Burkhalter zum Gesamtpaket beisteuerte. Oder die bessere Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt. Die Vorschläge hatten in der Sitzung vor den Sportferien Kopfschütteln ausgelöst. Bundesräte monierten die schludrige Abfassung von Burkhalters Begleitmassnahmen. Dies hätte man leicht vermeiden können, wenn man zum Beispiel den für das Dossier Ausbildung von Ärzten zuständigen Gesundheitsminister Alain Berset vorinformiert hätte.

Dem Trio Maurer, Leuthard und Widmer-Schlumpf geht vor allem das von Sommaruga und Burkhalter in den vergangenen Monaten angeschlagene gemächliche Tempo und das Fehlen von Alternativen auf die Nerven, sollten die Verhandlungen mit der EU scheitern. Aber auch wenn Sommaruga und Burkhalter jetzt ihre Ergüsse endlich offenlegen, der Schaden ist längst angerichtet: Die Kritik von SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz, der dem Bundesrat wegen der Aufschiebung des Entscheides am 28. Januar vorwarf, er spiele auf Zeit, war vergleichsweise noch harmlos. Der

Blick sprach von einem «innenpolitischen Vertrauensbruch», später auch von «sieben Leichtmatrosen ohne Kapitän».

Zeitungsleser schimpften in den Foren der Social Media und in E-Mails an Zeitungsredaktionen über den «schlechtesten Bundesrat aller Zeiten». Ausgerechnet der Neuenburger Vernebelungskünstler Didier Burkhalter, der sich laut Aussagen verschiedener Departemente seit einem Jahr hinter Sommaruga versteckte, kam plötzlich aus seiner Deckung hervor. Verzögerungstaktik? «Das ist Unsinn», flötete Burkhalter dem *Sonntagsblick* ins Mikrofon. Noch bevor Sommaruga nach Brüssel aufbrach, wusste Burkhalter: Es gebe Anzeichen dafür, dass die EU mit der Schweiz über Migration reden wolle – das war wieder so eine typische Burkhalter-Nebelpetarde. EU-Chefkommissar Juncker sprach beim Medienauftritt mit Sommaruga zwar von Konsultationsgesprächen. Dies sei nicht mehr als Höflichkeit gewesen, versichern indes Insider.

Für die Stimmbürger ist es je länger, desto weniger verständlich, dass die Vertreter des abgewirtschafteten Griechenland scheinbar überall Eintritt bekommen, angehört und irgendwie respektiert werden. Die Schweiz dagegen wird von den EU-Spitzen wie ein Schulbube Mal für Mal vorgeführt. Nur, wes-

Im Gegensatz zu Griechenland wird die Schweiz von der EU wie ein Schulbube Mal für Mal vorgeführt.

halb sollte die EU die Schweiz auch respektieren? Die Hilflosigkeit, mit der das Duo Sommaruga/Burkhalter (Schneider-Ammann hat schon längst nichts mehr zu bestellen) die diversen europapolitischen Baustellen bewirtschaftet, überzeugt nicht einmal die eigene Mannschaft. Was in den letzten Tagen um das Thema Masseneinwanderung und EU-Politik in der Regierung ablief, kam fast einer Meuterei gleich. Aus dem fernen Singapur platzte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf mit der nicht ganz neuen Erkenntnis in die aktuelle EU-Debatte, dass die Zuwanderungsinitiative sich mit der Personenfreizügigkeit und den bilateralen Verträgen nicht vertrage. Sie sei deshalb persönlich der Meinung, man müsse rasch Klarheit schaffen.

Widmer-Schlumpf will eine neue Abstimmung. Worüber die Schweiz abstimmen soll, liegt aber im Dunkeln. Die Bundesrätin habe





Wer hat eigentlich die Kontrolle? Aussenminister Burkhalter, Bundespräsidentin Sommaruga, im Januar in Bern.

bloss auf eine Zuschauerfrage geantwortet, beschwichtigt nun ihr Departement. Trotzdem gingen in Bern die Wogen hoch. Besonders Sommaruga muss die Bemerkung der Finanzministerin als einen Rückenschuss empfunden haben. Offiziell will ihr Departement die Aussagen nicht kommentieren. Inoffiziell heisst es dagegen, die Justizministerin sei auf die Finanzministerin wütend.

Ungewollt hat Widmer-Schlumpf aber mit ihrem Antritt während ihrer Südostasienreise den Verdacht verstärkt, der Bundesrat betreibe bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative nur einen Scheinaktivismus. Der Eindruck bleibt: Der Bundesrat tritt an Ort. Simonetta Sommaruga legte im Juni 2014 einen Fahrplan für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vor. Danach erfand sie immer wieder zwingende Gründe für ein Hinausschieben des Entscheides.

Burkhalter wiederum lässt sich lieber mit Putin fotografieren, als in seinem Büro die Knochenarbeit zu verrichten. 33-mal hob der Neuenburger im vergangenen Jahr zu Dienstreisen ab. Welchen Nutzen die Eidgenossenschaft aus seiner rekordverdächtigen Reisetätigkeit zieht, konnte der Aussenminister bisher nicht aufzeigen. Und die Verhandlungen

für ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU, für die der Aussenminister die Verantwortung trägt, stecken fest. Es geht dabei um Fragen wie die Übernahme von EU-Recht, die Überwachung der bilateralen Verträge und die Gerichtsinstanz in Streitfällen. Burkhalters Staatssekretär Yves Rossier traf sich vor einigen Tagen mit dem neuen EU-Chefunterhändler. Über den Ausgang des Treffens liess der sonst redselige Rossier nichts verlauten.

Vor diesem Hintergrund nehmen einzelne Departemente mit europapolitischen Interessen das Heft selber in die Hand. Die CVP-Bundesrätin verhandelt mit Brüssel über ein Stromabkommen. Die EU will aber erst unterschreiben, wenn ein institutioneller Rahmenvertrag im Trockenen ist. Am 29. Januar dann eine überraschende Wende: Nach einem Treffen mit dem neuen EU-Energiekommissar Miguel Cañete verkündete die Bundesrätin, der Spanier habe ihr eine Tür geöffnet. Die EU wolle der Schweiz ab Juni 2015 Zugang zum neuen Strombinnenmarkt gewähren. Bis die Schweiz einen Rahmenvertrag mit der EU abgeschlossen habe, solle als Übergangslösung der Efta-Gerichtshof als Schlichtungsinstanz gelten. Die Auflage der EU: Hat die

Schweiz bis Ende 2016 keinen Rahmenvertrag mit der EU unterzeichnet, wird der Zugang automatisch wieder hinfällig.

Ob die Schweiz auf das Angebot einsteigt, ist noch nicht klar. Leuthard informierte am Mittwoch den Bundesrat erstmals offiziell über die veränderte Situation. Ende März will Cañete in die Schweiz kommen und mit der Schweizer Energieministerin eine entsprechende Lösung diskutieren. Das passt aber nicht allen.

Jeder hat eigene Vorstellungen

Leuthard habe es irgendwie geschafft, den von ihrer Partei favorisierten Efta-Gerichtshof wieder ins Spiel zu bringen, verbreiten dem Departement von Burkhalter nahestehende Kreise. Der Neuenburger und sein Chefunterhändler Rossier suchen eine Lösung bei den institutionellen Fragen über den Europäischen Gerichtshof (EuGH) – mit mässigem Erfolg. Sollte es im Stromabkommen zu einer Interimslösung mit dem Efta-Gerichtshof kommen, könnte dies Rossiers bisherige Verhandlungen zu einem Rahmenabkommen präjudizieren. Irgendwie haben im Bundesrat alle eigene Vorstellungen, wie es weitergehen sollte. Aber es ist nicht klar, wer eigentlich die Kontrolle hat. ○



«Für wenige statt für alle»: «Lohengrin»-Aufführung im Zürcher Opernhaus.

Nationalkonservativ und asozial

Bundesrat Alain Berset will eine zentralistische Kulturpolitik – und fordert zusätzlich viele Millionen Steuerfranken. Wenn es um öffentliche Gelder geht, verhält sich die Schweizer Kulturszene wie ihre liebsten Feindbilder. *Von Peter Keller*

Kunst braucht Knete. Kaum ein Bereich lebt so sehr von der öffentlichen Hand wie die Kultur, und schon heute fliessen erstaunlich hohe Beträge auf allen Ebenen des Staates. 2012 liessen Gemeinden, Kantone und der Bund insgesamt 2732,3 Millionen Franken für Künstler und kulturelle Einrichtungen springen. Geht es nach dem Willen des Bundesrates, sollen die Subventionen nochmals kräftig steigen: Im Jahr 2020 wären so gemäss veranschlagtem Ausgabenwachstum 3355,1 Millionen Franken im Jahr fällig – was einem Plus von 622,8 Millionen oder 22,8 Prozent entspricht.

«Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020» heisst das Werk aus dem Hause Alain Berset. Sein Bundesamt für Kultur (BAK) hat die Vorlage ausgearbeitet. In der Einleitung des 140 Seiten starken Papiers ist von «strategischer Ausrichtung» der Kulturpolitik die Rede, von «Globalisierung» und «Indivi-

dualisierung», «demografischem Wandel» und «Urbanisierung». Viel Brimborium mit Worten. Am Ende geht es aber auch bei der hohen Kunst ganz profan ums Geld: Der Bundesrat beantragt dem Parlament Finanzmittel in der Höhe von insgesamt 1121,6 Millionen Franken.

Entmündigung der Gemeinden

Traditionell ist die Kulturförderung in der Schweiz von unten nach oben organisiert. In dieser Reihenfolge fliessen auch die Gelder: 2012 gaben die Gemeinden 1364,3 Millionen für kulturelle Belange aus (immerhin 3,5 Prozent ihrer Gesamtausgaben), es folgten die Kantone mit 1072,2 Millionen. Der Bund musste sich mit 295,8 Millionen im Jahr begnügen. Für Alain Berset und seine BAK-Leute offenbar zu wenig. Mit der vorliegenden Kulturbotschaft wollen sie das föderalistische Finanzierungssystem auf den Kopf stellen.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, klagt das Bundesamt für Kultur, gebe es heute kaum eine «inhaltliche Abstimmung» der Kulturförderung zwischen den Staatsebenen. Eigentlich kein Missstand, sondern ein typisches und gewolltes Merkmal in einem föderalistischen System. Dass sich Kulturpolitik und Ausgaben in den Kantonen stark unterscheiden, liegt auf der Hand (siehe Tabellen). Doch Betsers Kulturfunktionäre übergehen solche gewachsenen Strukturen. Sie wollen eine «engere Zusammenarbeit» und rufen nach «aufeinander abgestimmten Massnahmen».

Was harmlos tönt, läuft letztlich auf eine Entmündigung der Gemeinden und Kantone hinaus. Sie sollen zwar weiterhin viele hundert Millionen für die Kultur bereitstellen, aber Bundesbern will Einfluss nehmen, wie und wo die Mittel eingesetzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, schreckt Berset auch vor einer fragwürdigen ideologischen Aufrüstung nicht zurück:

Nichts Geringeres als eine «Nationale Kulturpolitik» schwebt dem Freiburger Bundesrat vor. Ein ungewohntes Vokabular für einen Sozialdemokraten. Aber wenn es um die Verteilung fremder Gelder zugunsten der eigenen Klientel geht, schreckt die Linke offenbar auch vor nationalistischen Konzepten nicht zurück.

Steuergeld für elitäres Publikum

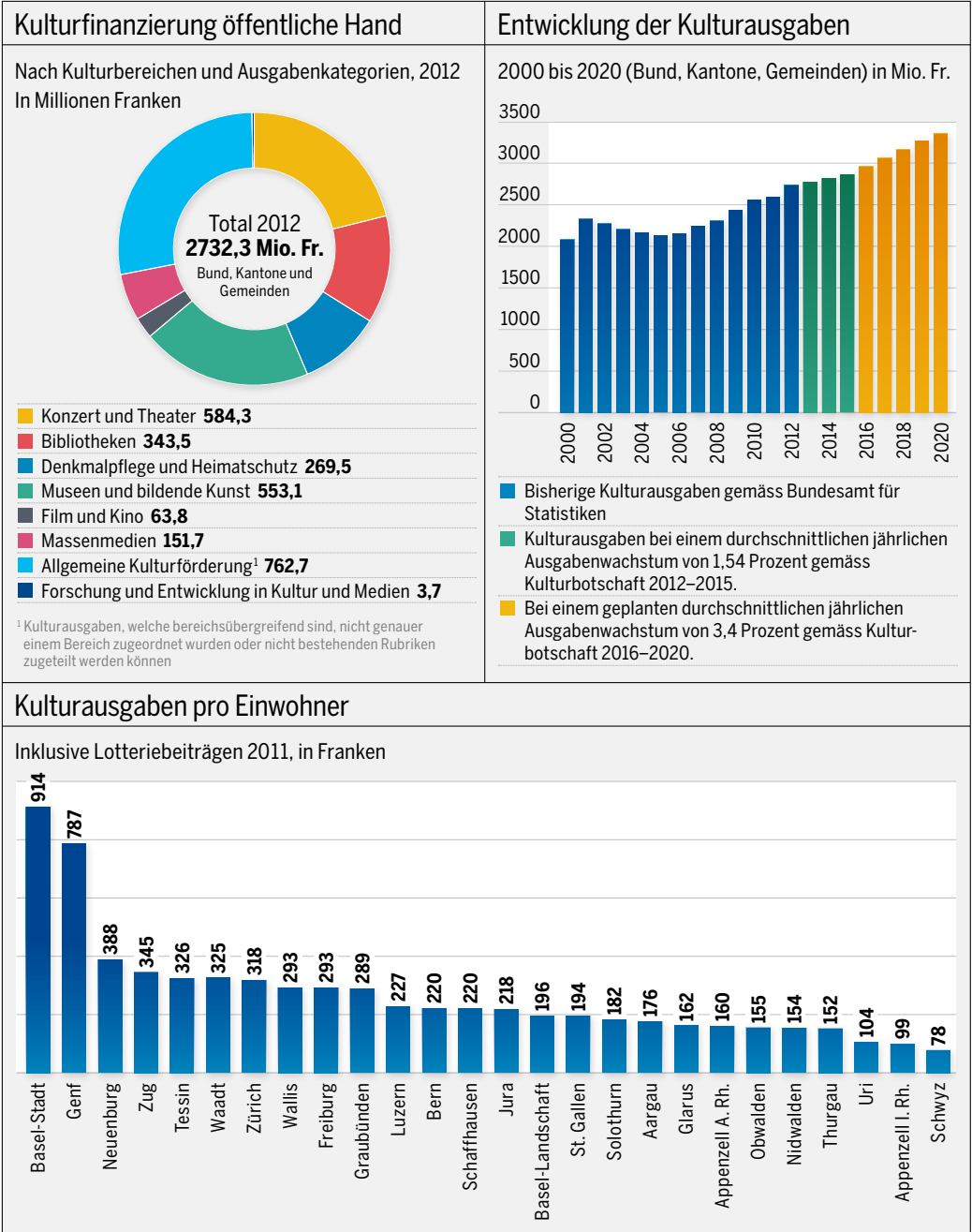
Die Thronfolge war nahtlos: Im August 2013 übernahm der frühere Regierungsrat Markus Notter (SP) das Verwaltungsratspräsidium des Zürcher Opernhauses. Sein Vorgänger hiess Josef Estermann, auch er ein Politiker und ebenfalls Sozialdemokrat. Wenn auf der berühmtesten Bühne der Schweiz Richard Wagners Werke erklingen, dann sitzt auf den Rängen Zürichs Goldküste einträchtig neben Edellinken. Passend dazu: Als Vizepräsident des Opernhauses amtiert heute der ehemalige UBS-Absturzbanker Peter A. Wuffli.

Das Zürcher Opernhaus hat – unbestritten – weltweites Renommee. Den Ruhm gibt es allerdings nicht umsonst. Man kauft sich die künstlerische Ausstrahlung zusammen wie Real Madrid seine sportlichen Erfolge: mit Geld. Im Falle des Opernhauses mit viel Steuergeld. In der Spielzeit 2013/14 beliefen sich die Beiträge der öffentlichen Hand auf 80,84 Millionen Franken. Da bleiben für die kleineren, alternativen Kulturszenen nur noch Krümel übrig.

Mit dem Slogan «Für alle statt für wenige» dekoriert die schweizerische SP ihre Umverteilungspolitik. Geht es um die Kultur, mag die Linke von sozialer Gerechtigkeit nichts mehr wissen: In kaum einem Bereich muss die Allgemeinheit so viel Geld für so wenige Profiteure aufwenden. Die Staatskünstler verdanken es der SP mit Linientreue.

Auch beim Theater- und Opernpublikum gilt das Prinzip «Für wenige statt für alle». Die Besucherzahlen sind bescheiden, dafür ist jeder Sitzplatz hochsubventioniert. Das Theater Neumarkt, ebenfalls in Zürich ansässig, erreicht einen Eigenfinanzierungsgrad von kümmerlichen 10 Prozent (*Weltwoche* Nr. 45/14). Für den Rest der Kosten kommt die Öffentlichkeit auf: Pro Neumarkt-Besucher müssen die Steuerzahler 464 Franken drauflegen, beim Opernhaus sind es 327 Franken. Ähnliche Werte treffen auf alle grösseren Schweizer Bühnen zu.

Zwischen Kulturkonsumenten und Steuerzahlern herrscht das Prinzip Umverteilung – und zwar von unten nach oben. Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat die monatlichen Kulturausgaben privater Haushalte zusammengetragen. Im Bereich Theater und Konzerte können für Familien mit Kindern, die weniger als 7147 Franken monatlich zur Verfügung haben, statistisch keine Zahlen ausgewiesen werden, so selten nehmen sie das Angebot in Anspruch. Nennenswerte Beträge tauchen erst bei Paaren mit Kindern in den höchsten Einkommensklassen auf. Dort fallen durchschnittlich im Monat 39 Franken



Umverteilung – von unten nach oben: Kulturausgaben in der Schweiz.

(Haushalte mit monatlichem Einkommen zwischen 10 795 und 13 686 Franken) beziehungsweise 60 Franken an (Haushalte ab 13 687 Franken Einkommen). Damit schliesst sich der asoziale Umverteilungskreis: Das Publikum ist elitär und gutverdienend, finanziert wird das Vergnügen weitgehend durch die Allgemeinheit.

Grauer Geist

In welche Kulturbereiche fliessen die öffentlichen Gelder? Die grossen Brocken kommen den Museen, Bibliotheken, der Denkmalpflege und dem Heimatschutz zugute. Darunter finden sich zweifellos schöne und wichtige Einrichtungen. Aber man wird den Eindruck nicht los, dass hier insgesamt ein grauer Geist am Wirken ist. In den Bibliotheken werden Bücher gelagert, in den Museen die Vergangenheit hinter Vitrinen aufbewahrt, allein 270 Millionen Franken dienen der Denkmalpflege und dem Heimatschutz.

Dazu kommt die Unterstützung der Schweizer Theaterbühnen, einer längst überholten Kunstform, deren geschrumpfte Bedeutung in keiner Weise mehr die immensen Subventionen rechtfertigt. Es scheint so, als ob die Theater einfach weiterfinanziert werden, nur weil die Häuser da sind – ein Anachronismus im 21. Jahrhundert, wie wenn die SBB noch ein paralleles Netz mit Dampflokomotiven unterhalten würden.

So präsentiert sich die Schweizer Kulturförderung im Jahr 2015 erschreckend autistisch. Um den staatlichen Subventionsstrom aufrechtzuerhalten, kopiert die Szene ihre liebsten Feindbilder: mit einem nationalkonservativen Kulturverständnis und ohne Sinn für soziale Gerechtigkeit. Bundesrat Alain Berset will das selbstgewählte Reduit mit weiteren Hunderten Millionen Franken zementieren.

Mehr zum Thema: [Seite 54](#)

Wolffs wunderliche Wandlung

Als der Linksalternative Richard Wolff im Juni 2013 das Stadtzürcher Polizeidepartement übernahm, schüttelten manche den Kopf. Der alte Strassenkämpfer liess kaum ein Fettnäpfchen aus. Trotzdem ist er in seiner Rolle aufgeblüht – und aus dem Korps vernimmt man Lob. *Von Alex Baur und Lucien Hunziker (Bild)*

Im Vorzimmer von Stadtrat Richard Wolff hat der Wartende die Wahl zwischen drei Lektüren: *Blaulicht* und *Stapo*, zwei Polizeimagazinen, sowie den letzten sechs Ausgaben der *Weltwoche*. Das mag insofern erstaunen, als der linksalternative Politiker nicht zur klassischen Zielgruppe dieser, sagen wir mal, eher konservativen Qualitätsblätter zählt. Doch wir befinden uns schliesslich in der altehrwürdigen Urania-Wache, dem Herzen der Zürcher Stadtpolizei. Und in dieser Welt, in der Uniformen, Vorschrift, Dienst und Ordnung noch etwas gelten, gibt man sich gerne etwas konservativ.

Verwunderlich war es schon, als Wolff von der Vier-Prozent-Partei Alternative Liste (AL) vor knapp zwei Jahren nach dem vorzeitigen Rücktritt von Martin Vollenwyder (FDP) in die Exekutive gewählt wurde. Gewiss, das hatte auch mit dem Verzicht der dominanten SP und der Grünen auf eigene Kandidaten zu tun und dem schwachen Auftritt des Freisinns. Doch Richard Wolff, der erst 2010 der AL beigetreten war, kannte man ausserhalb des linksalternativen Kuchens damals kaum. Dort kannte ihn allerdings jeder. Und dieser Kuchen, das haben viele unterschätzt, ist in Zürich ziemlich gross.

Zitrone und Schutzbrille

Wolff, das wurde spätestens nach seiner Wiederwahl (sie ging auf Kosten der Grünen) vor einem Jahr klar, steht nicht für eine Partei, sondern für eine Bewegung, genauer gesagt: für die Bewegung. Er ist ein politisches Kind der Opernhaus-Krawalle, jener Generation, die Anfang der 1980er Jahre mit dem Schlachtruf «Macht aus dem Staat Gurkensalat» randalierte. Inzwischen gehören Alternativkultur und besetzte Liegenschaften (zurzeit etwa dreissig) zu dieser Stadt wie die blauen Trams. Mit Wolffs Einzug in die Regierung wurde der Integrationsprozess gleichsam besiegelt.

Gegen tausend Anhänger feierten im Februar 2014 seine Wiederwahl. Etablierte Parteien können von einem solchen Auflauf nur träumen. Wer eine kämpferische Ansprache erwartete, ging allerdings fehl. Was Richard Wolff von sich gab, irritierte die meisten, viele witterten sogar Verrat: Er fühle sich wohl im Polizeidepartement, das man ihm ein halbes Jahr zuvor gegen seinen Willen aufgezwungen hatte – und er gedenke nicht zu wechseln. Dabei, das wusste jeder, wäre es für ihn ein Leichtes gewesen, das Tiefbaudepartement zu übernehmen, das nun an seinen freisinnigen Widersacher ging, Filippo Leutenegger – aus-

gerechnet Filippo, ein erklärter Gegner der rot-grünen Verkehrspolitik.

Wolff und die Polizei, das passt schon zusammen wie die sprichwörtliche Faust aufs Auge. Es gab kaum eine Demo in den letzten 25 Jahren, an der er nicht mitmarschiert wäre. Gegenüber der *WoZ* erklärte er einmal Zitrone und Schutzbrille zu seinen wichtigsten Utensilien – sie schützten ihn vor Tränengas und Gummischrot. In der ersten Reihe war er nie mitmarschiert, aber in der zweiten schon. Dass er selber nie gewalttätig geworden sei, glaubt man ihm gerne, wenn man diesen eher zart gebauten, scheu wirkenden Mann vor sich hat.

So richtig hat sich Wolff von den Krawallanten nie distanziert. Vor den Wahlen klang das etwa so: «Eine gewisse Vehemenz und Gewalt ist damals angesichts der Härte der herrschenden Verhältnisse angesagt gewesen.» Der Frust der Jungen in den achtziger Jahren sei eben gross gewesen, klein dagegen die Bereitschaft des Establishments, ihnen zuzuhören. Nach seiner Wahl liess sich Richard Wolff von der *WoZ* zu den Ausschreitungen um das Binz-Areal wie folgt zitieren: «Der Krawall ist schade, traurig und falsch.» Den notorisch gewalttätigen schwarzen Block bezeichnete er später auch mal als «interessante Ergänzung». Eine klare Distanzierung klingt anders.

Wolff hat sich in seinem Leben schon an vielen Orten engagiert, ist aber nirgends richtig einzuordnen.

Vom Kanzleizentrum über die Rote Fabrik bis zur Besetzung des Binz-Areals – es gibt kein linksautonomes Projekt in dieser Stadt, bei dem Richard Wolff oder zumindest einer seiner inzwischen erwachsenen Söhne nicht aktiv Hand mit angelegt hätten. Just dieser Mann steht nun also der Stadtpolizei vor, die regelmässig mit Gummischrot und Tränengas gegen linke Krawallbrüder vorgeht, Chaoten verhaftet und besetzte Liegenschaften räumt.

Spass macht ihm das zwar sicher nicht. Trotzdem, «Wolff ist im Amt richtig aufgeblüht», wie ein alter Weggefährte versichert. Und das Erstaunlichste: Selbst aus dem Korps dringen optimistische Signale. «Er tut uns nicht weh», sagt ein erfahrener Detektiv, «Wolff ist empfänglich für Argumente, kann zuhören.»

Wie ist das möglich? Der orthodox marxistische Revolutionäre Aufbau (RAZ) wittert Korruption durch Einbindung. Doch der

Verdacht greift zu kurz. Die wundersame Wandlung des Richard Wolff sei eher als Metamorphose zu begreifen, sagt einer, der ihn gut kennt, «im Kern ist er derselbe geblieben». Vielleicht liegt die Erklärung in der Geschichte dieses Mannes, der 1957 in Erlenbach an der Zürcher Goldküste zur Welt kam und als wohlbehütetes Einzelkind heranwuchs.

Lange verdrängte Familiengeschichte

Im Alter von zehn Jahren kommt es zu einem radikalen Bruch: Die Eltern trennen sich, der Vater findet Arbeit in Venezuela, die Mutter zieht mit ihrem Sohn in die Stadt, in einen Block nach Schwamendingen, weil es dort günstige Hortplätze gibt. Anderthalb Jahre später dann gleich die nächste Wende: Die Eltern versöhnen sich, mit der Mutter zieht er nach Venezuela. Die Wolffs leben in einer Expat-Community in Maracay, eine gute Fahrtstunde von der Hauptstadt Caracas entfernt. Der Junge tut sich anfänglich schwer, er muss neben Spanisch nun auch noch Englisch lernen, in stundenlangen Fleissübungen versucht er sich das rollende R anzugewöhnen.

Die Jahre in Südamerika seien prägend für ihn gewesen, meint Wolff im Rückblick. Vielleicht wäre aus ihm ein amerikanischer Manager geworden, wenn er in Venezuela geblieben wäre, um später, wie die meisten seiner dortigen Kollegen, in den USA zu studieren. Doch Anfang der 1970er Jahre ziehen die Wolffs wieder nach Zürich, wo er das Rämibühl-Gymnasium besucht. Der Vietnamkrieg neigt sich dem bitteren Ende zu, während in Chile und Argentinien brutale Militärdiktatoren die Macht an sich reissen. Das Leben in Venezuela hat Wolffs Sensorium für soziale Fragen geschärft. Es ist die erste Phase der Politisierung.

In jener Zeit macht Wolff vorübergehend auch beim jüdischen Jugendbund mit. Sein Vater stammt aus einer jüdischen Fabrikantenfamilie, die unter dem Naziterror alles verloren hatte. Seine Vorfahren wurden, soweit sie sich nicht ins Ausland retten konnten, ermordet. Das erfährt er aber erst als Teenager. Seine Eltern wollten ihm die traurige Familiengeschichte ersparen. Da seine Mutter Christin ist, gilt er nach jüdischer Tradition allerdings nicht als Jude. Das passt irgendwie zu Richard Wolff, der sich in seinem Leben schon an vielen Orten engagiert und doch nirgends richtig einzuordnen ist.

Am 30. Mai 1980 besucht er als 22-jähriger Uni-Student ein Konzert von Bob Marley im Hallenstadion. Zur gleichen Zeit geht am Zür-



Akt der Domestizierung: Städtzürcher Polizeivorsteher und Alternativpolitiker Richard Wolff.



Politisches Kind der Opernhaus-Krawalle: Aktivist Wolff in den achtziger Jahren.

cher Bellevue ziemlich überraschend die Post ab. Der Stadtrat hat für die Renovation des Opernhauses eben sechzig Millionen bewilligt und zugleich die Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum abgelehnt. Es ist die Initialzündung für die berühmten Opernhaus-Krawalle. Wolff hat den Auftakt verpasst, aber er ist sofort Feuer und Flamme. Die im Grunde anarchische Bewegung, die sich schlicht «die Bewegung» nennt, weil sie sich nirgends einfügen will, das ist Wolffs Welt.

35 Jahre später treffe ich Stadtrat Dr. Richard Wolff in seinem Büro in der Urania-Hauptwache. Vor ihm liegt ein *Weltwoche*-Artikel mit

Die Bewegung hat durchaus kreative und lebenswerte Alternativen hervorgebracht.

dem Titel «Die Lebenslüge der Bewegten», den ich kürzlich verfasste. Ich ging dabei ziemlich hart ins Gericht mit einer verwöhnten und orientierungslosen Generation, der letztlich auch ich angehöre. Die «Lebenslüge» bezieht sich auf die undemokratische «Gewalt des Mobs», die sich als Reaktion auf eine nebulöse institutionelle Gewalt selber legitimiert. Die Hälfte meiner Sätze hat Wolff rot angestrichen – und er tat dies nicht aus Begeisterung.

Wolff hält mir die geistige Enge der 1970er Jahre entgegen, den Mief des Kalten Krieges, eine Zeit, in der viele den Fortschritt zusehends als Bedrohung wahrnahmen, während der Kommerz die letzten freien Winkel der Welt zu erobern schien. Wohlstand war längst eine Selbstverständlichkeit, bei uns zumindest, viele konnten sich viel leisten, doch nur wenige machten von dieser Freiheit Gebrauch.

«Freiräume schaffen», das sind die Schlüsselbegriffe, um die sich das Gespräch in den folgenden zwei Stunden immer wieder dreht.

Wolff studierte Ethnologie und Geografie. Ursprünglich wollte er in die «Entwicklungszusammenarbeit» gehen. Die Bewegung hielt ihn in der Schweiz zurück, und dies, obwohl Studenten dort eher auf Ablehnung stiessen. Wolff erkannte in der Stadtentwicklung («das ist pure Geografie») eine Möglichkeit, soziale Änderungen herbeizuführen. Letztlich ist alles ein Kampf um Raum, um Freiräume eben.

Freiraum für das Sexgewerbe

Zusammen mit Studienkollegen gründete er das Senter for Applied Urbanism, kurz SAU, eine typische Wortschöpfung aus jener Zeit. Später wurde daraus Inura, ein internationales Netzwerk für partizipative Städteplanung. Dieses Thema stand auch in seiner Zeit beim linksalternativen Verkehrs-Club (VCS) und beim Mieterverband im Zentrum, das war auch der Stoff seiner Dissertation an der ETH.

Hält man sich sein politisches «Spinnennetz» vor Augen, liesse sich Wolff problemlos beim linken Flügel der SP oder bei den Grünen einordnen. Trotzdem ist es kein Zufall, dass er bei den staatskritischen Alternativen landete, die einen Zug ins Anarchische haben und immer wieder für Überraschungen gut sind. Etwa wenn es darum geht, bezahlbare Parkplätze fürs Gewerbe zu erhalten oder Gebühren zu bekämpfen. Wolff hat keine Hemmungen, sich im Kampf gegen das anonyme Grosskapital mit dem ansonsten eher der SVP zugeneigten Gewerbe zu verbünden. Die AL setzt sich in Zürich sogar für das Sexgewerbe ein, das auch ausserhalb amtlich kontrollierter Verrichtungsboxen seinen Freiraum haben soll.

Bis zu seinem Einzug in die Stadtregierung lebte und geschäftete Wolff weitgehend ausserhalb der staatlichen Strukturen. Auch die Genossenschaft Nordpol, in der er seit 1981 wohnt, geht auf eine Privatinitiative zurück. Mit Freunden kaufte er damals ein Mehrfamilienhaus, das man zuvor gemietet hatte. Zusammen mit seiner Partnerin zog er seine drei Söhne im selbstverwalteten Wohnkollektiv gross. Die Hausgemeinschaft, die an die verlorengegangene Grossfamilie erinnert, scheint gut zu funktionieren. Und sie zeigt, dass die Bewegung durchaus kreative und lebenswerte Alternativen hervorgebracht hat. Nur wird das Positive in der öffentlichen Wahrnehmung oft überdeckt vom Zerstörerischen, das sie selber zu ihrem Markenzeichen gemacht hat.

Entwaffnende Offenheit

Dass ihn seine Ratskollegen zum Auftakt ins Polizeidepartement schickten, darf als Akt der Domestizierung gedeutet werden. Dort erwartete den frischgebackenen Polizeivorsteher als Erstes die Räumung des Binz-Areals, die ihm sein Vorgänger Daniel Leupi (Grüne) überlassen hatte. Die Besetzer zogen schliesslich von sich aus ab, wobei Wolffs Nähe zur Szene «dem friedlichen Ausgang zumindest nicht hinderlich» war, wie es ein Freund formuliert.

Danach liess er allerdings kaum ein Fettöpfchen aus, das sich ihm darbot. Als illustratives Beispiel sei das öffentliche Podium mit Secondos erwähnt, die sich über angebliche Übergriffe der Polizei beschwerten. Wolff solidarisierte sich spontan mit den Jugendlichen. Als sich später herausstellte, dass sich unter den vermeintlichen Rassismuspfern mehrere Straftäter befanden, entschuldigte sich Wolff in aller Form bei seinen Mitarbeitern. In der



Wiedersehen mit dem Jugendfreund nach 40 Jahren:

vermeintlichen Schwäche kommt allerdings seine vielleicht grösste Stärke zum Ausdruck: Wolff bereitet es keine Mühe, Fehler und Unsicherheiten unumwunden einzugestehen und Lernbereitschaft zu signalisieren. Seine Offenheit wirkt ehrlich – und entwaffnend.

Am Tag, als Richard Wolff sein Amt antrat, bezog auch der neue Kommandant Daniel Blumer seinen Posten in der Urania-Wache. Es war Zufall, Blumer war noch von Leupi eingestellt worden. Aber es war einer jener Zufälle, wie ihn nur das Leben schreiben kann: Wolff und Blumer waren zusammen in Erlenbach auf-

In der vermeintlichen Schwäche kommt seine vielleicht grösste Stärke zum Ausdruck.

gewachsen, Tür an Tür, hatten im selben Sandkasten und im selben *Chindsgi* miteinander gespielt, bis das Schicksal sie trennte. Der eine trat seinen langen Marsch durch die alternative Szene an, der andere durch die polizeilichen Institutionen. In den 1980er Jahren, als Blumer mit straffer Hand das Zürcher Betäubungsmitteldezernat leitete, war Wolff oft an der sogenannten Riviera anzutreffen, wo Drogen aller Art zirkulierten. Die beiden kamen sich damals nicht in die Quere, Wolff wurde auch nie verhaftet. So sahen sich die Jugendfreunde erst nach über vier Jahrzehnten wieder, in der Urania-Wache. Es dürfte sich um eine ziemlich glückliche Fügung handeln.

Auch über Daniel Blumer wurde schon einiges berichtet. Als Kommandant in Bern wurde ihm zu viel Nachsicht gegenüber Chaoten vorgeworfen, im Baselbiet unverhältnismässige Härte, zu reden gab auch sein ungestümer

Fahrstil (mehrere Verzeigungen). Im Zürcher Polizeikorps sorgten Ende 2013 aufgebauchte Verdächtigungen gegen vermeintlich korrupte Seilschaften bei der Sittenpolizei für Unruhe. Doch der direkte Führungsstil von Blumer, der sich auch mal um den Dienstweg foutiert, kommt vor allem bei der Truppe gut an (bei einigen Offizieren etwas weniger). Gut angekommen, so hört man aus verlässlicher Quelle, sei auch eine unspektakuläre, aber effiziente Reorganisation der Kriminalpolizei.

Wolffs Achillesferse

Im Strassenkampf bleibt Wolffs Bilanz durchgezogen. Seinen bisher einzigen 1.-Mai-Einsatz bestand er mit Bravour; dank einer massiven Polizeipräsenz blieb die Stadt von Ausschreitungen verschont. Bei den Krawallen Ende 2014 auf der Europaallee wurde Wolff hingegen kalt erwischt. Die extrem gewalttätigen Randalierer kamen fast alle ungeschoren davon. Vor diesem Hintergrund kam Wolffs Ankündigung, die Verantwortlichen einer illegalen Strassenblockade beim Labitzke-Areal nicht zur Kasse zu beten, selbst bei einigen Sozialdemokraten ziemlich schlecht an.

Warum, so fragen sich viele Zürcher, müssen Fussballklubs für den Schutz vor Randalierern Millionen hinblättern, während der linke Mob ungestraft auf Kosten der Allgemeinheit und des Gewerbes wütet? Ob Linksautonome, Hooligans oder Neonazis, für die meisten Bürger dieser Stadt ist es einerlei. Und für die Opfer der Gewalt spielt es erst recht keine Rolle, ob die Pflastersteine und Petarden von links oder von rechts angefliegen kommen. Das ambivalente Verhältnis zur Chaotenszene ist und bleibt die Achillesferse von Richard Wolff.

Nun gehört es zu den Feinheiten der Schweizer Politik, dass man die Regierungsvertreter der Polparteien gerne in diejenigen Ressorts schickt, die sie am heftigsten kritisieren. So muss der freisinnige Filippo Leutenegger seiner Klientel nun die rot-grüne Verkehrspolitik schmackhaft machen, während Wolff seinen Wählern zu erklären hat, warum die Polizei nicht auf Tränengas und Gummischrot verzichten kann. Wie sollte sie sonst die Gewalttäter in Schach halten – mit der blossen Faust, mit Pflastersteinen und Feuerwerk? Oder lieber mit dem guten alten Schlagstock?

Fairerweise muss man einräumen, dass die Bürgerlichen den Strassenterror nicht besser im Griff hatten, als sie noch an der Macht waren. Und dass die Krawalle nur einen kleinen Teil der Polizeiarbeit ausmachen. Richard Wolff ist auch klug genug, das Tagesgeschäft dem Profi Blumer zu überlassen. Es sind ja noch ein paar andere Aufgaben in seinem Departement zu bewältigen – Feuerwehr, Sanität und, nicht zu vergessen, die Dienstabteilung Verkehr. Und wenn der Wolff da oder dort bei drohenden Ausschreitungen vermitteln kann, wird ihm das auch keiner verübeln. ○



Kommandant Blumer (l.), Polizeivorsteher Wolff.

Clever sparen!

Jetzt nur 450.–/Monat

Wir könnten unsere Preise auch auf 650.–/Monat erhöhen. Wollen wir aber nicht!

220'000
Impressions pro Monat



Das marktführende Stellenportal für IT-Spezialisten

200'000
Impressions pro Monat



Das Stellenportal für Medical-Stellen

180'000
Impressions pro Monat



Das Schweizer Stellenportal für Handwerker

300'000
Impressions pro Monat



Das Schweizer All-Branchen Portal



Testen Sie uns:
info@stellen-anzeiger.ch

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80



Vielfrontenkrieg: Unia-Vordenker Pardini.

Pardini greift Genossen an

Der Unia-Industrie-Chef ist dabei, einen lästigen Konkurrenten abzuservieren. Es geht um viel Geld, Macht und die Frage, wie die Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern auftreten. Ein Sieg der Unia wäre schlecht für den Industriestandort. *Von Florian Schwab und Fabian Unternährer (Bild)*

Der Chef der Industrieabteilung innerhalb der Gewerkschaft Unia, SP-Nationalrat Corrado Pardini, hat es auf die jüngste Titelseite des Mitgliederzeitung der Konkurrenzgewerkschaft Syna geschafft. Pardini wolle die Angestellten Schweiz, eine dritte Arbeitnehmervertretungsorganisation, «finanziell aushungern und so ruinieren». Die Unia gegen alle und alle gegen die Unia – an diesen Frontverlauf in der Maschinen-, Elektro und Metallindustrie (MEM) hatte man sich bereits anlässlich der harzigen Verhandlungen zur Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrages (GAV) in den Jahren 2012 und 2013 gewöhnen können. Die Unia setzte hier gegen sämtliche Widerstände einen Mindestlohn durch.

Wer aber gedacht hatte, dass mit der Unterschrift unter den neuen GAV der Friede in der Branche zurückgekehrt sei, wurde eines Besseren belehrt. Letzten Herbst veröffentlichte der

frühere *Weltwoche*- und heutige *Work-Journalist* Oliver Fahrni ein Buch, in dem er die Verhandlungen detailliert nachzeichnet und über manche Unia-Kontrahenten bitterböse Häme ausgiesst (siehe *Weltwoche* 05/15 «Der Mann, der die Industrie besiegte»).

Gegenüber der jüngsten Eskalation nimmt sich die Einschleusung eines Journalisten in die GAV-Verhandlungen indes noch harmlos aus. Die Unia hat nämlich einen der am MEM-GAV beteiligten Sozialpartner auf die Zahlung von 16 Millionen Franken betrieben und diese Forderung in einer Klage vor dem Bezirksgericht Olten mit Substanz unterfüttert.

Der Vorgang ist umso beachtlicher, als der eingeklagte Sozialpartner gemeinsam mit der Unia auf der Arbeitnehmerbank sitzt. Es handelt sich um die Angestellten Schweiz, einen eher lose organisierten Dachverband von Angestelltenorganisationen einzelner Firmen, der

schweizweit nach eigenem Bekunden rund 20 000 Angestellte vertritt. Bei den Angestellten Schweiz wird man Mitglied, indem man einer angeschlossenen firmeneigenen Personalorganisation beiträgt. Anders in der Unia: Diese ist nach regionalen Sektionen gegliedert und wird vergleichsweise straff von oben geführt.

Unklare Trennlinie

Die Unia wirft den Angestellten Schweiz vor, dass sie zu viel Geld aus der gemeinsamen Kasse der MEM-Sozialpartner bezogen hätten, einem Fonds für die sogenannten Solidaritätsbeiträge. Jedem Arbeitnehmer einer am GAV beteiligten Firma werden 12 Franken im Monat (60 Franken im Jahr) vom Lohn abgezogen und von der Firma in den Fonds überwiesen. So kommen jährlich rund 5,5 Millionen Franken zusammen. Davon werden über fünf Millionen im Jahr direkt wieder an die beteiligten

Organisationen ausgeschüttet. Zum Beispiel: Ein Angestellter ist Mitglied der Unia, wo er im Jahr 380 Franken Mitgliederbeitrag zahlen muss. Ihm werden zudem 60 Franken Solidaritätsbeitrag vom Lohn abgezogen, die sein Arbeitgeber an den Fonds überweist. Total bezahlt das Mitglied also 440 Franken im Jahr. Daraus ergibt sich die Höhe des Betrags, den die Unia für ihr Mitglied aus dem Fonds zurückerhält: 53 Prozent von 440 Franken, also 233 Franken (die im Reglement auf 240 Franken aufgerundet werden). Das Mitglied selbst trägt von der Gesamtbelastung (440 Franken) lediglich 200 Franken.

Gemäss Reglement sind die Arbeitnehmerorganisationen verpflichtet, ihren Mitgliedern mindestens zwei Drittel der Leistungen aus dem Fonds direkt zurückzugeben, und zwar «in bar, in Form von Gutscheinen, Altersvorsorge-Gutschriften oder ähnlichen Formen». Das restliche Drittel können sie für die «Weiterbildung im Verband» verwenden.

Die beiden Gewerkschaften Unia und Syna haben bei dieser Ausgestaltung einen Vorteil über die Angestellten Schweiz, da der Mitgliederbeitrag mit durchschnittlich 380 Franken bei der Unia und 400 Franken bei der Syna sehr hoch ist. Die Angestellten Schweiz kennen hingegen keine einheitlichen Mitgliederbeiträge. Die Kompetenz für die Erhebung eines Beitrags liegt bei den Angestelltenorganisationen innerhalb der Firmen, und offenbar schwimmt auch die Trennlinie zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern in mancher Firma zur Unkenntlichkeit. Dementsprechend ist auch die Durchführbarkeit der im Reglement geforderten persönlichen Rückerstattung durchaus mit Fragezeichen zu versehen.

Fehler mit Folgen

Um dennoch weiter an den Fondsgeldern zu partizipieren, beging der Dachverband Angestellte Schweiz vor einigen Jahren einen folgenschweren Fehler. Aufgrund des jährlichen Aufwands und der Erfahrungswerte berechnete er einen für seine eigene Finanzierung theoretisch notwendigen Mitgliederbeitrag von 230 Franken, welcher die Kosten des Verbands decken würde. Nur wurde dies den anderen Sozialpartnern offenbar als tatsächlich bezahlter Mitgliederbeitrag verkauft – das Einfallstor für die Unia. Sie wirft den Angestellten Schweiz vor, über Jahre zu viel bezogen zu haben und auch die Rückzahlungen an die Mitglieder nicht wie im Reglement gefordert durchzuführen.

Corrado Pardini gibt vor, gegen diesen Missstand anzugehen. Die Unia wolle mit ihrer Klage volle «Transparenz» über die letzten zehn Jahre herstellen – bei den Angestellten Schweiz, bei der Syna und auch bei der Unia selbst: «Die Rückerstattungen, so ist es vereinbart, richten sich nach der Zahl der Mitglieder und der Höhe der Mitgliedsbeiträge. Alle Par-

teien sind gehalten, diese Regeln zu respektieren. So einfach, so klar.»

Es geht nicht nur um Transparenz

Bei genauerer Betrachtung der Zahlen relativiert sich das Problem: Gemäss den Lohnausweisen der Arbeitgeber vertraten die Angestellten Schweiz im Jahr 2011 gut 12 000 Angestellte, die Unia lediglich knapp 7 000 Angestellte. Aufgrund der Reglementsmechanik erhielt die nur gut halb so grosse Unia dank ihres hohen Mitgliederbeitrags rund 1,7 Millionen, während nur 1,5 Millionen Franken an die fast doppelt so grossen Angestellten Schweiz flossen. Da die Besonderheiten der Angestellten Schweiz offenbar den anderen Sozialpartnern bekannt waren und sich die ungefähren Anteile der beteiligten Arbeitnehmerorganisationen auch über Jahrzehnte eingebürgert haben, darf man vermuten, dass es der Unia mit der Klage nicht nur um «Transparenz» geht.

Die Unia nämlich hat zwischen 2000 und 2011 im Bereich des MEM-Gesamtarbeitsvertrags die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüsst, während die Angestellten Schweiz bloss einen Fünftel verloren. Dies liegt auch an einem Strukturwandel innerhalb der betreffenden Sektoren: Die Angestellten Schweiz vertreten eher eine höhergestellte «Weiss-

Er hat die Achillesferse seines Konkurrenten erkannt und nützt diese aus.

kragen»-Klientel, während bei der Unia eher die immer seltener werdenden «Blaukittel» anzutreffen sind.

Will die Unia ihren Bedeutungsverlust in der MEM-Industrie stoppen, so muss sie in den Bereich der Angestellten Schweiz vorstossen. Dazu Pardini: «Alle Angestellten haben einen Anspruch darauf, von einer freien, starken Gewerkschaft vertreten zu werden.» Die Epoche «gelber Personalverbände von Gnaden der Arbeitgeber» neige sich «ihrem Ende zu». Offenbar will der Unia-Strategie mit einer finanziellen Schwächung des Angestellten-Schweiz-Verbandes nachhelfen. Die Achillesferse seines Konkurrenten hat er dabei klar erkannt und nützt diese aus: Da der Fonds rechtlich als einfache Gesellschaft organisiert ist, kann die Unia als deren Mitglied sämtliche Auszahlungen an sämtliche Verbände blockieren, auch wenn alle anderen (wie geschehen) dagegen Sturm laufen. Der durch die Klage angestregte Rechtsstreit kann sich über Jahre hinziehen. Währenddessen versiegen die Einnahmequellen der Angestellten Schweiz zu einem guten Teil.

Für die Arbeitgeber im Industriesektor wäre ein Untergang der Angestellten Schweiz indes ein Verlust. Der Verband ist als konst-

ruktiv bekannt, und auch der dezentrale Aufbau mit der Betonung auf dem einzelnen Betrieb steht im Widerspruch zur *unité de doctrine* bei der Unia. In wirtschaftlich etwas anspruchsvolleren Zeiten sind bewegungsfähige Arbeitnehmer ein grosser Vorteil. Der Personalchef eines wichtigen MEM-Betriebes erklärt, dass derzeit die weltweite Konkurrenz versuche, den Franken-Schock auszuschlachten und die Schweizer Industrie aus dem Markt zu drängen.

Daher sei Flexibilität dringend gefragt. So hat beispielsweise die Firma Bühler aus dem sankt-gallischen Uzwil am Freitag bekanntgegeben, dass sich ihre Personalkommission darauf verständigt habe, die Wochenarbeitszeit zukünftig an den Euro-Kurs anzupassen. Statt 40 Stunden betrage die Wochenarbeitszeit neu 45 Stunden, solange der Euro-Kurs unter Fr. 1.08 verharre, und 42,5 Stunden, solange er Fr. 1.15 nicht überschreite. Die Vereinbarung gilt für sieben Monate.

Chance für die Gegner

Solche firmenspezifischen Lösungen entsprechen den dezentralen Vorstellungen der Angestellten Schweiz, nicht aber denen der Unia. Corrado Pardini hat kürzlich all seinen Mitgliedern einen «Leitfaden» geschickt, in dem er den Tarif durchgibt: «Die Unia lehnt Arbeitszeiterhöhungen grundsätzlich ab, ebenso Lohnreduktionen oder Eurolöhne.» Unter dem Titel «Vorgehen» hält er fest: «Sobald die Personalkommission (PeKo) von der Firma mit einer Anfrage nach Lohnsenkung, Eurolöhnen oder Arbeitszeiterhöhung konfrontiert wird, nimmt sie unverzüglich mit der Unia-Vertretung vor Ort Kontakt auf.» Danach organisieren «PeKo und Unia eine gemeinsame Betriebsversammlung». Die Unia schliesse eine Vereinbarung nur ab, wenn «eine Mehrheit der folgenden Bedingungen» erfüllt sei: «Kündigungsschutz während der Laufzeit, Standortgarantie, Gutschrift der Mehrstunden auf ein persönliches Konto, Prämie nach Beendigung der Massnahme, Periodisches Monitoring, Beteiligung der Banken an der Lösung durch (Teil-)Verzicht auf Kreditzinsen, keine Dividendenauszahlung, Regelung der Aufhebung der Massnahme bei verbesserter wirtschaftlicher Situation».

Laut Pardini soll der Leitfaden «verhindern, dass allein die Arbeitnehmenden für den teuren Franken bezahlen». Dafür beharre die Unia auf ein paar in einer «zivilisierten Ökonomie» selbstverständlichen Gegenleistungen. Im Fall Bühler zumindest hat die Agitation nicht gefruchtet. Die Unia blieb aussen vor.

Der starke Franken, Widerstand aus den Firmen, der Kampf gegen die Angestellten Schweiz und schliesslich eine Nationalratswahl: Corrado Pardini, so scheint es, verwickelt sich derzeit in einen Velfrontenkrieg. Seine Gegner wittern ihre Chance. ○



Währung

Von Japan lernen

Der Schweizer Franken steht – ähnlich wie lange Zeit der japanische Yen – unter einem sich selbst verstärkenden Aufwertungsdruck. Eine Rückkehr zum Festkurs gegenüber dem Euro bleibt die beste Option.
Von Gunther Schnabl

Die Schweizer Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank die Geld- und Währungspolitik des Landes», heisst es an prominenter Stelle auf der Website der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Entsprechend wurde die Freigabe des Frankens als Zeichen von Stärke interpretiert. Auch der UBS-Präsident Weber fand wohlwollende Worte: «Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.» Nach der ruckartigen Aufwertung des Frankens um bis zu 30 Prozent, die eine Schockwelle durch das internationale Finanzsystem schickte, dürften die Schrecken aber nicht zu Ende sein, sofern die SNB an ihrer Strategie des freien Frankens festhalten wird. Denn der Schweizer Franken steht – ähnlich wie lange Zeit der japanische Yen – unter einem ständigen Aufwertungsdruck, den die SNB so einfach nicht dulden kann, weil er sich selbst verstärkt.

Schmerzlich, wenn schockartig

Das Grundproblem, das Japan und die Schweiz gemeinsam haben, ist eine Tugend: hohe gesamtwirtschaftliche Ersparnisse, die seit Beginn der achtziger Jahre über den Investitionen liegen. Dies bedeutet für beide Länder hohe Leistungsbilanzüberschüsse und hohe Nettokapitalexporte. Im Ergebnis ist das Nettoauslandvermögen Japans auf zirka 3000 Milliarden Dollar und das der Schweiz auf 1000 Milliarden Dollar gestiegen. Der grösste Teil dieser Auslandsvermögen ist in Fremdwährung angelegt, weil die Dollar- und Euro-Kapitalmärkte ein höheres Zinsniveau bieten.

Daraus entsteht ein Risiko, da der (potenzielle) Rücktausch dieser Vermögen mit einer Aufwertung verbunden ist. Diese bremst nicht nur jäh den Export. Finanzinstitute, Lebensversicherungen, Pensionskassen et cetera erleiden in Inlandwährung Buchverluste auf ihre Auslandguthaben. Diese sind besonders schmerzlich, wenn sie schockartig erfolgen. Auch private Anleger in der Schweiz und in Japan müssen wachsam sein. Sie haben Teile ihrer Ersparnisse in Dollar beziehungsweise Euro angelegt. Zeichnet sich eine Aufwertung ab, wird derjenige die grössten Verluste erleiden, der sein Fremdwährungsvermögen nicht oder zu spät in Inlandwährung tauscht.

So kann ein Run auf die inländische Währung einsetzen, der Erwartungen selbsterfüllend macht: Weil eine Aufwertung erwartet wird,

wird das Auslandsvermögen in inländische Währung zurückgetauscht, was zur Aufwertung führt. Dieser Trend wird noch verstärkt, wenn Spekulanten auf die Aufwertung wetten. Die Folge einer solchen sich selbst erfüllenden Aufwertungs Spirale ist eine starke Rezession mit sinkenden Exporten und Bewertungsverlusten in Finanzinstituten und Haushalten.

Plötzliche Aufwertungserwartungen bei Währungen von Ländern mit hohem Auslandsvermögen in Fremdwährung können zwei Ursachen haben. Erstens kann es zu Zinssenkungen



25 Jahre Krise: Japans Premier Shinzo Abe.

bzw. Ausweitungen der Zentralbankbilanzen bei den grossen Notenbanken kommen. In den USA und im Euro-Raum ist der Leitzins in den letzten Dekaden auf null gesunken. Und die Europäische Zentralbank (EZB) hat jüngst eine immense Bilanzausweitung angekündigt. In diesem Umfeld können, als zweite Ursache, Ankündigungen von Aufwertungen durch einflussreiche öffentliche Entscheidungsträger eine Einladung für spekulative Kapitalzuflüsse sein.

Dies ist in Japan im September 1985 mit dem Plaza-Abkommen geschehen, das dem Yen bis Februar 1987 eine Aufwertung von fünfzig Prozent (!) bescherte. Ebenso hat die Ankündigung

eines flexiblen Wechselkurses durch die SNB vom 15. Januar einen immensen Aufwertungsdruck bewirkt. Die entscheidende Frage hinsichtlich der Wechselkursentscheidung war, wo das neue Gleichgewicht, also der Endpunkt des Aufwertungschocks, liegen dürfte. Das hängt von vielen Faktoren ab. In Anbetracht der immensen Menge an vagabundierender Liquidität in den Weltkapitalmärkten und der hohen Nettoauslandsvermögen der Schweiz, ist es jedoch unwahrscheinlich, dass sich der Wechselkurs ohne dämpfende Interventionen der Zentralbank auf einem erträglichen Niveau eingependelt hätte.

Die Vergangenheit zeigt, dass sich sowohl der japanische Yen als auch der Schweizer Franken auf einem stetigen Aufwertungspfad befunden haben. Beim Yen wurde dieser erst durch die «Abenomics» unterbrochen. Mit der jüngsten währungspolitischen Entscheidung in der Schweiz wurde im Gegensatz dazu eine weitere Aufwertung des Frankens signalisiert.

Weil eine solche Ankündigung aber weiteren Aufwertungsdruck nach sich zieht, ist sie nicht durchzuhalten. Japan zeigt auch, dass sich die Bank of Japan schliesslich gezwungen sah, die spekulativen Kapitalzuflüsse durch erhebliche Zinssenkungen auszubremsen. Die billige Liquidität der Bank of Japan half zwar aus der Krise, begünstigte aber eine Spekulationsblase auf dem Immobilien- und Aktienmarkt. Deren Platzen im Dezember 1989 hat Japan in eine bisher 25 Jahre anhaltende Krise gerissen.

Für die Schweiz bedeutet dies, dass der Festkurs gegenüber dem Euro unter den gegebenen Bedingungen die beste Option ist. Die Länder, die ihren Wechselkurs eng an die jeweilige Leitwährung gebunden halten, können zumindest die wechselkursspekulativen Komponenten der Kapitalzuflüsse fernhalten. Die Aufwertungskrise kann dadurch vermieden werden. Die Ausweitung der Zentralbankbilanz der SNB in Reaktion auf die Ausweitung der Bilanz der EZB ist hingegen unvermeidbar. Diese Einsicht könnte der Grund sein, warum sich die Zeichen verfestigen, dass die SNB bereits zu einem (nicht klar kommunizierten) Wechselkursziel zurückgekehrt ist. In einer Welt der globalen Liquiditätsschwemme ist der Freiheitsgrad für eine unabhängige Geldpolitik sehr klein geworden.

Gunther Schnabl ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig. Zuvor war er als Advisor bei der Europäischen Zentralbank tätig.

Volkssport mit Stolperfallen

Deutsche Steuerfahnder nehmen neuerdings Schweizer Bankberater und sogar Banken ins Visier. Die hiesigen Justizbehörden helfen ihnen dabei.

Von Florian Schwab

Im Herbst liess Deutschland den Schweizer Banker Jürg Hügli in Warschau verhaften. Der Vorwurf: Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Das scheint absurd, denn Hügli hatte als Leiter der Vontobel-Devisenabteilung mit dem leidenschaftlichen Börsenhändler Uli Hoeness zwar geschäftet, war aber nicht für dessen Steuerbelange zuständig. Dass sein Tradingkunde die Steuern in Deutschland schuldig geblieben war, dafür konnte er nichts. Nach Bezahlung einer Kaution floh Hügli in die Schweiz. Von der neuen deutschen Strategie sind aber offenbar nicht nur symbolträchtige Galionsfiguren wie der ehemalige Vontobel-Kadermann betroffen. Wie deutsche Medien kürzlich berichtet haben, werden auf breiter Front ehemalige Kunden befragt, um Schweizer Banken der Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu überführen und so verheissungsvolle Bussgelder zu kassieren. Das ist ein Paradigmenwechsel, standen doch bislang die Steuerpflichtigen selbst im Fokus.

In einem Interview mit dem *Spiegel* wehrt sich nun Vontobel-Chef Zeno Staub: «Wenn der deutsche Staat seine Bürger, die nun in die Steuerehrlichkeit gegangen sind, als Informationsquelle nutzt und daraus im Vierfachsalto eine Kriminalisierung der Bank herleitet, dann irritiert uns das schon ein wenig.» Zumal sich seine Bank «immer an Schweizer Recht gehalten» habe. Und Staub winkt mit dem Zaunpfahl: Bei der Schweizer Niederlassung der Commerzbank, welche Vontobel der deutschen Muttergesellschaft im Jahr 2009 abgekauft hatte, als diese sich bereits zu mehr als 25 Prozent im Staatsbesitz befand, musste das Zürcher Haus «leider feststellen, dass zahlreiche deutsche Kunden aus dieser Übernahme bei der Regularisierung ihrer Steuerangelegenheiten gezwungen waren, unsere Hilfe in Anspruch zu nehmen». Sprich: Bei der Staatsbank lag un versteuertes Geld. Dafür interessiert sich bis heute kein Fahnder.

Ein ehemaliger deutscher Finanzbeamter bezeichnet die Steuerhinterziehung hinter vorgehaltener Hand als «Volkssport» der Deutschen. Dieser beginne im Kleinen bei der schwarz bezahlten Putzfrau, und dessen Ausübung erfasse selbst hochkarätige politische Mandatsträger «bis hin zu ehemaligen Bundespräsidenten». Ein farbiges Beispiel für dieses Verhalten, ebenfalls mit Schweiz-Bezug, ist der deutsche Drogerieunternehmer Erwin Müller, ein langjähriger Kunde der Bank Sarasin. Dieser hat im Jahr 2010 im Rahmen einer Selbstanzeige dem deutschen Fiskus vormals verheimlichte Konten gemeldet.

Gemäss einem Bericht des deutschen *Handelsblatts* ist «aus informierten Kreisen» allerdings zu hören, dass «Müller bei seiner Selbstanzeige nur wenige Konten bei der Bank Sarasin angegeben haben soll – mehr als ein Dutzend dagegen nicht». Falls dies zutrifft – eine unabhängige Quelle bestätigt den Sachverhalt gegenüber der *Weltwoche* –, könnte Müller doch noch wegen Steuerhinterziehung angeklagt werden.

Komplizen in Untersuchungshaft

Pikant: Der mutmassliche Steuerhinterzieher Erwin Müller steht derzeit in einer anderen Steuersache den deutschen Staatsanwälten als Belastungszeuge zur Verfügung und hat zu deren Freude gar eine Strafanzeige eingereicht gegen den ehemaligen Chef der Bank Sarasin, Eric Sarasin. Mit diesem stand er zuvor jahrelang auf Du und Du. Nach Müllers Darstellung soll ihm Sarasin die riskante Natur eines Investments in sogenannte Cum-Ex-Produkte verschwiegen haben. Sarasin behauptet das Gegenteil und wird darin durch die Tatsache bestärkt, dass Müller vor der Investition ein Rechtsgutachten anfertigen liess, welches das betreffende Investment auf Herz und Nieren prüfte, und er ähnliche Geschäfte bereits früher erfolgreich über die Bank Sarasin abgewickelt hatte. Erst seitdem es Schwierigkeiten gibt, will Müller plötzlich von allem nichts gewusst haben.

Doppelt pikant: In seinem Feldzug gegen die Bank Sarasin gehen dem deutschen Drogeriemilliardär auch Schweizer Behörden zur Hand. Die Staatsanwaltschaften der Kantone Basel und Zürich leisten den deutschen Strafverfolgungsbehörden diensteifrig Rechtshilfe, obwohl die deutsche Schilderung bei näherer Betrachtung eklatante Schwächen aufweist und die doppelte Strafbarkeit – eine Grundvoraussetzung für die Gewährleistung von Rechtshilfe – ebenfalls zweifelhaft ist. Zudem hat sich Müller nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* mit ehemaligen Angestellten der Bank Sarasin zusammengetan, welche ihren einstigen Arbeitgeber aushorchten, erpressten und vertrauliche Unterlagen an Müller herausgaben. Sie sitzen derzeit in Untersuchungshaft.

Die Fälle Hoeness und Sarasin zeigen: Die deutschen Behörden schiessen mit immer grösseren Kanonen auf Schweizer Banken. Gleichzeitig stellen sie sich bei Schweizer Rechtshilfeersuchen in Sachen Diebstahl von Bankkundendaten grundsätzlich taub. Entsprechende Rechtshilfeersuchen von Bundesanwalt Michael Lauber landen in der Schublade. Die Schweiz dagegen kooperiert brav – ganz egal, wie nebulös die Rechtslage oder wie zweifelhaft der Ursprung der deutschen Beweismittel ist. ○



Immer grössere Kanonen: Vontobel-Kunde Hoeness.

Der Volkstribun

Wladimir Putin ist anders als alle Kreml-Herren vor ihm: Er stammt aus dem Volk, und seine Hausmacht ist das Volk. Der Westen kann – oder will – ihn nicht verstehen. Dumm für den Westen.

Von Thomas Fasbender

Sein Antlitz prangt auf den Titelseiten; sein Name schmückt die Listen der Mächtigen. Viele haben Angst vor ihm. Biografen haben sich über ihn ausgelassen, doch keiner hat ihn uns erklärt. Ein Mann ohne Eigenschaften, so scheint es. Wladimir Putins Eltern sind Fabrikarbeiter in Leningrad, beide Jahrgang 1911, schon nicht mehr jung, als er im Oktober 1952 geboren wird. Da waren zwei Brüder bereits gestorben, der erste vor dem Krieg, der zweite während der deutschen Blockade an Diphtherie.

In einer Leningrader «Kommunalka» wuchs er auf, einer der zusammengelegten Wohnungen der alten Bourgeoisie mit Stuck und hohen Decken, in der sich jetzt drei oder fünf Familien Klo und Küche teilten. So klein, zäh und schwächling er war, zählte er doch zu den wildesten «Hooliganschiki» auf dem Hinterhof.

Es war die hohe Zeit des Kalten Krieges. Die Menschen hatten Hiroshima vor Augen; sie kannten die Absichten der Imperialisten. Und fast in jedem Kinofilm vernichteten sowjetische Helden ihre apokalyptischen Gegner.

Traumwelt, nicht Wirklichkeit

Mit elf Jahren fand der junge Wladimir zum asiatischen Kampfsport; wenig später erwachte der Wunsch, «Raswedtschik» zu sein, Aufklärer, auf Deutsch: Spion. Die Identifikation mit dem Staat als Heimat und Ziel wurzelt in jener Zeit. Sie ist auch der Grund dafür, dass manche seiner Landsleute, vor allem in der Provinz, ihn als «Deutschen» bezeichnen. Deutsche sind Menschen, die diszipliniert sind und den Staat für ebenso wichtig halten wie sich selbst.

Es ist ein vergangenes, verblühtes Deutschlandbild. Putins Staat bietet dem Volke Dach, Schutz und Trutz – und dem Einzelnen das Bewusstsein, Teil eines bedeutenden Ganzen zu sein. Welcher Deutsche will das noch? Wer erkennt darin mehr als ein zutiefst gestriges, rückwärtsgerichtetes Konzept, in dem sich Ein- und Unterordnung mit Wir-Gefühl mischt? Moderne, urbane Westeuropäer haben mit diesem Mann (und seinem russländischen Volk) ein Problem. Nicht von ungefähr hat Angela Merkel von Putin behauptet, er lebe «in einer anderen Welt». Russische Kommentatoren haben das Kompliment sofort retourniert: Die «andere Welt», das sei immer noch Merks Welt, die Welt des Westens, wo universale Gewissheit herrsche, was legitim und legal und vor allem völkerrechtswidrig sei. Eine Traumwelt. Nicht die Wirklichkeit.

Der Mann ist jedenfalls kein *stuffed shirt*, kein ausgestopfter Popanz, und kein Operettenpolitiker. Er lebt auch in keiner anderen Welt. Der KGB und eine der härtesten Kampfsportarten, Sambo, haben ihn Selbstbeherrschung und den Wert uneingeschränkter Loyalität gelehrt. Er verkörpert dezidiert vormoderne Qualitäten. Was setzen unsere postmodernen Politiker dagegen? Und gleichzeitig ist auch das andere da, das Fremde. Es spricht aus jeder Fotografie des beherrschten, glatten, angeblich gelifteten

Putin ist nicht seelenlos, er hat seine Seele bloss gut versteckt.

Gesichts. Dieser Blick, der kontrolliert und kalkuliert. Der das Gegenüber auf Distanz hält und gleichzeitig die Kampfzone umfasst, sei es die Judomatte oder die Welt.

«I said: «Mr. Prime Minister, I'm looking into your eyes, and I don't think you have a soul.» Joe Biden, Obamas Vize, will das 2011 so zu ihm gesagt haben. «And he looked back at me, and he smiled, and he said: «We understand one another.»» Alphamännchen beim Sparring. Doch Putin ist nicht seelenlos, er hat seine Seele bloss gut versteckt.

Das Rezept der Erfolgreichen lautet, am Anfang alles richtig zu machen. Putin hat es befolgt. Zur Marionette ausersehen, biss er den Puppenspielern im Kreml binnen weniger Monate die Fäden durch. Komplizierter war es schon, die Oligarchen ins Gatter zu treiben. Die hielten sich ihre Medienkonzerne wie Privatarmeen und schafften das Geld an Zoll und Steuer vorbei aus dem Land. Doch auch das funktionierte; Chodorkowskis Verhaftung 2003 war das Tüpfelchen auf dem i. Indem er seine eigenen Oligarchen in Stellung brachte, sicherte Putin sich, was aller Macht der Welt unabdingbar ist: Geld.

Zustimmungsraten über achtzig Prozent

Der zweite Tschetschenienkrieg, den er als Premier 1999 vom Zaun brach, wies ihm den Weg zu seinem künftigen, ureigenen Elektorat – dem russischen Volk. Nach der Zerstörung der tschetschenischen Hauptstadt Grosny Anfang 2000 – er war erst seit kurzem amtierender Präsident – stürmten seine Zustimmungsraten bereits auf über achtzig Prozent.

Wer Putins Rolle im Kontext der russischen Elite verorten will, muss bedenken, dass er sei-

ner Herkunft nach nicht dazugehört. Die russische Gesellschaft ist alles andere als sozial homogen, siebzig Jahre Kommunismus hin oder her. Nicht wegen des vorrevolutionären Adels, der ist mangels Masse marginal. Umso präsenter sind die Nachkommen der Sowjet-Aristokratie unter den intellektuellen und politischen Eliten. Für die Nomenklatura-Familien hat sich nach 1991 nicht viel geändert; die jungen Leute wissen sehr wohl voneinander, ob der Grossvater Admiral oder Minister oder ZK-Mitglied war. Was ist da einer, der in der Kommunalka aufwuchs? Der es beim KGB bis zu seinem Ausscheiden 1991 nur bis zum Oberstleutnant gebracht hat? Da kann er später auch fünfzehn Jahre lang Staatspräsident sein. Man hört es zwischen den Zeilen.

Putins Hausmacht sind nicht die Fraktionen der Kreml-Elite. Seine Hausmacht sind die achtzig Prozent Zustimmung im Volk. Sie bilden auch die Basis für seinen Begriff von Demokratie. Es gab schon Gründe dafür, dass der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, selbst Kind kleinster Leute, in Putin den lupenreinen Demokraten sah. Demokratie ist nicht, was die studierten Redakteure sich darunter vorstellen. Demokratie ist das, wovon das Volk etwas hat.

Präsident als Macho

Schon früh war klar: Nicht in den guten Moskauer Stadtvierteln, den Gassen um die Patriarchenteiche etwa, würde der Neue seine Wähler finden. Dem grossstädtischen Bürgertum und der Intelligenzija könnte er die Welt zu Füßen legen, sie würden sich doch für was Besseres halten. Putins Wähler, die warten geduldig in der Provinz, in den Zigtausenden kleinen Städten und Dörfern. Sie wissen, er ist einer von ihnen. Einer wie sie. Nur diszipliniert. Ein «Deutscher» eben. So ist es nach fünfzehn Jahren noch. Es wundert, dass bislang noch niemand den Judoka aus St. Petersburg, dem kein Frack steht und den so viele Weltgewandte für einen Diktator halten, als Volkstribun bezeichnet hat. Nur weil er unserem Bild eines Gewerkschaftsführers nicht entspricht? Die Freundschaften mit Schröder oder Berlusconi sprechen eigentlich für sich.

Was die Stilkundigen in den westlichen Hauptstädten erleichen lässt, sind vor diesem Hintergrund wohlkalkulierte Statements. Der Präsident als Macho, halbnackt auf dem Pferd hoch oben im Altai, den Karabiner geschultert, unterm Pilotenhelm im Cockpit



Einer wie sie. Nur diszipliniert: Putin als Schiedsrichter beim Armdrücken am Seliger-Jugendforum im Wolgabecken, 2011.



Verkörpert dezidiert vormoderne Qualitäten: Putin mit Vater Wladimir und Mutter Maria, 1985.

einer MiG-29, in Camouflage beim Hechtangeln in Karelien. Hier bin ich, einer von euch, einer wie ihr, ruft es hinüber. Einer, der die Taiga verteidigt und die Krim obendrein. Sollen sie kommen mit ihren Menschen- und Völkerrechten und hohlen Paragrafen, wir werden ihnen den Marsch schon blasen.

Der wohl dosierte Gebrauch von Gossensprache (gebildete Moskowiter greifen zum Riechsalz) gehört dazu. Es sind verbale Duftmarken. Man werde Terroristen «im Klo ersäufen», hat er schon 1999 gedroht, da war er noch keine zwei Monate Premierminister. So einer wird verstanden zwischen Nordpol und Kaukasus. Inzwischen ist die Tatsache, dass er nicht dazugehört, sein grösstes politisches Kapital. Er ist der einzig verbliebene Machtfaktor aus der Jelzin-Zeit, er und sein Gegenspieler Chodorkowski, der seit Ende 2013 im Schweizer Exil sitzt. Alle anderen sind Geschichte.

Bienenstock voll Ehrgeiz, Gier, Angst

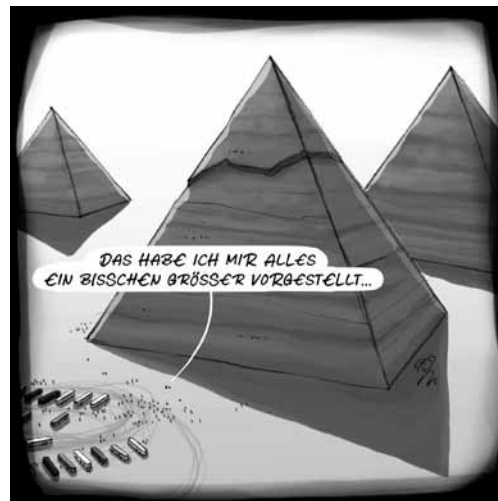
Die «Familie» um Jelzins Tochter Tatjana ist historisch gesehen Staub. Boris Beresowski hat sich in London erhängt. Roman Abramowitsch spielt Jetset. Die Oligarchen der ersten Stunde gehen bei Fuss. Die übrigen sind Berufene, die in Putins Gefolge kamen: die «neuen» Oligarchen nach 2000 – Leute wie Gennadi Timtschenko und die Rotenberg-Brüder –, die Petersburger «Juristen» und die «Silowiki» aus der Lubjanka. Igor Setschin, hochbezahlter Chef der staatlichen Ölgesellschaft Rosneft, war während Putins Petersburger Jahre sein treuer Eckermann.

Der Präsident ist frei und unabhängig, keinem Clan und keiner Familie verpflichtet, auch keiner eigenen. Er ist frei und gleichzeitig zum Siegen verdammt. Nur das Plazet

derer «draussen im Lande» legitimiert seine Macht als Mediator, als Makler der kollidierenden Interessen, die ausmachen, was der Kreml zu allen Zeiten war: ein Bienenstock voll Ehrgeiz, Gier, Angst und Intrigen. Wenn das Volk ihm die Zustimmung verweigert, ist er ein toter Mann.

Also folgt er diesem Volk auf seinen Wegen, und da er ein Teil von ihm ist, geht es wie von allein. Als er die Macht antrat 1999, war das Land ausgeblutet nach zehn Jahren Demokratie und Liberalismus *à la russe*. «Dermokratie» sagten sie damals – «Derma» ist das russische Wort für «Scheisse». Dabei standen die ersten Jahre – Putins Konsolidierungsphase – durchaus noch im Zeichen einer Integration in die westliche Welt. Die war ein Jelzinsches Erbe; Putin hat durchaus einige Zeit gebraucht, es abzuschütteln, und das gar nicht primär aus eigenem Antrieb, vielmehr aus Enttäuschung.

Die Verhaftung Michail Chodorkowskis 2003 war ein Fanal; der Wandel war unter-



wegs. Spätestens 2007, als Putin vor der Münchner Sicherheitskonferenz «ohne übermässiges Höflichkeitsgetue» sprach, wurde klar, dass sein Weltbild mit der «Brave New World» der saturierten Westeuropäer nicht im Einklang stand. Der Honigmond der von Gorbatschow und Jelzin – nolens volens – initiierten russisch-westlichen Entente war vorbei.

Die Narrative der Modernisierungs- oder strategischen Partnerschaften und die dollargrün glänzende kapitalistische Weltkultur hielten die gesellschaftliche Mitte beider Seiten, Wirtschaft und Handel, noch einige Jahre in einem engen Verbund. Doch hinter den Fassaden bereitete man sich auf den Showdown vor. Die Menschen- und Bürgerrechtler hatten dem neuen Mann im Kreml nie getraut. Und in Moskau kannte man die Werke der amerikanischen Globalstrategen. Zbigniew Brzezinski, Samuel P. Huntington, George Friedman – die Botschaft ist unmissverständlich: Einem Wiederaufstieg Russlands zu hegemonialer Bedeutung in Eurasien – erst recht im Verbund mit Deutschland – würden die USA mit allen Mitteln und zu allen Zeiten entgegentreten.

Glaube ans russische Elektorat

Den Auftakt machte die Rosenrevolution in Georgien 2003. Ein Jahr später wurden die drei baltischen Länder sowie Rumänien und Bulgarien in die Nato integriert. Ende 2004 startete in Kiew die «orange Revolution». Seit den massiven Protesten gegen seine Wiederwahl 2011/12 ist Putin überzeugt, dass der Westen, jedenfalls die USA, auch in Moskau keine Chance auf einen *regime change* ungenutzt lassen wird.

Wie Jahre später nach dem Arabischen Frühling stellten sich die realen Ergebnisse der Demokratisierungen als dünn heraus. Die Rosenrevolution in Tiflis bezaubert heute nur noch Nostalgiker. Micheil Saakaschwili, der seinerzeitige prowestliche Präsident, lebt in den USA und wird in seiner Heimat mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Dass der derzeitige grossangelegte Neuaufbruch in eine Ukraine voll Freiheit, Demokratie und Westorientierung mehr Erfolg haben wird, darf bezweifelt werden. Ebenso der in unseren Medien verbreitete Glaube an ein angeblich existierendes Elektorat, das Russland in eine westlich-demokratische Zukunft führen würde, wenn man nur die Wählerstimmen korrekt auszählte. Beides sind Belege dafür, wie oft der Wunsch der Vater des Gedankens ist.

Schon zur Jahrtausendwende prognostizierten russische Beobachter eine Neuorientierung ihrer Eliten. Putin war kaum im Amt, da erkannte Anatoli Tschubais, der Vater der post-sovietischen Privatisierung, in seinem Denken den Wurzelsaft des grossen Antikommunisten Alexander Solschenizyn. Als der Präsident in München gegen das universale Demokratie-Modell des Westens Stellung bezog, war das

nur mehr die präsidentiale Bestätigung des ideologischen Status quo. Weltanschaulich manifest wurde die Abwendung im September 2013 vor dem internationalen Waldai-Klub in Putins Bekenntnis zu Konservatismus, Patriotismus und den Grundlagen des christlichen Welt-

Der Mann ist ein Amalgam – undurchschaubar – aus alter und neuer Zeit.

bilds. Mit dieser Wende wechselt das heutige Russland zurück in ein altes Fahrwasser seiner Geschichte. Das Land des Dritten Roms und der Heiligen Allianz, das mit dem kommunistischen «Fortschritt» die schrecklichsten Erfahrungen gemacht hat, positioniert sich im 21. Jahrhundert gegen Postmodernismus, Säkularismus und Individualismus.

Damit macht Russland sich einen Trend zu eigen, der längst auch Westeuropa erfasst hat. Die westeuropäischen Eliten verfolgen die Entwicklung mit Argusaugen. Denn dort im Westen wächst, mit Ausnahme von Ungarn, eine rechte Strömung bislang nur von unten, aus der kaum artikulierten Hefe des Volks. Noch halten Medien und Politik das Gären im Zaum. Das aktuelle Beispiel Griechenland zeigt jedoch, was für ein Moment Russland entfaltet, kaum dass es die europäische Einheitsfront auch nur in

einem kleinen, am äussersten Rande gelegenen EU-Mitglied zum Wackeln bringt.

Uns steht noch einiges von dieser Art bevor. Dabei mischen sich die authentischen Anliegen der Konservativen mit den Instrumenten der Politik. So sind es gewiss keine politischen Manöver, wenn die katholischen polnischen und die orthodoxen russischen Bischöfe ihre Zwitterigkeiten im Angesicht des gemeinsamen Gegners – Säkularismus und Blasphemie – hintanstellen. Politik beginnt allerdings dann, wenn der Kreml rechtskonservativen Parteien in Westeuropa mit Krediten auf die Beine hilft. Aus Kreml-Sicht ist es die Antwort auf die Unterstützung russischer NGOs aus westlichen Kassen.

«Dreckige Lebenswahrheit»

Und Putin? Was wird schliesslich von ihm bleiben? Das geringschätzigste Urteil, er sei am Ende doch nur ein Geheimdienstmann alter Schule, ist sicher falsch. Der KGB hat ihn sozialisiert, ihm verdankt er seine Begriffe von Staat, Ordnung, Verantwortung. Als Stellvertreter eines der seinerzeit liberalsten russischen Bürgermeister hat er Demokratie und Chaos im St. Petersburg der Neunziger erlebt. Das heikel-komplexe Thema Privatisierung – und seine Versuchungen – war ihm aus dem täglichen Umgang mit ausländischen Investoren bestens vertraut. Inwieweit er seinerzeit

selbst als Investor auftrat, dafür halten als Quelle nur die Gerüchte her.

Der Mann ist ein Amalgam – undurchschaubar – aus alter und neuer Zeit. Nur dass seine Verteidiger es zweifelsohne schwerer haben als seine Gegner. Das Odium politischer Halbwelt, die Schmeichler, die Frauengeschichten, die Kleptokratie ... Es ist das tragische Schicksal der deutsch-russischen Beziehungen, dass ausgerechnet dieser Staatschef in Berlin auf Gegenüber stösst, die in DDR-Pfarrhäusern aufgewachsen sind.

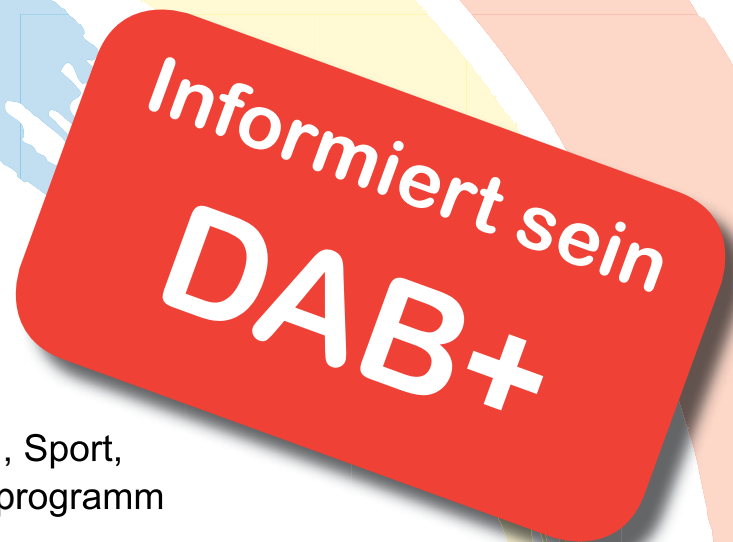
Dennoch, und auch das ist nicht ausgeschlossen: Vielleicht wird der Westen des Kontinents, dieser eurasische Wurmfortsatz, dem Mann für die Lektion noch einmal dankbar sein. Leben ist Politik, Politik heisst Interessen, Interessen führen zu Konflikten, Konflikte werden gelöst.

Mit oder ohne Gewalt. Recht ist nicht alles, vor allem purzelt es nicht aus dem Gesetzbuch. Das ist die Wirklichkeit, grausam und gross. Kerstin Holm hat in der FAZ vor kurzem von der «dreckigen Lebenswahrheit» geschrieben, die in Europa einzig Russland uns noch vor Augen führe. Vielleicht nutzen wir ja die Gelegenheit und melden uns wieder in der Wirklichkeit zurück.

Von **Thomas Fasbender** erschien kürzlich «Freiheit statt Demokratie – Russlands Weg und die Illusionen des Westens» (Manuscriptum. 368 S., Fr. 29.90).

Informative Unterhaltung!

Regionale, nationale und internationale Informationen, Sport, Veranstaltungen und ein abwechslungsreiches Musikprogramm täglich bei Radio Central. **Infos auf radiocentral.ch**



 **RadioCentral**

So empfangen Sie Radio Central: Oberer Zürichsee, Linthgebiet 91.3; 89.4 • Schwyz 102.6; 97.7; 93.2 • Glarus 92.1; 97.7; 89.3; 88.7 • Oberiberg, Hoch-Ybrig 107.1 • Unteriberg, Euthal, Studen 94.4 • Rothenthurm 106.9 • Ob- und Nidwalden 101.8; 103.0; 100.4; 99.0 • Uri 103.0; 101.8; 102.2; 97.7 • Luzern 100.1 • Willisau 94.8 • Wolhusen 88.6 • Sursee 93.0 • Region Triengen 97.5 • Engelberg 107.6 • Zug 99.2 MHz oder Kabelnetz • CentralWebplayer • Digitalradio DAB+ • Central-App • www.radiocentral.ch



«Mit Dieben lässt sich kein Staat machen»: Gruppe von Kosovaren nach illegalem Grenzübertritt bei Asotthalom, Ungarn.

Exodus aus dem Kosovo

Das Kosovo war eines der ehrgeizigsten *nation building*-Projekte, das die westliche Staatengemeinschaft je ausgeheckt hat. Heute ist das Land keine blühende Nation, sondern ein gescheiterter Staat. Seit Anfang Jahr haben Tausende junge Kosovaren ihr Land verlassen – ohne Hoffnung, je heimzukehren. *Von Wolfgang Koydl*

Die Reiseautos verkehren nach einem festen Fahrplan, sie halten in jeder grösseren Stadt des Kosovos, und sie sind immer voll besetzt. Letzter Stopp ist die serbische Kleinstadt Subotica an der ungarischen Grenze. Dort sind die Fahrgäste auf sich allein gestellt: Zu Fuss schlagen sie sich kilometerweit bis zur grünen Grenze durch, mit Koffern und teilweise mit kleinen Kindern auf dem Arm. Schleuser bringen sie dann weiter – nach Österreich, Deutschland oder Schweden. Der Name des Busunternehmens passt zum Exodus: Adio. Denn die wenigsten wollen wieder heimkehren in ihr Land.

Das Kosovo, Europas jüngster, ärmster und vermutlich korruptester Staat, blutet aus. Hunderte sind es jeden Tag, Tausende jede Woche, mindestens 30 000 sollen es allein in den letzten zwei Monaten gewesen sein, welche die Reise

nach Norden antraten. Sie flüchten nicht wie früher vor politischer Unterdrückung, sondern vor Not und Aussichtslosigkeit.

Kosovo, das hiess – im zerbrechenden Jugoslawien – Elend, Armut und Verfolgung. Kosovo, das war ein brutaler Krieg, unsägliche Grausamkeiten und ethnische Säuberungen. Kosovo war aber auch eines der ehrgeizigsten Projekte von *nation building*, das die westliche Staatengemeinschaft je ausgeheckt hat. Was in Afghanistan und im Irak gescheitert war, was in Libyen nicht mehr angepackt wurde, das sollte doch in dem kleinen Balkanfleck gelingen: die Schaffung eines prosperierenden, demokratischen Kleinstaates nach westlichem Ebenbild.

Jahrelang verwaltete ein Prokonsul der Vereinten Nationen das Gebiet. Das nordatlantische Bündnis Nato stationierte mehrere

tausend Mann, und die Europäische Union entsandte die teuerste Mission ihrer Geschichte: Eulex. Hinter dem Kürzel verbirgt sich der Zungenbrecher «Rechtsstaatlichkeitsmission». An die 2000 Polizisten, Richter, Gefängniswärter und Zollbeamte aus Europa sollten dem jungen Staat rechtstaatlich in Theorie und Praxis auf die Sprünge helfen. Ausserdem sollten kriminelle Machenschaften aufgedeckt und deren meist hochrangige Urheber vor Gericht gestellt werden. Die Kosten für den europäischen Steuerzahler: bislang eine Milliarde Euro.

Die Schweiz hat sich mit ihrem Engagement eher zurückgehalten. Obwohl Bern zu den Ersten gehörte, die den neuen Staat anerkannten, wählte man bei der Hilfe einen lokalen Ansatz: Neun Gemeinden wurden gezielt gefördert, ausserdem wurden 87 Notare ausgebildet. In

den letzten Jahren flossen im Schnitt rund 65 Millionen Franken pro Jahr an Hilfgeldern in das Kosovo.

Doch auf europäischer Ebene muss das Experiment als gescheitert gelten. Europas Gelder kamen selten den Bewohnern zugute, sondern finanzierten die Gehälter der Diplomaten, Helfer und Berater, die das Mündel Kosovo verwalteten. Heute redet niemand gerne über das Kosovo – nicht in Brüssel, nicht in Berlin, nicht in Washington. Denn fünfzehn Jahre nach Kriegsende und sieben Jahre nach der Unabhängigkeit ist das Kosovo am Ende. Das Land ist keine blühende Nation, sondern ein *failed state* – und er liegt nicht in Asien, Afrika oder Arabi-

Bei rund 370 Euro im Monat liegt das Durchschnittseinkommen – ein Minusrekord in der Region.

en, sondern mitten in Europa. Schuld sind nicht nur Unfähigkeit, Habgier und Bestechlichkeit der kosovarischen Elite. Schuld sind auch die EU und die USA, die bisweilen mit besonders schlechtem Beispiel vorangingen. Ihre Glaubwürdigkeit im Land ist heute nicht viel höher als jene der korrupten Politikerkaste.

«Ich verstehe ja eure Verzweiflung», beschwor Staatspräsidentin Atifete Jahjaga kürzlich ihre Landsleute. «Aber wir können es uns nicht leisten, noch mehr Bürger zu verlieren.» Viele Anreize zum Verbleib vermochte die 39-jährige Polizeibeamtin freilich nicht zu bieten: «Heute haben wir wenigstens unseren eigenen Staat.» Das ist richtig, aber ein Parlament, ein Präsident und ein Premier machen nicht satt – die meisten Kosovaren leben in bitterer Armut. Perspektiven gibt es keine, vor allem nicht für die Jugend. Der jüngste Vorschlag von Finanzminister Avdullah Hoti, Firmen und Privatpersonen alte Steuerschulden und unbezahlte Stromrechnungen zu erlassen, dürfte den Ausreisetrend auch nicht stoppen.

Mit den Füßen gegen den Staat stimmen

Bei rund 370 Euro im Monat liegt das Durchschnittseinkommen – ein Minusrekord in der Region. Selbst in Albanien und in Serbien verdient man mehr. Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit schätzt, dass 34 Prozent der zwei Millionen Kosovaren mit noch weniger auskommen müssen: rund 1,50 Euro am Tag. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 40 Prozent, bei jungen Menschen ist es sogar deutlich mehr. Kein Wunder, dass es vor allem sie sind, die mit den Füßen gegen ihren Staat stimmen und ihn fluchtartig verlassen.

Wer zu Hause bleibt, macht seinem Ärger Luft. Im Dezember und im Januar zogen Zehntausende vor die Regierungsgebäude am Mutter-Teresa-Boulevard von Pristina. «Mit Dieben lässt sich kein Staat machen», hiess es doppeldeutig auf Transparenten. Andere Demonst-

ranten reckten Angelruten in die Höhe, an denen kopierte 50-Euro-Noten befestigt waren – beides Hinweise auf den Selbstbedienungsladen, zu dem die kosovarische Politik verkommen ist. Steine flogen, Scheiben gingen zu Bruch, 170 Menschen wurden verletzt.

Der Zorn richtet sich vor allem gegen Hashim Thaci. Der Begründer und ehemalige Kommandeur der paramilitärischen kosovarischen Befreiungsarmee (UCK) bestimmte von Anfang an auch die Politik seines Landes mit. Ihm werden Verbindungen zur organisierten Kriminalität und die Beteiligung an Kriegsverbrechen nachgesagt. Der ehemalige Schweizer Europarats-Abgeordnete Dick Marty brachte ihn in einem Bericht über UCK-Verbrechen in Verbindung mit dem Handel von Organen, die ermordeten serbischen Soldaten entnommen worden sein sollen.

Tatsache ist, dass Thaci – der in den neunziger Jahren als Asylant in Dietikon als Eisenbahnrangierer arbeitete und in Zürich studierte – in Amt und Würden reich geworden ist. Seine Vorliebe gilt feinem Zwirn. Jedes einzelne Kleidungsstück soll mit seinem Monogramm bestickt sein. Ausländische Wirtschaftsexperten werfen ihm vor, dass er während seiner Amtszeit als Ministerpräsident ehemalige Staatsbetriebe unter Wert an Vertraute und Freunde verhökerte.

Bei den Parlamentswahlen im vergangenen Sommer wurden Thaci und seine aus der UCK hervorgegangene Demokratische Partei (PDK) abgewählt. Die Bürger hatten genug von Vetternwirtschaft, Korruption und Wirtschaftskrise. Zwar erhielt die PDK weiterhin die meisten Stimmen, aber es hätte für eine Koalition der Opposition unter Führung der Demokratischen Liga gereicht. Sie war von dem legendären Un-



Staatsbetriebe verhökert? Ex-Premier Thaci.

abhängigkeitsführer Ibrahim Rugova – der nie ohne gemusterten Seidenschal auftrat – gegründet worden.

Bündnis aus Feuer und Wasser

Doch dem Westen, allen voran den USA, waren die Wünsche der kosovarischen Wähler gleichgültig. Sie setzten durch, dass die Liga sich mit Thaci zur Regierung zusammenschloss. «Guns and Roses» nennen die Kosovaren dieses Bündnis aus Feuer und Wasser zynisch. Denn es ist ein offenes Geheimnis, dass Thacis UCK einst Aufträge für Morde an Liga-Politikern erteilte. Bei den Koalitionsverhandlungen oft anwesend war Tracey Ann Jacobson, Amerikas Botschafterin in Pristina. Den USA und den Europäern geht es in erster Linie um Stabilität, auch wenn sie von Kriminellen garantiert sein sollte. Deshalb wollten sie um jeden Preis eine Regierungsbeteiligung der Partei Vetevendosje («Selbstbestimmung») vermeiden. Diese national-sozialistische Bewegung lehnt Verhandlungen mit Serbien ab und verfolgt wirtschaftlich ein marxistisches Programm.

Es ist nicht so, dass die Mehrheit der Kosovaren über die Finten des Westens überrascht gewesen wäre. Sie musste ja schon mit ansehen, wie die Verteidiger westlicher Werte selbst in den balkanischen Korruptionssumpf hineinmarschierten. Jacobsons Vorgänger Christopher Dell etwa sorgte als Botschafter dafür, dass die US-Firma Bechtel den Zuschlag für eine 120 Kilometer lange Autobahn von Pristina in die albanische Hauptstadt Tirana erhielt. Mit Kosten von 700 Millionen Euro war Bechtel nicht der billigste Anbieter, vor allem, wenn man bedenkt, dass das gesamte Staatsbudget nur 1,1 Milliarden Euro betrug. Gelohnt hat sich der Deal dennoch – für Dell. Nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst wechselte er in die Privatwirtschaft – zu Bechtel.

Weitaus schlimmer freilich wiegt der Glaubwürdigkeitsverlust, den die dem Recht verpflichtete EU-Mission Eulex erlitten hat. Zwei ehemalige EU-Diplomaten haben verraten, dass die Rechtshelfer ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, mafiöse Verbindungen in der Politik aufzudecken und zu ahnden. Von 1187 Fällen, die Eulex von den Uno-Behörden übernahm, mündeten lediglich vier in Verurteilungen. Gegen grosse Fische ging man sowieso nicht vor. Was aber erklärt diese Beisshemmung der europäischen Strafverfolger? Dazu gibt es zwei Theorien, eine schlimme und eine schlimmere: Entweder zuckten sie aus Furcht vor den Mächtigen zurück. Oder sie liessen sich kaufen.

Federica Mogherini, die neue EU-Aussenbeauftragte, hat eine Untersuchung versprochen und den französischen Rechtsprofessor Jean-Paul Jacqué damit beauftragt. Er sollte sich auskennen, denn er arbeitete das Eulex-Mandat aus, das er jetzt durchleuchten soll. Unliebsame Überraschungen dürfte es von ihm nicht geben, weder für die EU noch für die Kosovo-Mafia. ○

Welcher Islam für Europa?

Der islamische Glaube ist keine Gefahr für Europa, wohl aber sind es die Bewegungen, die die Ideologie des Islamismus im Namen des Glaubens vertreten. Ich plädiere für einen europäischen Islam. Über den zu sprechen, bedeutet allerdings, ein Minenfeld zu betreten. *Von Bassam Tibi*

Die Existenz einer Islam-Diaspora in Westeuropa von zirka 25 bis 30 Millionen Muslimen mit Migrationshintergrund ist eine Realität, mit der Europäer leben müssen. Jedoch haben Europäer das Recht, sich die Schicksalsfrage zu stellen: «Welcher Islam für Europa?» Denn: Es gibt keinen einheitlichen Islam, und es besteht eine Wahlmöglichkeit: ein europäischer Islam, der mit Demokratie kompatibel sein kann, oder ein orthodox-salafistischer Islam beziehungsweise ein Islamismus? Was ist ein Euro-Islam?

Die reale Vielfalt innerhalb des Islam bedeutet, dass es unterschiedliche Islam-Narrative gibt, die sogar gegeneinander gerichtet sind. So steht ein liberaler Islam im Widerspruch zum Islamismus. Deshalb ist die Debatte über den «Islam und Europa» missglückt, weil sie von sogenannten Freunden und Feinden des Islam gleichermaßen ideologisch geführt wird. Wenn liberale Muslime und demokratisch-offene Europäer es wollen, kann es einen europäischen Islam geben, also einen Islam, der keine Angst hervorruft und es muslimischen Migranten in Europa erlaubt, Europäer zu werden. Diese Diskussion hat nur dann Sinn, wenn man für folgende zwei Erkenntnisse offen ist.

Die erste betrifft das Potenzial für einen europäisierten Islam, der nur auf der Basis von Reformen möglich ist.

Die zweite Erkenntnis ruht auf der unabdingbaren Unterscheidung zwischen der Religion des Islam und der politischen Ideologie des Islamismus. Der islamische Glaube ist keine Gefahr für Europa, wohl aber sind es die Bewegungen, die die politische Ideologie des Islamismus im Namen des Glaubens vertreten. Deshalb scheint mir erforderlich, die westlich undifferenzierte Wahrnehmung des Islam im Vergleich zum Islamismus zu hinterfragen. Es ist heute nicht mehr einfach, diese Diskussion frei und unbelastet ohne Bezichtigung der Islamophobie zu führen.

«Homo islamicus»

Über einen europäischen Islam durch Reform zu sprechen heisst ein Minenfeld betreten. Im vergangenen Jahrhundert haben europäische Orientalisten das westliche Islambild kreierte, und sie sprachen stets im Singular von einem Islam als *dem* Islam. Der Begründer der deutschen Islamwissenschaft, Carl Heinrich Becker, der später preussischer Kultusminister wurde, behauptete 1922: «Die Zukunft des Islam kann nur in einer Anpassung an das europäische Geistesleben bestehen; sonst sind seine Tage gezählt.» Er selbst hatte grosse Zweifel, ob dies möglich

sei, weil seiner Ansicht nach hinter dem Unterschied «ein anderer Geist steckt», den er in dem Typ eines Homo islamicus begründet sieht, den Becker sogar in eigenen Worten «rassenpsychologisch» deutet. Seit dem Erscheinen des Buches des palästinensischen Amerikaners Edward Said über die westliche Orientalistik wird die zitierte Denkweise mit dem Begriff des «Orientalismus» gleichgesetzt, einem Begriff, der zu einem Schimpfwort degradiert worden ist. Ich kannte Said persönlich, habe mit ihm vor vierzig Jahren ein Buch veröffentlicht und schätze ihn als Humanisten, der – obwohl ein palästinensischer Christ – die westlichen Vorurteile gegen den Islam bekämpfte. Das Problem ist, dass sein geistiges Erbe in sein Gegenteil verkehrt worden ist. Ein Philosoph aus Damaskus, Sadiq Dschalal al-Azm, warf Said vor, eine «Umkeh-

rung des Orientalismus» zu verbreiten. Dies ist zur vorherrschenden Denkweise unter westlichen Intellektuellen im 21. Jahrhundert geworden. Während Europäer früher alle Übel im Islam fanden, verbieten diese Intellektuellen heute in Europa und den USA in ihrer vorherrschenden Denkweise jede Kritik am Islam. So setzt man sogar Islamkritik mit Islamophobie gleich. Das ist ein neuer, problematischer Begriff, den Islamisten als Waffe gegen ihre Kritiker mit Erfolg einsetzen.

Im Gegensatz zum Klischee eines einheitlichen Islam gibt es in der Realität sowohl religiös als auch kulturell unterschiedliche Prägungen des Islam. Dazu kommt die innerislamische Feindschaft zwischen Sunniten und Schiiten, die man heute täglich in den Medien am Beispiel von Syrien und dem Irak



Beide Seiten müssen wollen: Integration in Berlin.

wahrnehmen kann. Noch komplexer wird es durch die Politisierung der Religion des Islam, die zu einem Islamismus, also zu einer politischen Ideologie, die vom religiösen Glauben unterschieden werden muss, führt. In diesem Dickicht von Freunden und Feinden des Islam und der grossen innerislamischen, mit Spannungen und Konflikten bestehenden Vielfalt stellt dieser Artikel die Frage, ob eine Europäisierung möglich ist, durch die ein europäischer Islam entstehen kann.

Zwei Prämissen sind anzuführen: Wie der Afro-Islam nur für Afrika, der indonesische Islam nur für Indonesien gilt, so ist der Euro-Islam nur für die in Europa lebenden Muslime gültig. Der Euro-Islam ist ein Konzept der Integration, die helfen könnte, islamische Migranten von Fremden in europäische Bürger zu verwandeln. Die zweite Prämisse sind kultureller Wandel und religiöse Reform als Voraussetzung. Ein orthodox-dogmatischer Islam (Salafismus) und ein politischer Islam (Islamismus) sind nicht reformfähig und dürfen in Europa nicht im Namen der Religionsfreiheit toleriert werden. In Europa muss die Freiheit gelten, dies offen sagen zu dürfen, ohne mit der Keule der Islamophobie geschlagen zu werden.



Wie könnte ein europäischer Islam aussehen? Ich unterscheide zwischen einer pragmatischen Anpassung der Muslime an europäische Rechtsordnungen auf der einen Seite und gesellschaftlicher Integration mit euro-islamischer Identität auf der anderen Seite. Letztere ist noch zu erreichen, sie ist noch keine Realität.

Wie der Afro-Islam nur für Afrika gilt, so ist der Euro-Islam nur für die in Europa lebenden Muslime gültig.

Es gibt zwar individuelle Fälle von europäischen Muslimen, aber die soziale Tatsache einer europäischen Islam-Gemeinde fehlt noch. Sie ist nur eine Vision gegen die existierenden Parallelgesellschaften der Islam-Diaspora.

Was zu tun ist

Die Grundvoraussetzung eines europäischen Islam ist die Bereitschaft zur religiösen Reform und zum kulturellen Wandel, die es erlauben, den Islam jenseits schriftgläubiger Fixierung zu historisieren. Das Bestehen auf schriftgläubiger Anerkennung der koranischen Vorschriften (z. B. körperlicher Strafen) schliesst jede Integration der Muslime als europäische Bürger aus. Das Konzept des Euro-Islam bietet eine Lösung; es ruht auf folgenden fünf Säulen:

- 1 — Trennung von Religion und Politik
- 2 — Akzeptanz der säkularen Demokratie als Grundlage des Gemeinwesens auf der Basis einer säkularen Rechtsordnung
- 3 — Toleranz im Sinne der europäischen Aufklärung, nicht im islamischen Sinne der Duldung der Nichtmuslime als «Dhimmi» (untergeordnete Gläubige)
- 4 — Pluralismus der Religionen als gleichwertig und Abschied vom Glauben an «Siadat» (Überordnung des Islam)
- 5 — Anerkennung der individuellen Menschenrechte, der Geschlechtergleichheit und der uneingeschränkten Glaubensfreiheit

Wenn der Wille von islamischer Seite zur Europäisierung besteht, könnten Muslime ihre religiöse Weltanschauung durch Reformen in Einklang bringen mit diesen fünf Voraussetzungen. Drei Möglichkeiten stehen zur Wahl:

- 1 — Ein Leben in Parallelgesellschaften
- 2 — Reine pragmatische Anpassung an europäische Gesetze
- 3 — Ein Euro-Islam von europäischen Muslimen

Die Integration des Islam in Europa erfordert, zwei Aspekte zu besprechen: erstens, die Sicherheitsprobleme und, zweitens, wie ein europäischer Islam zu realisieren wäre. Integration ist nicht nur Friedens-, sondern auch

Sicherheitspolitik. Die Tatsache, dass heute rund zehntausend der jungen, in Europa geborenen Muslime für den Dschihad in den Terrortruppen der Bewegung Islamischer Staat (IS) kämpfen, zwingt zum Nachdenken. Das bedeutet ein Sicherheitsproblem, und es ist das Ergebnis fehlender Integration. Wenn diese jungen Muslime sich als Europäer wahrnehmen, hätten sie keinen Anlass, zum IS zu gehen. Doch sie haben Identitätsprobleme mangels einer Identifikation mit Europa. Der IS bietet ihnen mit seiner Heilsideologie eine Identität.

Migrationsforscher wie Myron Weiner betonten, dass Migration nicht nur Bereicherung bietet, sondern auch mit Sicherheitsproblemen verbunden ist. Migranten und ihre Nachkommen führen die Probleme ihrer Herkunftsländer in das Aufnahmeland mit ein. Eines der grössten Probleme der islamischen Länder hängt mit dem Islamismus und mit seinem dschihadistischen Zweig zusammen. Die stark zu empfehlende Toleranz gegenüber Muslimen und dem islamischen Glauben soll nicht für die politischen Bewegungen des Islamismus gelten. Wie kann man die jungen, in Europa geborenen Muslime vor der Verführung des Islamismus bewahren? Diese Frage führt zum zweiten der angeführten Punkte, nämlich, wie sich ein europäischer Islam gegen die ideologischen Prediger des Islamismus verwirklichen lasse. Die Antwort: durch Erziehungs- und Bildungspolitik.

Wir müssen ihre Lehrer ausbilden

In vielen europäischen Ländern sind Politiker offen für einen Islamunterricht, der Muslimen mit Migrationshintergrund zur Identität verhelfen kann. Diese Politiker fragen aber nicht: «Zu welcher Identität?» Erziehung kann nur als Weg zur Verbreitung eines europäischen Islam dienen, wenn die Unterrichtsinhalte demokratisch mit einem Reform-Islam bestimmt werden. Die Lehrer, die von der türkischen Religionsbehörde Ditip nach Europa entsandt werden, und auch diejenigen, die von Saudi-Arabien gesponsert werden, erfüllen diese Aufgabe nicht, den Muslimen einen Demokratie-kompatiblen Islam zu vermitteln. Es gehört nicht zur liberalen Politik, diesen Vorgängen tatenlos zuzuschauen. Die deutsche Demokratie nach 1945 wurde von einer Generation in Demokratie ausgebildeter Sozialkundefahrer etabliert. Europäische Staaten benötigen eigene Ausbildungsinstitutionen für Lehrer, die einen mit der Demokratie kompatiblen Islam vertreten. Das ist der beste Weg zur Verbreitung eines Euro-Islam als Integrationspolitik.

Bassam Tibi ist emeritierter Professor für Internationale Beziehungen der Georg-August-Universität Göttingen und Buchautor («Euro-Islam. Die Lösung eines Zivilisationskonflikts», Primus, 2009).

Sackmesser der deutschen Politik

Über ein Jahr nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag sucht die FDP nach einem neuen Weg und vor allem nach neuen Wählern. Parteichef Christian Lindner über die Fehler seiner Vorgänger und die heutigen Chancen liberaler Politik. *Von Wolfgang Koydl und Helmut Wachter (Bild)*

Wenn man nicht wüsste, wer der Mann im eleganten Anzug ist, dann könnte man meinen, er sei ein Top-Unternehmer. Er strotzt vor Dynamik und vor Selbstvertrauen. Fest ist der Händedruck – jeder Zoll ein Erfolgsmensch. Dieses Auftreten braucht er, denn Christian Lindner, der Vorsitzende der deutschen Liberalen, steht tatsächlich einer vom Wähler gnadenlos abgestraften Minipartei vor, die noch keinen Ausweg aus dem Umfragekeller gefunden hat. Doch hier, an einem sonnigen Wintertag im Hotel «Jungfrau Victoria» in Interlaken, ist der graue Alltag in der Heimat weit entfernt, und Lindner sprüht noch mehr vor Zuversicht als auch schon.

In Umfragen krebst die FDP bei zwei bis drei Prozent herum ...

Heute sind es vier Prozent.

Gut, aber immer noch unter fünf Prozent. Sie stellt in ganz Deutschland nur noch 64 Abgeordnete, obendrein werden kübelweise Häme und Spott über die Partei ausgegossen. Packt Sie nicht manchmal die nackte Verzweiflung?

Nein, denn eine Stärke haben Sie nicht aufgezählt. Wir sind die einzige Partei, die eine konsequent liberale Linie in Wirtschaft und Gesellschaft vertritt. Was Deutschland fehlt, kann man nicht besser ausdrücken als mit dem Namen unserer Partei: Freie Demokratische Partei. Und dazu gehören Stärke und Selbstvertrauen.

Dennoch scheint – auch mehr als ein Jahr nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag – niemand die FDP wirklich zu vermissen.

Wir stellen fest, dass sich viele Persönlichkeiten aus der mittelständischen Wirtschaft wieder zu den Liberalen bekennen. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie hat erklärt, er vermisse die FDP als Garanten für wirtschaftspolitische Vernunft. Aber wir wissen, dass ein langer Weg vor uns liegt. Wir haben ein Jahr der Aufarbeitung und der Besinnung auf die traditionellen Stärken hinter uns. Wir haben uns befreit von Ängstlichkeit und Opportunismus. Wir sagen einfach, wozu wir stehen – in der Hoffnung, dass andere es teilen. Aber nicht mit der Verzweiflung, den Applaus des Tages zu erringen. Prinzipienfestigkeit, Klarheit und die Bereitschaft, auch mal anzuecken für seine Überzeugungen. Das zeichnet die FDP aus.

Wo ecken Sie denn an?

In Deutschland herrscht grosse Zurückhaltung mit Blick auf das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP). Man hört höchstens: «Ja, aber...» Ich finde, dass Deutschland sich dazu bekennen muss, weil es grosse Chancen für unsere Exportwirtschaft und damit für unsere Arbeitsplätze bietet. Es bietet ausserdem die Gelegenheit, weltweit beachtete Sozial- und Umweltstandards zu definieren. Das dürfen wir nicht anderen überlassen. Und nicht zuletzt brauchen wir gerade angesichts der völlig unüberschaubaren Situation auf der internationalen Bühne vom Nahen Osten bis zu Russland einen neuen Impuls für das traditionelle transatlantische Verhältnis. Da ist die FDP die einzige Partei, die so positioniert ist. Andere neigen zu plumpem Antiamerikanismus.

Auch die Bundeskanzlerin scheint die FDP zu vermissen. Kürzlich hat sie sie als natürlichen Koalitionspartner bezeichnet. Waren Sie glücklich über diese Bemerkung?

Ich sehe das mit einer gewissen heiteren Distanz. Wir schielen jetzt nicht auf irgendwelche Koalitionen. Mit der CDU gab es einen grossen Vorrat an Gemeinsamkeiten in unserer gemeinsamen Regierungszeit. Aber heute kann ich nicht mehr erkennen, wo die CDU aufhört und die Sozialdemokraten anfangen. Ich würde mir über diese Freundlichkeiten in unsere Richtung hinaus wünschen, dass man

«Ich kann nicht mehr erkennen, wo die CDU aufhört und die Sozialdemokraten anfangen.»

im Handeln der Grossen Koalition wieder einen Ehrgeiz zur Gestaltung erkennt. Die Alterung Deutschlands, die Digitalisierung aller Lebensbereiche, der sich verschärfende globale Wettbewerb in der Wirtschaft – darauf müsste man jetzt Antworten finden. Unsere Sozialsysteme müssen enkeltauglich gemacht werden. Man kann nicht heute alles ausgeben, was noch nicht erwirtschaftet worden ist. Die Digitalisierung ist eine enorme Chance für Teilhabe am Leben, aber auch für effizienteres Wirtschaften. Nicht zuletzt der globale Wettbewerb, der uns diktiert, das beste Bildungssystem der Welt anzustreben. Natürlicher Koalitionspartner – da kann ich mir nichts dafür kaufen. Ich wünsche mir, dass vernünftige Politik gemacht wird.

Dass die Werte der Union unter Angela Merkel verwässert wurden, beklagen viele. Nur, die gehen gleich zur Alternative für Deutschland. Ist die AfD die neue FDP?

Ich interessiere mich nicht so sehr für diese Partei, sondern eher für ihre Wähler. Die AfD hat Verständnis für die autoritäre und homophobe Politik von Herrn Putin, sie ist gegen den transatlantischen Freihandel, und sie ist dabei, Ressentiments gegenüber Religionen und Minderheiten salonfähig zu machen. Die AfD mag vieles sein, eines sicherlich nicht: ein Ersatz für die FDP. Denn sie vertritt genau die Gegenposition zu all dem, was uns Liberalen heilig ist.

Dennoch interessieren Sie sich für ihre Wähler. Wie wollen Sie sie überzeugen, dass sie besser bei der FDP aufgehoben sind?

Wir wenden uns an alle freiheitsliebenden Menschen in Deutschland, die mit Blick auf den bevorstehenden grossen Wandel nicht ängstlich, sondern zuversichtlich sind. Leute, die sagen: «Da passiert was, da gibt's neue Chancen für uns.» Egal, ob die früher Grün gewählt haben oder Rot oder Schwarz oder die AfD – wir machen ihnen ein klares Angebot. Im Zentrum steht eine Chance für Eigeninitiative und Eigenverantwortung, keine staatliche Bürokratie. Gerade deshalb wollen wir ein besseres Bildungssystem. Wir wollen einen neuen Gründergeist in der Marktwirtschaft, weil wir unseren Wohlstand nur durch Spitzenleistungen und Spitzentechnologie erhalten können. Auch hier darf man nicht gleich wieder den Staat ins Spiel bringen, sondern man braucht faire Wettbewerbsbedingungen. Ich muss dafür sorgen, dass private Investitionen möglich sind. Nicht zuletzt wollen wir eine weltoffene Gesellschaft sein – mit mehr qualifizierter Zuwanderung, wenn Menschen sich an unsere Regeln halten, und ohne Ressentiments gegen irgendjemanden. Das ist unser Angebot.

Die Union beteuert immer wieder, dass sie niemals und nirgendwo eine Koalition mit der AfD eingehen werde. Für wie ernst halten Sie diese Beteuerungen?

Der Gegensatz zwischen CDU und AfD ist grösser als der zwischen SPD und Linkspartei. Die Linkspartei ist Fleisch vom Fleisch der Gewerkschaftsbewegung und der SPD, vielleicht in einer extremeren Form. Aber die AfD ist das Gegenteil der CDU. Die Identität der CDU basiert auf den beiden Kanzlern Konrad Adenauer und Helmut Kohl, die



«Neben der Liebe gibt es keine grössere Emotion als den Freisinn»: FDP-Chef Lindner.

Identität der AfD basiert auf Kritik am Establishment, Kritik an Europa und dem Wunsch, wieder in die Heimeligkeit des Nationalstaats zu fliehen. Das passt nicht zusammen, niemals.

Nach der letzten Bundestagswahl war oft zu hören, dass Angela Merkel die FDP zerschossen hat. Sehen Sie das auch so?

Frau Merkel hat die FDP nicht zerschossen. Die FDP muss der Tatsache ins Auge blicken, dass sie selber Fehler gemacht und ihr Vertrauen verspielt hat. Wenn man ein Jahrzehnt lang sagt, das Steuersystem muss

entbürokratisiert werden, daraufhin das Mandat der Bürger erhält, aber statt des Finanzministeriums andere Ressorts beansprucht, darf man sich nicht wundern, dass die Menschen einem das Vertrauen entziehen. Es ist schneller entzogen als zurückgewonnen. Wie könnte ich für mehr Eigenverantwortung der Menschen werben, wenn wir uns selbst nicht unserer Verantwortung für unser Scheitern stellen würden?

Wir reden über Pegida, Islam, Terror. Die Euro-Krise ist in den Hintergrund getreten. Heisst das, dass alles in Ordnung ist?

Ganz im Gegenteil. Ich bin in grosser Sorge, weil seit über einem Jahr in der Währungsunion ein falscher Kurs gesteuert wird, der auch von Deutschland ausgeht. Richtig war die Grundentscheidung, zeitweise Rettungsschirme zu spannen, unter denen marktwirtschaftliche Reformen nach dem Vorbild der deutschen Agenda 2010 umgesetzt werden. Aber dieser Weg wird verlassen. Zentralbanken kaufen Staatsanleihen, die EU-Kommission will einen Fonds einrichten, der privaten Investoren das Risiko abnimmt. Griechenland könnte sich den Gegenleistungen für Solidarität verweigern, nämlich weiteren engagierten Reformen. Das ist alles weniger Verantwortung, wo Europa nichts mehr brauchte als mehr Verantwortung, mehr Haftung, mehr fairen Wettbewerb. Wir brauchen nicht mehr Staatswirtschaft und Umverteilung, sondern eine Rückbesinnung darauf, dass fairer Wettbewerb, Markt und zum Beispiel auch steigende Zinsen die Regierungen in Rom und Athen zu weiteren Reformen motivieren würden. Jetzt aber kurieren wir mit dem zunehmenden Einfluss des Staats nur die Symptome der Krise.

Ihr Parteifreund Alexander Lambsdorff hat die FDP unlängst als das Schweizer Offiziersmesser der deutschen Politik bezeichnet. Wie darf man das verstehen?

Ein wunderbares Bild, weil wir auf Probleme mit Lösungen reagieren wollen, weil wir den Menschen immer neue Chancen anbieten wollen, ihr Leben selbstbestimmt zu leben. Das ist das Bild des Schweizer Taschenmessers – in jeder Situation das richtige Werkzeug zur Hand zu haben. So sehen wir uns. Wir schreiben den Leuten nicht vor, wie sie ihr Leben zu führen haben. Aber wir wollen ihnen gute Werkzeuge in die Hand geben.

Ein anderer Parteifreund hat kürzlich erklärt, dass bei jeder Entscheidung – auch für eine Partei – 97 Prozent Emotion sind. Wie will die FDP die Emotionen der Wähler ansprechen?

Neben der Liebe gibt es keine grössere Emotion als den Freisinn. Wenn ich mich erinnere, warum ich Freier Demokrat geworden bin und nicht Christ- oder Sozialdemokrat, dann hat das viel mit meinem Lebensgefühl damals zu tun, als ich meine erste eigene Wohnung hatte. Jeder kennt das Gefühl, zum ersten Mal für sich selber verantwortlich und niemandem ausser sich selbst Rechenschaft schuldig zu sein. Man steckt voller Vorfreude auf das, was kommt. Das ist das Lebensgefühl des Freisinns, das Millionen von Menschen teilen. Doch unsere Gesellschaft hat insgesamt davon zu wenig, weil sie sich aus Angst vor Veränderungen in den Staat oder in Ressentiments flüchtet. Wir wollen den Menschen dieses Vertrauen in die eigene Tatkraft wieder schenken. Das ist ein wunderbares Gefühl. ○

Unter Feinden

Nach einer Reise durch das Heilige Land erhebt der jüdische Autor Tuvia Tenenbom schwere Vorwürfe gegen das Rote Kreuz und die EU: Beide verbreiteten antiisraelische Propaganda.

Von Pierre Heumann

Wozu noch ein Buch über Israel, die Palästinenser und den Nahostkonflikt, dachte ich, als das Paperback «Allein unter Juden» auf meinem Schreibtisch landete. Was, fragte ich mich, kann Tuvia Tenenbom in seiner als «Entdeckungsreise durch Israel» angekündigten Reportage erzählen, was nicht bereits in den Dutzenden und Aberdutzenden Nahostbüchern langatmig abgehandelt worden ist?

Meine Skepsis erwies sich als unbegründet. Tenenboms Thema ist nicht der israelisch-palästinensische Endloskonflikt. Sein Ding sind vielmehr die Motive derjenigen, die versuchen, diesen Konflikt zu lösen. Um das herauszufinden, hat er mit Politikern, Rabbis, Pfarrern, Imamen, Journalisten, Friedensbewegten und Prostituierten gesprochen. Entstanden ist dabei ein frecher, einseitiger Report, der voll von beissen-dem Humor ist. Und pessimistisch endet.

Die Gutmenschen, die sich in Israel und in den palästinensischen Gebieten tummeln und sich für den Frieden der Völker einsetzen, kommen bei Tenenbom schlecht weg. Extrem schlecht. Denn, so schreibt er sinngemäß, sie verbreiten keine Friedensbotschaft, sondern verstecken ihren Antisemitismus hinter einer süßen Wolke von Harmoniegesäusel. Die Rotkreuzleute zum Beispiel, die mit Genfer Autnummern im Land herumreisen und den Armen helfen wollen, tun laut Tenenbom in Tat und Wahrheit mehr als das: Die IKRK-Vertreter, die er getroffen hat, würden ihre Ressourcen auch darauf verwenden, arabische Propaganda zu unterstützen und zu verbreiten. So klären sie die Araber darüber auf, dass Israel eine Besatzernation sei, und zwar nicht erst seit 1967, dem Jahr, als das Westjordanland erobert wurde, sondern bereits seit 1948, dem Jahr, als Israel gegründet wurde.

«Da muss ich mich schlaumachen»

Verwirrendes erfährt Tenenbom auch in einem Interview mit einem IKRK-Mann über den Status des Gazastreifens:

Tenenbom: «Israel ist aus Gaza abgezogen. Warum ist es immer noch besetzt?» – IKRK: «Weil Israel seine Grenze zu Gaza geschlossen hat.» – «Syrien hat seine Grenze zu Israel geschlossen. Hat Syrien, rechtlich gesprochen, Israel besetzt?» – «Das ist etwas anderes.» – «Warum?» – «Israel verhindert den Zugang zu Gaza durch internationale Gewässer.» – «Was ist der Unterschied zwischen Gewässern und trockenem Land?»

Tenenbom bringt den IKRK-Vertreter mit seinen dusseligen Fragen zur Verzweiflung: «Der Mann kriegt Kopfschmerzen von mir und hat keine Idee, wie er mit mir umgehen soll.» Und dann: «Hat das IKRK auch Tibet und Zypern, um nur zwei Beispiele zu nennen, zu «besetzten Gebieten» erklärt?» – «Da muss ich mich erst schlaumachen. Kontaktieren Sie mich morgen.»

Mahnmal als Plattform für Propaganda

Reporter Tenenbom nimmt zudem deutsche Stiftungen und von Brüssel finanzierte NGOs ins Visier. Sie würden mit Geldern aus Europa palästinensische Schauermärchen verbreiten – sogar in Yad Vashem, der Holocaust-Gedenk- und Forschungsstätte. Dort schliesst er sich einer Führung der NGO Casa per la Pace Milano an, einer Organisation, die unter anderem von der EU finanziert wird und die in den Sommermonaten Informationsreisen für jun-

Sein Thema sind die Motive jener, die den israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen versuchen.

ge Europäer organisiert, auf denen sie Erkenntnisse über den israelisch-palästinensischen Konflikt gewinnen sollen. «Interessant, womit sich die EU-Vertreter dieser Tage so beschäftigen», schreibt Tenenbom sarkastisch: «Sie nutzen Yad Vashem, das Mahnmal für Millionen von Juden, die durch ihre Vorfahren abgeschlachtet wurden, als Plattform für eine bössartige Propaganda gegen die Überlebenden ihres Gemetzels.»

Mit Hilfe europäischer Gelder engagiert sich auch die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem, die Tenenbom aufsucht. Als er mit einem ihrer Aktivisten auf den Holocaust zu sprechen kommt, meint dieser: «Das ist eine Lüge. Ich glaube das nicht.» Jeder wisse doch, dass der Holocaust eine Erfindung der Juden sei. Da wundert sich Tenenbom: «Und die Juden von B'Tselem nennen diesen Mann einen Top-Forscher.» (Inzwischen wurde der Mann entlassen.)

Tenenboms Buch hat bereits etwas ausgelöst: Aufgrund der Schilderungen hat ein österreichischer EU-Parlamentarier im Januar eine Anfrage über die Finanzierung antiisraelischer NGOs an die EU-Kommission eingereicht. Das Buch nimmt auch israelische Journalisten aufs Korn, die sich mit Haut und Haar

der palästinensischen Sache verschrieben haben. Tenenbom trifft zum Beispiel Gideon Levy, der Woche für Woche in der Tageszeitung Haaretz Artikel über tragische palästinensische Schicksale veröffentlicht. Levy, Autor



Schwarze Bilanz: Schriftsteller und Regisseur

von «Schrei, geliebtes Land – Leben und Tod unter israelischer Besatzung», wird von Europas Linksintellektuellen als Guru verehrt, der die Palästinenser liebt.

Im Gespräch mit Tenenbom kommen andere Motive zum Vorschein. Trotz seiner Liebe zu den Palästinensern, fasst er seinen Besuch bei Levy zusammen, «kennt er [Levy] sie nicht wirklich. Was dieser auch zugibt: «Mein gesamter Freundeskreis besteht aus Israelis. Ich habe nicht einen einzigen palästinensischen Freund.» Das sei traurig, denkt sich Tenenbom: «Seit so vielen Jahren vertritt Gideon die palästinensische Sache, und nicht ein einziger

Palästinenser hat sich mit ihm angefreundet oder er sich mit einem von ihnen.» Tenenbom wundert sich, dass Levy in den letzten Jahrzehnten keine Zeit fand, Arabisch zu lernen, wo er die Palästinenser doch angeblich so sehr liebt. Offensichtlich gehe es dem *Haaretz*-Journalisten gar nicht um die Palästinenser, folgert Tenenbom, sondern um die Juden: «Er möchte, dass seine Israelis, seine Juden, Übermenschen sind und eine Kugel mit einem Kuss erwidern.» Das sei der «bizarreste jüdische Selbsthass weit und breit».

Der 58-jährige Tenenbom schont auch diejenigen nicht, aus deren Reihen er stammt: die

Ultraorthodoxen. Sein Vater war Rabbiner, antizionistisch und fühlte sich als Stellvertreter Gottes auf Erden. Als Teenager habe Tuvia aber plötzlich begriffen, dass er in all den Jahren angelogen worden sei. Seinem Rabbi sagte er ins Gesicht, was er unterrichtete, sei nicht das wahre Judentum.

Nach dem Armeedienst zog er in die USA, weit weg von der Familie, um ihr die Schande zu ersparen, dass er fortan ein säkulares Leben

«Kein Land, das so von äusserem und innerem Hass belagert wird, kann sehr lange überleben.»

führen werde und sich der Wissenschaft und der Kunst widmen werde – was ihm zuvor verboten gewesen war. Jetzt geht er erstmals nach drei Jahrzehnten zu den ultrareligiösen Juden in Mea Schearim und wundert sich über ein Plakat: «Bitte passieren Sie unser Viertel nicht in unanständiger Kleidung.» Manche Frauen würden rein gar nichts von sich zeigen und aussehen «wie grosse schwarze Müllsäcke, die sich über die Strasse bewegen».

Zu seiner Zeit, so Tenenbom, habe es solche Frauen nicht gegeben: «Die Heilige Stadt ist anscheinend noch heiliger geworden.» Die Frömmsten der Frommen würden ihn heute an Götzenanbeter aus der Bronzezeit erinnern, die sich von ihren Rabbinern in die Irre führen lassen.

Das Leben der Juden in Israel untergraben

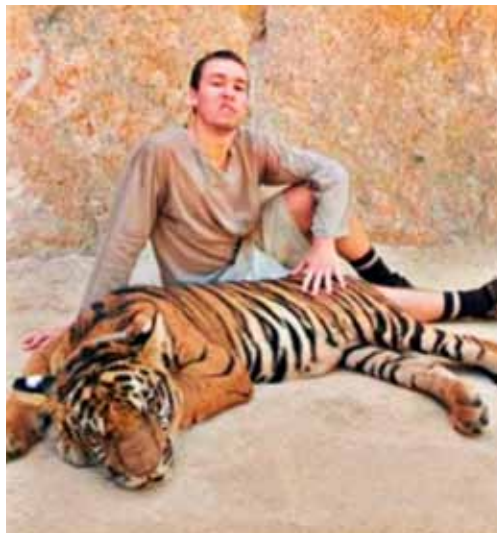
Tenenboms Buch, das seit zwölf Wochen auf der *Spiegel*-Bestsellerliste steht, ist auch in Israel seit Wochen ein Kassenschlager. Er habe den Leuten die Augen geöffnet, erklärt sich Tenenbom seinen Erfolg mit der hebräischen Übersetzung: Er habe ihnen gezeigt, was sich unter ihrer Nase abspiele.

Seine Bilanz ist schwarz. Er sei zwar von Natur aus Optimist, sagt er mir während eines Skype-Interviews, aber was er gesehen und gehört habe, stimme ihn zutiefst pessimistisch. Er habe erfahren müssen, wie europäische, vor allem auch deutsche Organisationen sich unablässig bemühen, das Leben der Juden in Israel zu untergraben – mit NGOs, mit Filmen und mit der Verbreitung historischer Unwahrheiten. «Logisch betrachtet, wird Israel nicht überleben. Kein Land, das so von äusserem und innerem Hass belagert wird, kann sehr lange überleben.»



Tenenbom.

Tuvia Tenenbom: Allein unter Juden – Eine Entdeckungsreise durch Israel. Suhrkamp. 473 S., Fr. 23.70



Gemeinsamkeiten entdeckt man später: Singles präsentieren sich auf Tinder.

«Hey, Sexy»

Tinder, die momentan beliebteste Dating-App, ist ein Tummelfeld für Seitenspringer, Liebeshungrige und Prostituierte. Viele suchen nach schnellem Sex – und doch finden manche mehr.

Von Denise Bucher

Wer nicht fotogen ist, hat hier keine Chance. Es zählt nur das eine: wie man aussieht. Gemeinsamkeiten entdeckt man später, wenn überhaupt. Für Caroline, 37, aus London, ist Tinder mittlerweile ein Spiel. Tarzisius, 27, aus Rheinfelden, hat sich die Dating-App vor kurzem aufs Smartphone geladen und ist erfolgreich damit: In drei Monaten hat er sieben Frauen getroffen. Vier wollten Sex. Zwei wollten ihn kennenlernen. Die letzte war perfekt und ist es heute noch.

Tinder, auf Deutsch «Zunder», ist zurzeit sehr beliebt bei Singles und solchen, die sich dafür ausgeben. Die App ist gratis, viel anonym und einfacher zu bedienen als herkömmliche Partnerplattformen wie Parship.ch oder Elitepartner.ch. Man muss keine seitenlangen Fragebogen ausfüllen, und weil es auf dem Smartphone läuft, kann man jederzeit darauf

zugreifen: im Zug, bei der Arbeit, auf dem Klo. Man trifft nur auf Leute aus der Umgebung, und statt dass man die Entscheidung einem Algorithmus überlässt, wählt man seine potenziellen Partner selber aus. Schnell und nur aufgrund von Fotos. Die Schönen wischt man über den Bildschirm nach rechts, alle anderen nach links, wo sie verschwinden. Zweite Chancen gibt es hier nicht.

«Natürlich ist das oberflächlich», sagt Caroline. «Andererseits entscheidet man auch im realen Leben auf den ersten Blick, ob einem jemand gefällt oder nicht.» Aber im realen Leben ist es schwieriger, miteinander in Kontakt zu kommen. Verstohlene Blicke an der Bar sind zwar aufregend, aber weniger zielführend als das Chat-Fenster, das sich auf Tinder öffnet, sobald man einen sogenannten Match hat. So ein Treffer kommt zustande, wenn

man jemanden nach rechts gewischt und derjenige das umgekehrt auch mit dem eigenen Bild getan hat. «Hey», schreiben dann die meisten. «Neu hier?» wirkt bereits originell. «Meine Chats wurden immer relativ schnell persönlich, weil ich ja wirklich etwas über die andere Person erfahren wollte», sagt Tarzisius. «Wenn man die richtigen Fragen stellt und nichts über BH-Grösse, sexuelle Vorlieben oder die Intimirasur der Dame wissen möchte, sind die meisten recht schnell angetan und auch offen», sagt er.

Reich dank Tinder

Wenn Caroline einer mit «Hey, Sexy» anredet oder ihr symbolisierte Küsse schickt, löscht sie ihn wieder. «So ein Einstieg macht klar, dass der nur auf Sex aus ist», sagt sie. Und von denen gebe es viele. Tatsächlich hat Tinder den



nen Freunden Sean Rad und Justin Mateen in einer Start-up-Werkstatt des Internetkonzerns IAC. Er kam auf die Idee, weil er angeblich Probleme damit hatte, Frauen zu treffen. Bald soll eine bessere, aber kostenpflichtige Version folgen. Je nach Quelle hat Tinder heute weltweit zehn bis dreissig Millionen Nutzer, die Erfinder verschweigen die wahren Zahlen. Aber sie geben preis, dass weltweit täglich eine Milliarde Mal über den Bildschirm gewischt wird und es dabei zwölf Millionen Treffer gibt. Das Unternehmen soll mittlerweile 750 Millionen Dollar wert sein. Zum Vergleich: Der Wert von Facebook liegt bei über 100 Milliarden. Dass Tinder sich gegen ähnliche Apps wie OkCupid, Match.com oder den deutschen Konkurrenten Lovoo durchsetzen konnte, dürfte vor allem an der raffiniert einfachen Bedienung liegen.

Digitale Selbstoptimierung

Um sich anzumelden, braucht man nichts als einen Facebook-Account. Allerdings muss man beim Installieren der App akzeptieren, dass Tinder auf dort gespeicherte Informationen wie Name, Alter, Interessen, Bilder und Freundeslisten zugreifen darf. Caroline stört das nicht. Eine Datenspur zu hinterlassen, sei heute normal. «Wenn du das nicht willst, kauf dir kein Smartphone», sagt sie. Andere richten sich extra einen falschen Facebook-Account ein. Aber nicht aus Vorsicht, sondern um diesen entsprechend zu bestücken: mit inszenierten Bildern, falscher Körpergrösse, falschem Alter. Die digitale Selbstoptimierung steigert den Marktwert. Das Risiko, enttarnt zu werden, nimmt man in Kauf. Am Anfang zählen nur die Treffer. Je mehr man hat, desto besser fühlt man sich; sie sind der Indikator für die eigene Attraktivität.

Tarzisius war es zuerst egal, was für Bilder von ihm auf Tinder erscheinen. «Aber als ich gesehen habe, wie diese App funktioniert, habe ich mein Facebook-Profil auf Vordermann gebracht», sagt er. Die Frau, die heute seine Freundin ist, mochte sein Bild – einen schön angerichteten Teller –, weil es sie hungrig machte. «Kein Witz!», sagt er. Nach etwa zwei Wochen dauernden Schreibens, manchmal bis vier Uhr nachts, wollte sie ihn treffen. «Ich hatte Schiss. Wenn du nur schreibst, sieht der andere deine Mängel nicht. Aber ich hatte nichts zu verlieren und habe es gewagt.»

Dass sich zwei schriftlich so gut unterhalten, dass sie sich treffen und kennenlernen wollen, kommt nicht oft vor. Viele Dialoge gehen über das «Hey» nicht hinaus. «Wenn ein Mann das Gespräch startet und es auch aufrechterhält, ist die Wahrscheinlichkeit da, dass etwas daraus wird», sagt Caroline. «Das liegt vermutlich an deren Jagdtrieb. Männer wollen Beute erlegen und nicht gefunden werden.»

Seit Caroline tindert, hat sie sich mit vier Männern getroffen. Mit einem von ihnen war

sie knapp fünf Monate liiert. Er war Anwalt, Sänger in einer Band, sah gut aus. Aber er war auch frisch geschieden, verzweifelt und hatte ein Alkoholproblem. Caroline machte Schluss. «Er war nicht an mir interessiert. Er brauchte nur Trost.» Auch die anderen beiden, mit denen sie kurze Beziehungen führte, waren frisch getrennt, auch sie suchten nur nach Ersatz. «Viele der Tinder-Männer wirken etwas

Am Anfang zählen nur die Treffer. Je mehr man hat, desto besser fühlt man sich.

verloren», sagt Caroline. Die virtuellen Bilder, die sie von sich konstruieren – cool, sexy, abenteuerlustig –, haben mit der Realität oft wenig zu tun. Tarzisius hat denselben Eindruck von den Frauen. Eine Polizistin wollte bei ihrer Verabredung nur über ihre unglückliche On/Off-Beziehung reden. Die zweite Frau, die ihn treffen wollte, stellte sich als militante Veganerin heraus. «Da habe ich mich gefragt, wieso die einen Koch kennenlernen will, der den ganzen Tag mit Fleisch arbeitet.»

Vor allem Männer löschen die App

Und wie ist es, wenn man selber fallengelassen wird? Wenn ein vielversprechender Dialog plötzlich verstummt oder der Schöne von gestern Nacht aus der Kontaktliste verschwunden ist? «Das ist genauso schlimm, wie wenn du im realen Leben fallengelassen wirst», findet Caroline. «Unser Leben ist so virtuell geworden, dass sich Enttäuschung in der digitalen und der analogen Welt gleich anfühlt.» Tinder ist ein Spiel, der Einsatz sind die Gefühle. Das erträgt nicht jeder. Caroline kennt vor allem Männer, die die App löschen, weil sie die ständigen Enttäuschungen nicht ertragen. Weil die Treffer ausbleiben. Oder die wenigen Frauen, die geschrieben haben, dann doch keine Verabredung wollen.

Für Caroline ist Tinder ein Spiegel unserer Gesellschaft. Man fühle sich nur so gut, wie die anderen einen finden und das mit ihren Likes zum Ausdruck bringen, sagt sie. «Man ist nie zufrieden, immer auf der Suche nach Besseren, Schöneren, und geht darum leichtfertig miteinander um. Man investiert nichts, tauscht einfach aus. Wen man nicht getroffen hat, vergisst man, jeder ist sofort ersetzbar.» Auf dem Rückflug aus ihren letzten Ferien hat Caroline einen Mann kennengelernt. Er lebt nicht in London, aber sie sind immer noch in Kontakt. «Das ist nur darum so, weil wir uns im richtigen Leben kennengelernt und sofort gespürt haben, dass da etwas ist», sagt sie. «Tinder macht dir das zwar vor. Aber es funktioniert nicht.» Sie hat die App trotzdem noch nicht gelöscht. Es macht zu viel Spass. Und wer weiss, was der nächste Treffer bringt. Vielleicht ist der perfekt. ○

Ruf, eine Abschlepp-App zu sein. Wer unverbindlichen Sex sucht, wird hier höchstwahrscheinlich fündig. Vorausgesetzt, das Profilbild stimmt. Selbst Prostituierte nutzen Tinder, um Kunden zu finden. Die männlichen unter ihnen posieren gern mit eingöltem Sixpack. Frauen gehen subtiler vor und sind darum erfolgreicher. «Es soll in London Frauen geben, die dank Tinder Tausende von Pfund verdient haben», sagt Caroline. Tarzisius zählt eine Prostituierte zu seinen spannendsten Tinder-Kontakten. Er hat sie nie getroffen, aber lange mit ihr geschattet. «Es war interessant, weil man sonst ja nicht einfach so mit solchen Frauen in Kontakt kommt. Ich

«Er war nicht an mir interessiert. Er brauchte nur Trost.»

habe Einblick in ihr Leben erhalten, in eine mir völlig fremde Welt.»

Tinder gibt es seit September 2012. Die App kommt, wie schon Facebook, von einem amerikanischen Uni-Campus, diesmal aus Kalifornien. Erfunden hat es der damals 27-jährige Student Jonathan Badeen zusammen mit sei-



Zweites Gesicht hinter dem Spiegel: «Florida, 9. Januar 1957» von Vivian Maier.



Frau mit Schatten

Von Daniele Muscionico

Leicht wie eine Wolke. Makellos wie die Unschuld. Überirdisch. Der Petticoat als Düsentrieb, hinein in den Nachthimmel, für jede Wespe mit Taille oder Behelfsmieder. Die Stola farblich abgestimmt, Hermelin oder Fuchs? Die Frau soll ein strahlendes Wesen sein, traumleicht, ein Traumfänger.

So schwebt sie durch die Nacht. Ihr eigenes Raumschiff. Ihre einzige Passagierin. Woher kommt sie, wohin geht sie? War die Party geistreich, hat sie ihre Liebe getroffen? Weshalb ist sie allein? Tausendundeine Frage stellt das Bild, das die Fotografin Vivian Maier in einer Januarnacht in Florida festhielt. Maier, 1957 knapp dreissig Jahre alt, hat womöglich ihr Gegenbild aufgenommen. Oder ihr Wunschbild, die Nachtseite oder die Sonnenseite, ihr zweites Gesicht hinter dem Spiegel.

Doch das alles ist pure Spekulation, ist ein Reden im Konjunktiv, ist eine Berechnung aus Leerstellen und Fragen. Vivian Maier, 1926 in New York geboren, in Frankreich aufgewachsen, stets in Männerkleidern unterwegs und ein Leben lang in Chicago als Kindermädchen in Diensten – sie ist eine Terra incognita. Kartografiert und beschrieben bis heute nicht. Doch 2007 aus Zufall entdeckt und post mortem ins öffentliche Bewusstsein geholt als grosses Enigma der Strassenfotografie. Sie ist die Fotografin, die in den fünfziger und sechziger Jahren manisch fotografierte, in New York und Chicago vor allem, und diesen Schatz als ihr Geheimstes für sich behielt.

Vivian Maier, das Kindermädchen, unverheiratet, kinderlos, es existiert auf dem Papier. Dokumente als Vergewisserungen. Bei ihrem Tod lebte sie von der Sozialhilfe. Doch Vivian Maier, die Fotografin, existiert nur als Gerücht. Sie änderte in einem fort die Schreibweise ihres Namens, wechselte ihren Akzent, wollte unsichtbar sein, fotografierte ihre Selbstporträts mit Schatten. Was Wunder, dass 2009, post mortem, obskure Geschichten über sie in Umlauf kamen, verstörende Episoden von Scharaden, Schrullen, aber auch von Missbrauch – Maier als Opfer oder Täterin, wer weiss.

Ihr Leben ist ein Stoff für Hollywood. Und tatsächlich: Ihr Entdecker, John Maloof, hat jetzt entlang der Bilder eine filmische Spurensuche unternommen, «Finding Vivian Maier». Er ist als bester Dokumentarfilm für den Oscar nominiert. Gesucht wird Vivian Maier. Doch darf man suchen, was partout nicht gefunden werden will?

Finding Vivian Maier. Regie: John Maloof, 2013
Vivian Maier: Das Meisterwerk der unbekanntesten Photographin 1926–2009. Schirmer/Mosel

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Ian McEwan:** Kindeswohl (*Diogenes*)
- 2 (2) **Michel Houellebecq:** Unterwerfung (*Dumont*)
- 3 (10) **Sibylle Berg:** Der Tag, als meine Frau einen Mann fand (*Hanser*)
- 4 (3) **Lori Nelson Spielman:** Morgen kommt ein neuer Himmel (*Fischer Krüger*)
- 5 (8) **Lukas Bärfuss:** Koala (*Wallstein*)
- 6 (5) **Paulo Coelho:** Untreue (*Diogenes*)
- 7 (–) **T. C. Boyle:** Hart auf hart (*Hanser*)
- 8 (6) **Tana French:** Geheimer Ort (*Fischer Scherz*)
- 9 (4) **Kazuaki Takano:** Extinction (*Bertelsmann*)
- 10 (7) **Guillaume Musso:** Vielleicht morgen (*Pendo*)

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 2 (2) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 3 (3) **Pascal Voggenhuber:** Zünde dein inneres Licht an (*Giger*)
- 4 (4) **Martin Werlen:** Heute im Blick (*Herder*)
- 5 (–) **Peter Gross:** Ich muss sterben (*Herder*)
- 6 (–) **Paul Sahner:** Merci, Udo! (*Herder*)
- 7 (–) **Ann-Marlene Henning, Anika von Keiser:** Make More Love (*Rogner & Bernhard*)
- 8 (6) **Guinness World Records 2015** (*Hoffmann und Campe*)
- 9 (7) **Hape Kerkeling:** Der Junge muss an die frische Luft (*Piper*)
- 10 (–) **Laura Hillenbrand:** Unbroken (*Klett-Cotta*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Harald Schmidt

Man muss es den «Kulturplatz»-Kollegen beim Schweizer Fernsehen zugestehen: Mit der Verpflichtung von Harald Schmidt als Moderatorinnenersatz (eine ist in den Ferien, die andere hochschwanger) ist ihnen ein Coup gelungen. Da die erste von zwei Sendungen mit dem deutschen Satiriker erst am Mittwoch, also nach Redaktionsschluss, ausgestrahlt wurde, ist eine Sendungskritik an dieser Stelle nicht möglich. Noch vor einigen Tagen sagte Schmidt, er wisse nicht, was «Kulturplatz» genau sei: «Ich hörte nur <Schweiz>, ich hörte <Zürich>, und bei mir geht ja sozusagen der Drehort weit vor dem Inhalt. Und sofort war mir klar: <Da geh' ich hin.>» Ein Blind Date, bei dem man weiss, dass nach dem zweiten Treffen leider alles wieder vorbei ist. (rb)

Schweiz

Literatur im globalen Tief

Mit der Verleihung der Literaturpreise nächste Woche beschert der Bund den einheimischen Schriftstellern einen üppigen Geldsegen. Was aber hat die hiesige Literatur zu bieten? Und weshalb sind die Bücher von Schweizer Autoren immer so dünn? *Von Klaus J. Stöhlker*

Im Cerro Rico gleich neben der Stadt Potosí in Bolivien wird seit 500 Jahren nach Silber gegraben. Das Spanien Karls V. wurde damit reich, mit ihm die Holländer und viele europäische Handelsstädte, die «spanisches Silber» weiter bearbeiteten. Der Potosí, wie er im Volksmund heisst, ist ein Grab, das Millionen Bergarbeiter verschlungen hat; auch heute arbeiten noch Zehntausende in seinen Hunderte von Kilometern langen Gängen.

Die Schweizer Literatur hat 200 Jahre reiche Früchte als Nationalliteratur getragen, die mit der Französischen Revolution aufblühte, im Zürcher Stadtschreiber Gottfried Keller einen Dichter fand, der das «Fest der Freiheit» feiern wollte, mit Carl Spitteler, dem Autor von «Olympischer Frühling», 1919 sogar einen Literaturnobelpreis erhielt und nach dem Zusammenbruch Europas 1948 in Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt Schriftsteller fand, die früh den Weg in die Gegenwart des späten 20. Jahrhunderts wiesen.

Kindergarten voller missglückter Ansätze

Diese Schweizer Nationalliteratur ist mehrfach davon bedroht, zu einem Nebenschauplatz der europäischen und der Weltgeschichte zu werden. Was mit den europäischen Nationen wuchs, ist auch mit diesen dem Niedergang ausgesetzt. Dieser ersten Bedrohung folgt die ungleich grössere zweite, das Kommen einer globalen Datenwelt, welche die Menschheit, zuerst in ihren fortschrittlichsten Teilen, dem Konsum und der sozialen Kontrolle unterwirft und die alle der europäischen Aufklärung folgenden Freiheitsbewegungen zu einem Kindergarten voller missglückter Ansätze werden lässt. Wie aus dem Ruf «Freiheit/liberté» des 19. Jahrhunderts der Slogan des 20. Jahrhunderts «Freiheit und Verantwortung» wurde, zeichnet sich am Horizont die neue Bewegung des 21. Jahrhunderts ab: «Freiheit und Einsicht», wobei «Einsicht» bedeutet: «sich fügen in das nicht Abwendbare».

Die dritte Bedrohung der Schweizer Literatur ist der milliardenschwere Fünfjahresplan des Bundesrates unter Leitung von Alain Berset, der beabsichtigt, der Schweiz ein staatliches Kulturprogramm zu geben. Ganz wie in den Zeiten der spätkommunistischen Staaten wird darin Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik verstanden, die der *cohésion nationale* dienen soll. Der koordinierend-lenkende Eingriff Berns strebt eine nationale Kulturpolitik

an, die wenig Gutes verheisst. Diese liebevolle Umarmung durch höchste staatliche Instanzen soll die Freiheit der Kulturschaffenden wahren, lässt aber offen, ob diese Freiheit grenzenlos oder eher dekorativ sein soll.

Wie wenig vielversprechend eine staatlich gelenkte Kulturpolitik ist, macht das Beispiel der Stadt Zürich deutlich, die sich gerne Literaturhauptstadt der Schweiz nennt. Dort haben überforderte Verwaltungsbeamte mit Unterstützung zufällig ausgewählter Gemeinderäte eine Kulturpolitik entworfen, die den Namen nicht verdient. Wer in Zürich etwas von Kultur verstand, wurde mit Sicherheit nicht um sein Urteil gebeten.

Ob zwei der grössten Schweizer Schriftsteller, Friedrich Glauser und Blaise Cendrars, eine solche staatliche Kulturförderung erhalten oder angenommen hätten, darf aufgrund ihrer Werke und ihres Lebens bezweifelt werden. Beide schufen ihre eigenen Welten jenseits staatlicher oder bürgerlicher Einflussnahme. Sie verlangten für sich, ihre Freunde und Leser jene absolute Selbstbestimmung, die keine staatliche und private Organisation einem denkenden Menschen zubilligen kann, ohne nicht ihren eigenen Untergang zu betreiben.

«Was ist noch schön an den Künsten?»

Wer die Relevanz der Schweizer Literatur der Gegenwart beurteilen will, muss nicht nur Walter Muschg heranziehen, der die Tragik jeglichen Bemühens in den Mittelpunkt stellte, oder Marcel Reich-Ranickis «Geschichte der deutschen Literatur» als Messlatte nehmen, sondern auch Hans Ulrich Gumbrecht nennen, der zuletzt an der Akademie der Künste in Berlin die Frage beantwortete: «Was ist noch schön an den Künsten?» Der an der kalifornischen Stanford University lehrende Komparatist machte deutlich, dass bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts die Zukunft als etwas Offenes, Gestaltbares, latent Positives erschien. Jetzt erscheine die Zukunft als Bedrohung aus Klimakatastrophe, Demografiekrisis und möglichen neuen Kriegen. Die Vergangenheit wird mit Gedenktagen, Klassikerneuausgaben, Neuübersetzungen und Wiederentdeckungen gepflegt. Das Regietheater füllt alten Wein in neue Schläuche ab.

Bringen die poetischen Schriften der Gegenwart bei ihrer Lektüre noch jenes belebende Gefühl, das uns von Leo Tolstoi und Bertolt Brecht so vertraut ist? Einiges fällt auf: Kein Schweizer



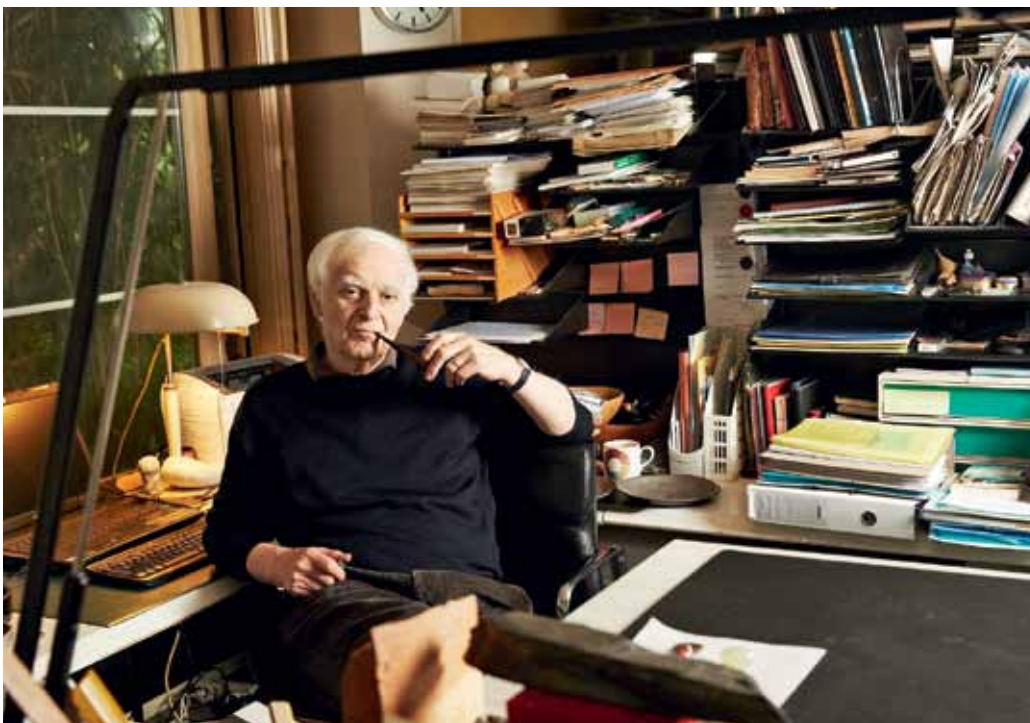
Weg in die Gegenwart: Frisch (l.), Dürrenmatt, 1963 in der Zürcher «Kronenhalle».



Hohe Ansprüche: Schriftsteller Bärffuss.



Liest wunderbar vor: Mundartautor Lenz.



Massstäbe: Autor Adolf Muschg.

Schriftsteller, und ich habe wochenlang im Herbst 2014 die Beilagen der deutschen, französischen und englischen Feuilletons durchsucht, hat dort irgendeinen nennenswerten Kommentar über sein Werk hinterlassen. Auch in der Schweiz war die literarische Ernte eher schwach. Wer die *NZZ*, den *Tages-Anzeiger*, die *Weltwoche*, die *Basler Zeitung* und die Sonntagszeitungen als Messlatte nimmt, entdeckt dort eher verzagte Berichte; Begeisterung herrschte nur in den regionalen Medien, wenn dort Provinzautoren die kantonale Erinnerung weckten oder Journalistinnen, deren Alter nicht genannt wurde, dort über Autorinnen schrieben, die ihrem eigenen Lebensgefühl entsprachen. Die Sender der SRG gaben sich redlich Mühe, den bersetschen Fünfjahresplan Kultur vorwegnehmend, ihre zahlreichen Sendefässer mit Literatur zu füllen.

Nachrichten aus dem privaten Lesezirkel

Dem de-weckschen Auftrag folgend, die nationale Balance zu sichern, sprachen dort kleine Literaten über grosse, Psychologen und Psychiater, von denen wir sehr viele haben, über tiefere Hintergründe, und Literaturkritiker, die von der Literatur leben, über ihre persönlichen Glückserlebnisse und Enttäuschungen, Freundschaften und tiefen Beziehungen, welche ihnen ein Urteil erleichtern. Der staatlich geförderte, aber zunehmend vom Steuerzahler finanzierte Literaturbetrieb bewegte sich

Eine weitere Bedrohung für die Schweizer Literatur ist der Fünfjahresplan des Bundesrates.

stöhnend und knarrend im Kreise wie eine Figur von Tinguely. In den besseren Buchhandlungen des Landes trafen sich zwei oder drei Dutzend literarische Tifosi, um sich achtungsvoll ihrem Autor zu nähern. Eine persönliche Signatur des Autors erleichtert das Bezahlen der für viele, nicht nur für junge Buchkäufer, namhaften Preise für Bücher.

Aus meinem persönlichen Lesezirkel wurde mir von meiner Fachfrau berichtet: «Ich stelle fest, dass wir seit drei Jahren einen Bogen um die Schweizer machen. Peter Stamm leidet, Thomas Hürlimann arbeitet sich an seiner Familie ab. Alex Capus liefert Unterhaltung, Lukas Bärffuss hat hohe Ansprüche, denen er nicht zu folgen vermag; keine grossen Würfe, keine Gotthelfs.»

Zur Shortlist für den Schweizer Buchpreis 2014 flüchtend, haut auch diese mich nicht um, wobei ich zugeben muss, Gertrud Leuteneggers «Panischen Frühling» nicht gelesen zu haben. Warum auch? Eleonore Frey war einfach furchtbar, so viel Bemühen ganz ohne Kunst, Sibylle Berg sowieso, führt doch der Produktionszwang, welchem sie sich unterworfen sieht, trotz aller Zutaten nur in literarische Einbahnstrassen; dort soll sie ohne mich

Auszeichnungen

Man kennt sich

Die grosszügig dotierten Schweizer Literaturpreise öffnen der Klügelwirtschaft Tür und Tor. *Von Rico Bandle*



Regel Kontakt: Autor Krneta.

Nächsten Donnerstag werden bei einem feierlichen Anlass in der Nationalbibliothek Bern die Schweizer Literaturpreise verliehen. Kulturminister Alain Berset wird den neuen Preisträgern insgesamt 225 000 Franken aus dem Fördertopf des Bundesamts für Kultur überreichen. Jeder Gewinner erhält zwischen 25 000 und 40 000 Franken.

Die Namen der Glücklichen wurden bereits letzte Woche veröffentlicht: Dorothee Elmiger, Eleonore Frey, Hanna Johansen, Guy Krneta, Frédéric Pajak, Claudia Quadri und Noëlle Revaz. Wer den Preis für das Lebenswerk erhält, ist noch nicht bekannt. Dass die Mehrheit der Gewinner völlig unbekannt ist, erstaunt wenig: Wenn der Bund jedes Jahr neun Autoren auszeichnet, so hat die Schweiz in zehn Jahren neunzig amtliche Literaturpreisträger. So viele Schriftsteller hat das Land gar nicht, erst recht nicht preiswürdige. Mit anderen Worten: Alle kommen irgendwann mal dran. Besonders bei italienisch- und rätoromanischsprachigen Autoren kann sich jeder, der schon einmal ein Gedicht geschrieben hat, berechnete Hoffnungen machen, früher oder später einen der mit 25 000 oder 40 000 Franken dotierten Preise nach Hause zu nehmen.

Nicht nur wegen der ziellos breiten Streuung ist die Preisvergabe fragwürdig, sondern auch, weil sie den Verdacht befeuert, die Kulturförderung funktioniere in erster Linie nach dem Amigo-Prinzip. Die Schweizer Literaturszene ist klein, alle kennen einander: Jene, die in der Jury sitzen, ebenso wie jene, die schreiben. Dieses Jahr zum Beispiel sass der Berner Germanist Daniel Rothenbühler in der neunköpfigen Jury. Rothenbühler ist Mitherausgeber der Edition Spoken Script, die auch die Werke des Mundartautors Guy Krneta publiziert, der zu den Preisträgern gehört. Rothenbühler ist zwar reglements-konform in den Ausstand getreten, als über Krneta diskutiert wurde – die einzige Enthaltung in diesem Jahr –, bei einem Konsensgremium ist eine gewisse Beeinflussung in einem solchen Fall aber trotzdem kaum zu vermeiden.

Gegenseitiges Schulterklopfen

Rothenbühler pflegt nicht nur regen Kontakt zu Krneta, sondern auch zu dessen Autorenkollektiv «Bern ist überall». Diesem gehört auch Noëlle Revaz an, eine weitere Preisträgerin. Ebenfalls heikel ist die Rolle der Jurorin Marie Caffari. Als Leiterin des Schweizerischen Literaturinstituts in Biel, einem Studiengang für angehende Schriftsteller, ist sie am Erfolg ihrer Absolventen interessiert. Tatsächlich ist mit Dorothee Elmiger eine Absolventin in die Kränze gekommen. Da Noëlle Revaz am Literaturinstitut unterrichtet, hat diese möglicherweise ebenfalls vom Wohlwollen Caffaris profitiert. Wahrscheinlich liessen sich weitere Verstrickungen finden.

Den Beteiligten ist nichts vorzuwerfen: Dass in einer dermassen überschaubaren Szene alle irgendwie miteinander verbunden sind, ist unvermeidlich. Sehr wohl aber dem Bundesamt für Kultur, das diese Preis-schleuder ins Leben gerufen hat und mit vielen hunderttausend Franken im Jahr finanziert. Weshalb macht dies der Bund? Hochdotierte Auszeichnungen zu verteilen, ist die bequemste Art, Subventionen zu vergeben. Preisvergaben unterliegen subjektiven Entscheidungen von Juroren, sie müssen nur marginal begründet werden, da keine Rekursmöglichkeit besteht. Und es gibt eine Feier, bei der sich Beamte und Künstler gegenseitig auf die Schulter klopfen können. Bundesrat inklusive.

bleiben. Ein Urs-Widmer-Fan bin ich ohnehin nicht, weil es heute weltweit derart viele wunderbare Autoren gibt, dass eine solche Schreibe mich nicht abholt, um es modisch zu formulieren. Pedro Lenz ist ein netter Regionalautor, der wunderbar vorlesen kann.

Ohnehin sind derzeit die Bücher von Schweizer Autoren mit gut 200 Seiten eher kurzatmig. Setzen wir einen jüngeren US-Autor wie Jonathan Franzen dagegen, dessen Werk «Die Korrekturen» 780 Seiten Lesestoff bietet, dann zweifle ich an Linus Reichlins Argument: «Dünne Romane sind meist besser als die dicken.» Schon das Wort «meist» ist eine Falltür, die jeder Autor von hoher Qualität vermeiden sollte. Wir kennen keinen neuen Robert Musil, der 21 Jahre an einem Buch schrieb, sich in sein Werk verwandelnd.

Erfrischende Nadj Abonji

Es fällt auf, dass Schweizer Literatur mehr denn je, wie schon vor achtzig Jahren, auf Flüchtlingsautoren angewiesen ist. Melinda Nadj Abonji, die rund um Küsnacht viele Bücher verkauft hat, weil ihre Nachbarn mehr über sie wissen wollten, sonst aber in Europa kaum nachgefragt wurde, war mit ihrem Zweitling sicher erfrischend, gerät aber schon wieder in Vergessenheit. Und doch ziehe ich Agota Kristof, eine Westschweizerin, vor, die etwas westlicher, in Ungarn, geboren ist. Erspart habe ich mir auch Katja Petrowskajas «Vielleicht Esther», denn einen weiteren Holocaust-Roman fand ich menschlich verständlich, aber doch überflüssig. Ohnehin ist mein Lieblings-Exilautor der hinter Genf in Savoyen lebende John Berger, dessen «Sau-Erde» über die savoyardischen Bauern unübertrefflich ist.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang nicht die Nationalität, sondern vielmehr jener Grad

Die Poeten sehen sich nicht mehr als Gaukler, Priester oder Sänger, sondern als Zeitzeugen.

an Identifikation, der ausländische Schriftsteller zu Schweizer Autoren macht. Wie Auslandsbanken immer deutsche, französische oder amerikanische Banken bleiben, sind ausländische Autoren in der Schweiz nicht einfach Schweizer Schriftsteller, wenn sie geistig in ihrer alten Heimat geblieben sind.

Spielt dies überhaupt eine Rolle, wenn man zur Relevanz der Schweizer Literatur der Gegenwart etwas sagen will? Im 19. Jahrhundert und noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts konnten in ganz Europa die Literaten davon ausgehen, dass es eine kulturell bedingte Lesekultur gab, die vor allem in Regierungskreisen, in der Geschäftswelt und an den Universitäten ausgeprägt war. Rainer Maria Rilke zog auf Kosten des Adels und der Winterthurer Familie Rein-

hart durch Europa. Viele europäische Politiker waren auch beachtliche Autoren.

Heute hat sich diese bürgerliche Gesellschaft, von der Jugend als konservativ verrufen, weitgehend aufgelöst, Lesezirkel, private ohnehin, gibt es kaum noch, oder sie überleben als letzte Reste einer einst blühenden Kulturlandschaft. In Schweizer Schulen gibt es nicht einmal mehr eine Pflichtlektüre, was zur Folge hat, dass die Schüler Lehrern ausgeliefert sind, die selber kaum noch einen Bezug zur Schweizer Literatur haben.

Ein Pärchen wie Frisch und Dürrenmatt

So kommt es, weil ihnen niemand mehr zuhört, dass die Poeten sich nicht mehr als Gaukler, Priester oder Sänger sehen, sondern als Zeitzeugen, welche die Welt weiterhin ändern wollen, indem sie sie beschreiben. Armut, Leiden und Entsagung werden als Kinderarbeit oder Ausbeutung in Pflegeheimen beschrieben. Die persönlichen Bekenntnisse heldenhafter Frauen, die ihr Leben in den Armenvierteln dieser Welt verbringen, sind wesentlich häufiger zu finden als solche von Männern, die dem Weg Albert Schweitzers folgen. *Documentary poets* werden zu Zentren des Widerstands,

tersanererkennungen an einen Neunzigjährigen und einen 86-Jährigen, die von unter Dreissigjährigen nicht mehr gelesen werden.

Das staatlich geförderte Schweizerische Literaturinstitut in Biel soll dazu beitragen, den Altersdurchschnitt der Schweizer Denker und Schreiber deutlich zu senken. Nach amerikanischem Vorbild sollen die Bieler Literatur-Bachelors, natürlich zweisprachig, zu begleiteten Begegnungen verleiten, um sich zu finden und vielleicht auch Leser.

Die Qualitätsstandards der Schweizer Literatur werden ohnehin von zwei Männern definiert, deren vielfältig gefestigtem Anspruch schwer zu entkommen ist: von dem Zürcher Goldküstenschiftsteller Adolf Muschg und vom intellektuellen Germanisten Peter von Matt. Beide sind es gewohnt, Massstäbe zu setzen, und sie dulden Widerspruch nur sehr ungern. Sie bilden für die Jahrtausendwende ein Pärchen wie Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt vor sechzig Jahren, ohne deren satirisch-bissigen globalen Glanz zu erreichen. Beide haben es in Marcel Reich-Ranickis «Geschichte der deutschen Literatur» nur am Rande geschafft, was kein geringes Verdienst ist. Sie sind Arbeiter im Cerro Rico,

spruchsvolle Kost, die den sorgfältigen Leser voraussetzt. Wo gibt es diesen noch?

— Pierre Imhasly, der bald achtzigjährige Oberwalliser, dessen «Rhone Saga» und «Maithuna/Matterhorn», beide im anspruchsvollen Stroemfeld-Verlag publiziert, zum Allerbesten gehören, was die Schweizer Literatur des 20. Jahrhunderts bietet. Imhasly ist so schwer zu lesen wie Ezra Pound, weil seine epischen Gedichtromane gleich in vier Sprachen verstanden werden müssen und einen kulturellen Raum umfassen, der vom Mittelmeer bis Tibet reicht.

Neue Welterklärungen aus Afrika und Asien

Die Schweizer Literatur der noch lebenden wie jüngst verstorbenen Autoren ist vielfältig und kann, richtig vorgestellt, mit vielem mithalten, was andere europäische Staaten bieten. Der relativ neue Nachteil unseres Landes ist es, dass die untergehende autonome Verlagsstruktur den Literaturstandort Schweiz nicht mehr fördern kann. Iso Camartin, der fein ziselierende Bündner, Gerold Späth, der Rapperswil und den Zürichsee zum Zentrum des Geschehens gemacht hat, wie Thomas Mann Lübeck in den «Buddenbrooks», Hermann Burger, der die Welt in sich niederschrieb, ehe sie ihn nieder-

Lindt
CONNAISSEURS

„Die Warmherzige...“

...ein ganz individueller Charakter – wie alle 15 Connaisseurs-Pralinés. Schenken Sie Connaisseurs zum Valentinstag, die wertvollsten Meisterwerke unserer Maitres Chocolatiers.

sei es gegen religiöse, wirtschaftliche oder sexuelle Ausbeutung. Messen wir die Relevanz der Schweizer Literatur an der Menge der zu vergebenden Buchpreise, leben wir in einer Zeit literarischer Hochkonjunktur. Der verdiente Schweizer Buchpreis ging im letzten Jahr an Lukas Bärfuss, der mit «Koala» seinen leidenden Bruder zum Thema machte. Dies ist, wie die europäische Literaturszene – auch mit Prozessen – immer wieder beweist, eine häufige Technik, um das Individuelle mit dem Gesellschaftlichen zu verbinden. Ferdinand Hodler rückte bekanntlich auch seiner sterbenden Gattin sehr nahe, um jeden vorletzten und letzten Atemzug festzuhalten.

Bundesrat Alain Berset, dem stattliche Steuergelder zur Verfügung stehen, trat letztes Jahr mit dem Schweizer Grand Prix Literatur auf die Bühne. Er zeichnete den in der deutschen Schweiz nur Insidern bekannten, verdienten Übersetzer und Dichter Philippe Jaccottet aus und Paul Nizon, den in Paris lebenden literarischen Selbstausbeuter, dessen Zukunft als Denkmal staatlicher Anerkennung nunmehr als gesichert gelten darf. Es sind staatliche Al-

deren Erträge sich noch sehen lassen konnten. In der Literatur wie andernorts auch ist die Schweiz ein Land der Sonderfälle. Viele dieser Schriftsteller, die ich nun nennen werde, sind unterbewertet, sei es aufgrund eigener Anlage, mangelnder verlegerischer Pflege oder auch nur wegen der inneren Unfähigkeit, mit den nationalen Medien so umzugehen, wie es der Zeitgeist verlangt:

— Peter Bichsel kam mit seinem «Milchmann» zu einem raschen Erfolg, degenerierte dann aber zum Maxijammerer der Schweizer Literatur, der sich im nebligen Mittelland hinter dem Holztisch seiner Beizen verkroch. Was er schrieb, ist reizvoll für literarisch motivierte Holzkäfer, die selber zu den seltenen Spezies zählen.

— E. Y. Meyer, der in Bern unter der Kornhausbrücke lebende Schriftsteller aus dem Baselbiet, von Siegfried Unseld wie Reich-Ranicki ob seines ersten Werkes «In Trubschachen» verehrt, hat bei Stämpfli in Bern den Versuch gewagt, mit «Wandlung» und «Apotheose» (erscheint in Kürze) eine Bilanz der Schweizer Jahrtausendwende vorzulegen. Es ist an-

rang, Pirmin Meier, einer der Besten, wenn es darum geht, die heutige Schweiz aus der gestrigen zu erklären, oder S. Corinna Bille, deren Lebenswelt in den Alpen hinüberreicht zu Hermann Hesse ins Tessin, einem weiteren Exilanten, der das Leben in der Schweiz dem in Deutschland vorgezogen hat.

Die Schweizer Verlage sind, heute mehr denn je, zu klein, um grosse Autoren hervorzubringen. Mit Gebrauchsliteratur vom Stil der Döbeline, Charles Lewinskys und Martin Sutere können die Landesgrenzen übersprungen werden, aber grosse Literatur verlangt heute mehr, die ganze Welt. So sehen sich alle Schweizer Autoren vor allem denjenigen aus Afrika und Asien gegenüber, die mit neuen Welterklärungen unsere alte Welt auf den Kopf stellen. Wie Schweizer Schriftsteller die Welt sehen, interessiert derzeit kaum jemand, es sei denn auf gesponserten Veranstaltungen von Pro Helvetia und ähnlichen Organisationen. Einen Schweizer Schriftsteller, zu dem die Welt kommt, haben wir derzeit nicht. Vielleicht schreibt er gerade.

Klaus J. Stöhlker ist Unternehmensberater für Öffentlichkeitsbildung in Zollikon.

Innigste Geste

Bob Dylan huldigt den beiden Erfindern der Pop-Ballade.

Von Thomas Wördehoff

Überraschungen sind in der Popwelt nicht besonders wohlgefallen. Man hat es gern übersichtlich geordnet, auf jedes Töpfchen passt ein Deckelchen. Über Grenzüberschreitungen wird gern mal palavert, aber unter der Voraussetzung, dass der jeweilige Schuster am Ende schön bei seinem Leisten bleiben möge. Der dieses unverrückbare Pop-Gebot immer wieder zu spüren bekam, war der alte Haudegen Robert Zimmerman, den sie seit je auch Bob Dylan nennen.

In seiner mittlerweile über fünfzig Jahre währenden Karriere hat er ziemliche Prügel einstecken müssen, weil er immer und immer wieder gegen den Geschmacksknigge seiner unerbittlich an ihn glaubenden Jünger verstossen hat: wenn er, der naturreine Folksänger, plötzlich mit elektrischer Gitarre hantierte; wenn er, der ausgewiesene Protestsänger, plötzlich christliche Erbauungshymnen sang; wenn er, die einstige «Stimme einer Generation», plötzlich glühweinselige Weihnachtslieder anstimmte. Das jeweils pünktlich anschwellende Grummeln der Fans liess ihn gleichermassen kalt, die nächste Provokation seiner Gemeinde kam ohnehin so sicher wie das Amen in der Kirche.

Zeitreise an die Werkbank Sinatras

So auch jetzt, *His Bobness* hat wieder zugeschlagen. Und das muss ihm der Neid lassen: Die ungeheuerliche Wucht seiner Hiebe lässt noch immer nichts zu wünschen übrig. Als würde der Papst die Lyrik von Charles Manson rezitieren wollen, begibt sich der bekannteste und wirkungsmächtigste Outsider der Geschichte auf das Terrain eines Mannes, der für viele das verhasste Denkmal abgeschmacktester Saturiertheit ist, so dass sie seine Hinterlassenschaft kaum noch mit musikalischen Parametern messen möchten: Frank Sinatra – für viele der grösste Sänger aller Zeiten, für nicht wenige lediglich ein mieser Mafia-Intimus, eine neureiche Macho-Ikone der Marlboro-Generation, der schnulzige Troubadour der Reagan-Ära. «Die Kinder der letzten Jahrzehnte sind in Gefahr, ihn statt als Musiker eher als Politiker wahrzunehmen», schrieb denn auch der Sinatra-Kenner Will Friedwald über die zäh sitzenden Klischees gegenüber seinem Mandanten.

Wie auch immer: Dylan und Sinatra waren und sind nach wie vor die Antipoden der beiden gegenläufigsten Pop-Strömungen des letzten Jahrhunderts. Und mit «*Shadows in the Night*» liefert Bob Dylan ein nahe gehendes Meisterwerk ab, das keineswegs nur eine sympathische Verbeugung vor Frank Sinatra

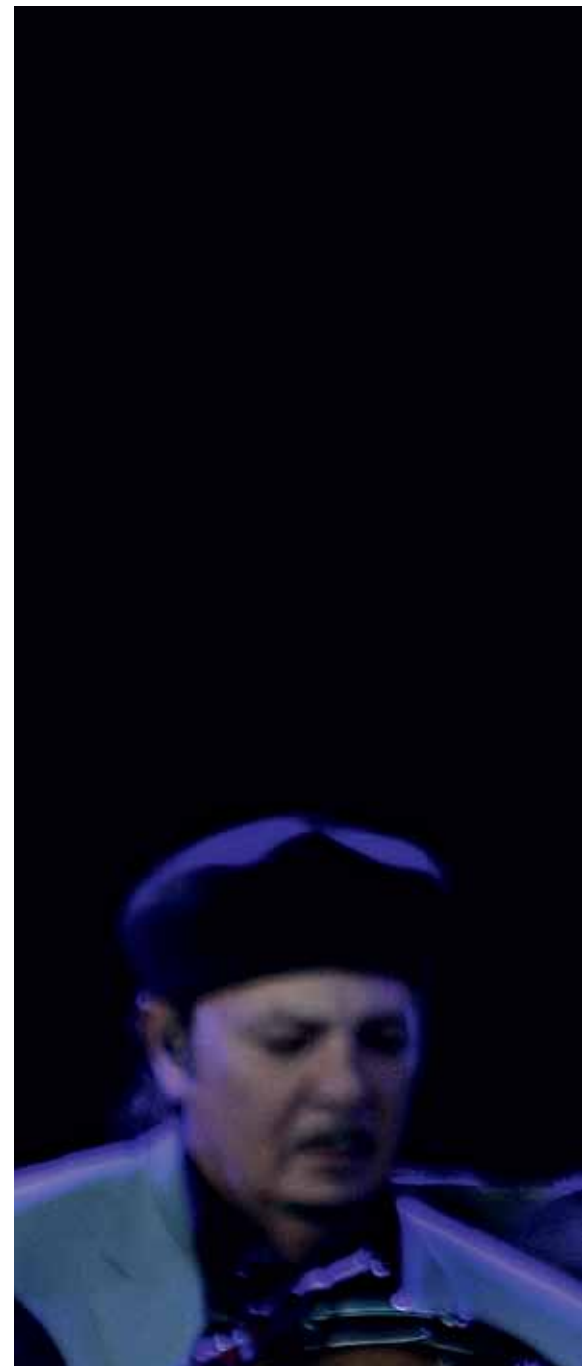
ist. Bob Dylans hinreissende Huldigung gilt auch den im Hintergrund wirkenden, längst vergessenen Erfindern der Popballade.

Denn es ist genau diese Periode, für die sich Dylan interessiert, die vierziger Jahre, in deren musikalischen Maschinenräumen der traurig-melancholische Torch-Song entstand. Da fügte sich so manches: Amerika war 1942 in den Zweiten Weltkrieg eingetreten, die ersten Soldaten wurden eingezogen. Der junge Sänger Frank Sinatra, ein schlaksiger Bariton aus Hoboken bei New York, hatte die Tommy Dorsey Big Band verlassen, um zukünftig als Solist zu arbeiten. Die Schallplattenfirma Columbia hatte ihm einen Vertrag angeboten, der ihn mit einem jungen Arrangeur und Dirigenten verband, der wie er aus dem Stall von Tommy Dorsey kam. Axel Stordahl, ein dreissigjähriger New Yorker mit Erfahrung und erstklassigem Geschmack, war engagiert worden, um mit Sinatra ein Repertoire aufzubauen, das zugleich radiotauglich war und der allmählich boomenden Schallplattenproduktion möglichst kräftige Impulse bescheren würde.

Bis Anfang der fünfziger Jahre sollten Sinatra und Stordahl an dem zusammenarbeiten, was später als das «*Great American Songbook*» bekannt wurde und von dem Nancy Sinatra sagen würde: «Mein Vater und das amerikanische Publikum wurden damals von den besten Songs überhaupt verwöhnt. Zu jener Zeit fühlte er diese Songs wirklich!» Besonders aber schlugen die langsamen, melancholischen Songs ein – kein Wunder, hatten Stordahl und Sinatra einen eigenen Balladenton entwickelt, einen Tonfall, der nicht nur Sinatras Karriere, sondern die gesamte Popmusik verändern sollte.

Mit einem unfehlbaren Gespür ausgestattet, hatte Axel Stordahl die musikalische Sensibilität und das starke Charisma seines Schützlings erkannt und baute einen Klangkörper um ihn, bei dem Sinatra seine Begabung vollständig ausrollen konnte. Besonders auffällig war der beinahe vollständige Verzicht auf ein Instrument, das zum zentralen Bestandteil eines Unterhaltungsorchesters gehörte: das Schlagzeug.

In den Balladen, die im Zentrum von Stordahls Interesse standen, war fast kein Rhythmus wahrnehmbar. Sinatras Stimme stand also im Zentrum der Aufnahme – Streicher und vereinzelte Bläsersätze agierten so diskret im Hintergrund, dass Sinatras Phrasierungskunst die weibliche Zuhörerschaft geradezu um den Verstand brachte. Zu einem Zeitpunkt, als Mütter ihre Söhne, Töchter ihre



Altersweise Verneigung: Dylan singt Sinatra.

Väter und Ehefrauen ihre Männer in den Militärdienst verabschiedeten, war die sensible Einfühlsamkeit des schwächigen Jünglings Balsam für die weidwunden Seelen. Und Sinatra entwickelte in der Zeit mit Stordahl seine Stimme zu diesem einzigartigen Instrument, das eine nie zuvor gekannte Direktheit erreichen konnte. Und genau für dieses Thema und seine Zusammenhänge interessierte sich Bob Dylan. Er, der Veteran, von Folk, Country, Blues, Gospel, Pop und Rock gegerbt, wollte eine Zeitreise an die Werkbank des jungen Frank Sinatra unternehmen.

Sie führte ihn in das legendäre Studio B, in dem schon das Objekt seiner Betrachtungen aufgenommen hatte, ein kleineres Studio für intimere Besetzungen. Dylan kam mit seiner Begleitband, Pedal-Steel-Gitarre, Kontrabass, ein paar Blechbläsern – ohne Schlagzeug. Als



Erstes ordnete er beim verantwortlichen Toningenieur Al Schmitt (selbst eine Legende an den Reglern) an, sämtliche Mikrofone zum Verschwinden zu bringen, um ganz bei sich und dem Gesang zu bleiben. Dylans Ziel war Sinatras Haltung: «Frank hatte die Fähigkeit, in einem Song mit dir zu plaudern.» Kurz gefasst: «Frank sang to you – not at you.»

Ergreifend, echt

Dylan erreicht diese Intimität spielend, und auf geradezu anrührende Weise. Ausgerechnet er, dessen Stimme in (eindrucksvollen) Fetzen seine eigenen Songs verröchelt, bemüht sich, «schön» zu singen. Als würde er seine Wohnung mit grossem Bedacht für wichtige Besucher herrichten, ist Dylan ausdrücklich daran gelegen, Melodie und Ausdruck der Originale möglichst erkennbar zu erhalten. Dieses

Bemühen ist tatsächlich ergreifend, weil es echt ist. Statt auf duftige Streicher, die Axel Stordahl in Vollendung arrangiert hatte, verlässt sich Dylan ganz auf die Steelgitarre, ein paar Hörner und ein gelegentliches Summen des Kontrabasses – alles in allem auf das Echo von Hank Williams, Johnny Cash und Willie Nelson, der ihn zu der Idee dieses fabelhaften Albums inspiriert hat. Sinatra hat mit Herzwärmern wie «What'll I Do?», «Some Enchanted Evening» oder «The Night We Called It a Day» die Popballade zum intimen Kassiber erklärt, der zu Kriegszeiten eine heute kaum mehr nachvollziehbare Bedeutung gehabt haben muss. Dylans altersweise Verneigung ist vermutlich die innigste Geste, zu der die Popmusik von heute fähig ist.

Bob Dylan: Shadows in the Night.

Jazz

Musik mit grossem Schattenwurf

Von Peter Rüedi

Vijay Iyer, 1971 geboren als Sohn indischer Immigranten in den USA, ist ein Künstler von verwirrender Vielfalt und Bandbreite. Seine Identität formt sich zwischen vielen Sprachen, Stilen, Kulturen, Traditionen (und deren Dekonstruktion) immer neu. Dabei ist ihm nicht alles beliebig verfügbares Material, das er eklektisch in einen synthetischen Eintopf einrühren würde. Im Gegenteil: Der Liebhaber der klassischen Moderne, der ganzen Jazzgeschichte (inkl. Avantgarde), ethnischer Musiken, strenger kompositorischer Verfahren und entfesselter improvisatorischer Flüge und Interaktionen, ohne Berührungängste zudem gegenüber Elektronik, populärerem Spielformen, Grooves und ostinaten Mustern aus dem Bereich des Hip-Hop – der äusserst polyvalent talentierte Mr Iyer ist auf Brüche aus und auf Kontraste. Die jüngste CD seines langjährigen Trios mit dem Bassisten Stephan Crump und dem Drummer Marcus Gilmore heisst «Break Stuff», und *break* meint nicht nur «Pause», den Moment, in welchem sich der Einfall entscheidet, sondern eben auch buchstäblich «Bruch». Den Kontrast zum Beispiel zwischen einer feinsinnigen Solo-Interpretation von Billy Strayhorns Seelenstück «Blood Count» und einer Reverenz an Robert Hoods Minimal-Techno-Beats («Hood»). Auf Kontraste und Kanten kommt es Vijay Iyer auch in seinem Klavierspiel an. Flüssig perlende Läufe sind eher die Ausnahme, sein pianistisches Prinzip ist nicht Legato, sondern die Phrasierung in scharfen Konturen. Nur folgerichtig, dass «Break Stuff» auch eine Hommage an Thelonious Monk enthält (neben der an Strayhorn und einer an Coltrane, «Countdown»), eine allerdings sehr eigenwillig anverwandelte Version von «Work». Iyer ist zwar auch ein sehr dynamischer Klangarchitekt, er baut bei all seiner Vorliebe für eine Ästhetik der Kontraste auch grössere Spannungsbögen. Aber selbst auf der pathetischsten Klimax gibt es bei ihm ein Moment der Distanz und Kontrolle, ist er Darsteller und nicht hingerissener Ekstatiker. Eine fabel- und meisterhafte CD: reich, überraschend. Und auch scheinbar widersprüchlich: Musik mit grossem Schattenwurf.



Vijay Iyer Trio:
Break Stuff.
ECM 2440 4708937

Top 10

Knorrs Liste

1	Birdman	★★★★★
	Regie: Alejandro González Iñárritu	
2	Foxcatcher	★★★★☆
	Regie: Bennett Miller	
3	The Imitation Game	★★★★☆
	Regie: Morten Tyldum	
4	Baymax	★★★★☆
	Regie: Don Hall/Chris Williams	
5	Wild	★★★★☆
	Regie: Jean-Marc Vallée	
6	Wild Tales	★★★★☆
	Regie: Damián Szifrón	
7	Paddington	★★★★☆
	Regie: Paul King	
8	Blackhat	★★★☆☆
	Regie: Michael Mann	
9	Jupiter Ascending	★★☆☆☆
	Regie: Andy Wachowskis	
10	The Interview	★★☆☆☆
	Regie: Evan Goldberg/Seth Rogen	

Kinozuschauer

1 (1)	Honig im Kopf	23 695
	Regie: Til Schweiger	
2 (-)	Jupiter Ascending (3-D)	15 824
	Regie: Andy Wachowski, Lana Wachowski	
3 (2)	The Imitation Game	11 812
	Regie: Morten Tyldum	
4 (4)	Usfahrt Oerlike	8686
	Regie: Paul Riniker	
5 (3)	Baymax	7627
	Regie: Don Hall/Chris Williams	
6 (-)	Blackhat	6227
	Regie: Michael Mann	
7 (9)	Fünf Freunde 4	5530
	Regie: Mike Marzuk	
8 (10)	Wild	4805
	Regie: Jean-Marc Vallée	
9 (6)	Taken 3	4632
	Regie: Olivier Megaton	
10 (7)	Birdman	4244
	Regie: Alejandro González Iñárritu	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Sin City 2 (Impuls)
2 (1)	Lucy (Universal)
3 (2)	Gone Girl (Fox)
4 (3)	Sex Tape (Sony)
5 (-)	The Giver (Ascot Elite)
6 (4)	Guardians of the Galaxy (Disney)
7 (5)	Step Up – All In (Rainbow)
8 (6)	Monsieur Claude... (TBA)
9 (7)	Hercules (Rainbow)
10 (8)	The Expendables 3 (Impuls)

Quelle: Media Control



Sittengemälde der Love-and-Peace-Ära: «Inherent Vice».



Kino

Ein Dope-vernebelter Schnüffler

Paul Thomas Anderson verfilmte einen Roman des Hochleistungsartisten Thomas Pynchon: «Inherent Vice», eine Krimi-Burleske über die Hippie-Ära. Von Wolfram Knorr

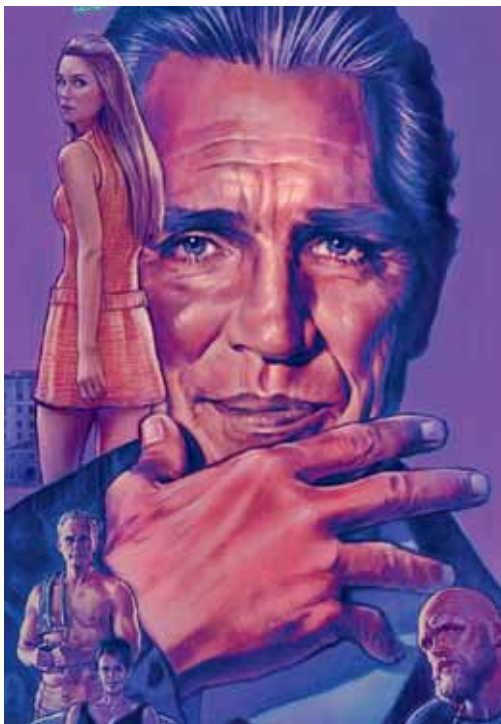
Den legendären Schnüffler Philip Marlowe aus «The Long Goodbye» mit dem Kult-Hippie «The Dude» aus «The Big Lebowski» zu kreuzen, ist schwer vorstellbar, aber dem Filmmacher Paul Thomas Anderson («The Master») ist es mit dem freakigen *private eye* Larry «Doc» Sportello (Joaquin Phoenix) halbwegs gelungen: Reichlich abgehangen, ausgefranstes Langhaar, Koteletten bis zum Kinn, Sandalen an den nackten Füßen, den Joint immer griffbereit und Dope-vernebelt, schlurft der flippige Bastelchaot zwischen Aufträgen, bekifftem Rumgehänge und schikanöser Bullenbehandlung durch Los Angeles. Es ist das Jahr 1970, die Flower-Power-Seligkeit, die Ära, in der man das Verstreichen der Zeit ignorierte, kippt weg, zerbröseln. Ein Jahr zuvor hatte Charles Manson mit seinen Morden die Szene aufgeschreckt und eine postmansonsche Nervosität zurückgelassen. Bürgerwehren, Rassismus, knüppelnde Bullen grassieren; der Vietnamkrieg spaltet die Gesellschaft, Gouverneur Ronald Reagan lässt öffentliche Psychiatrien schliessen, Spekulanten machen sich übers Land her, die «Zeit des Leichtsinns» neigt sich ihrem Ende.

Sportello dämmert der alten Zeit nach, als Shasta (Katherine Waterston) ihn noch liebte. Die ist aber weg, und er muss auf einmal zwischen sonnigem und düsterem Kalifornien, mit dem Hippie-hassenden Detektiv Christian

«Bigfoot» Bjornsen (Josh Brolin) im Genick, rumbalancieren. Der ist ein Nussknacker-Recke mit Brikettkopf, drahtig geschnittener Frisur, Ambosskinn. Mit Schachtelteufel-Elan tobt er durch Sportellos halluzinogenes Gemütsleben. Wie in einem klassischen Film noir taucht plötzlich Shasta wieder auf und bittet um Hilfe. Ihr Geliebter, der Baulöwe Mickey Wolfmann (Eric Roberts), soll von seiner Gattin Sloane (Serena Scott Thomas) und ihrem Lover in einer Klapsmühle entsorgt werden. Doc möge was dagegen tun, und er verspricht es, der alten Liebe wegen – und schon wacht er neben einer Leiche auf, vom belfernden Bigfoot des Mordes verdächtigt. Immer tiefer versinkt Doc in laokonhafter Wirrnis, das Personal wird immer umfangreicher, und bald schlingert er zwischen Koks-Zahnärzten, LSD-Freaks, dekorativen Glamourladys und Schmutteltrinen durch eine Society, die komplett high ist.

Faible für exzentrische Charaktere

Der Faden der Story hat eine Menge Knoten, sie zu entwirren, ist fast unmöglich, und letztlich ist es wurscht. Denn was Autor und Regisseur Paul Thomas Anderson mit seinem Faible für exzentrische Charaktere («Magnolia», «There Will Be Blood») will, ist nur vordergründig ein Krimi. In Wahrheit geht's um ein Sittengemälde der Love-and-Peace-Ära und ihres Finales.



verschleisst. Für das Zerstreuungsmedium Film reiner Granit – bis 2010 «Inherent Vice» erschien (deutsch: «Natürliche Mängel», Rowohlt-Verlag), ein vergleichsweise dünnes Buch (478 Seiten). Aber nicht nur der Umfang verblüffte, auch der Inhalt ist geschmeidig, süffig, witzig. Ein Pynchon light – und schon stürzte sich der Wegelagerer Film darauf.

Denn «Inherent Vice» bedient sich des Detektivroman-Plots, kommt mit wenig Personal aus und hat sogar eine klare Identifikationsfigur, jenen Kiffer Sportello. Aber eben: Auch diese Story ist alles andere als eindimensional – und schon sind wir mitten im Elend der filmischen Adaption. Dank Pynchons barocker Sprachkraft, mit der er die Hippie-Seligkeit in ihrer schillernden sozialpsychologischen Farbenpracht Revue passieren lässt, von den Kifferräschen über Comics, TV-Serien, Surf-Musik, religiöse Ekstasen beim Wellenreiten, Inflationsheligen, Rassisten, mafiöse Zahnarzt-Heroinkartelle, Umweltverschmutzer, Immobilienhaie bis zu Doc, der sich in halluzinogene Ecken verkriecht, entfaltet der Roman die ganze Paranoia-Bandbreite. Ein Film mit seinen vergleichsweise eindeutigen, «platten» Bildern muss eine solche Vorlage radikal reduzieren, eindicken, auf Highlights tranchieren, ohne den «Organismus» aus der Fassung zu bringen. Anderson besetzte, bis in die kleinsten Rollen, exklusiv, wählte aber einen erstaunlich konventionellen Stil; und der wirkt zuweilen, als würde er über die Vorlage hinwegdrehen. Der zum Teil zwerchfellkomische Witz der Vorlage ist im Film fast ausschliesslich aufs Verhältnis zwischen Doc und Bigfoot reduziert.

Pynchons Roman ist ein groteskes Fresko. Der Titel bezieht sich auf einen juristischen Begriff aus dem Transportgewerbe und meint Mängel und Defekte, die während des Transports entstehen, ohne dass der Spediteur daran Schuld trägt. Mängel, die auch menschliche Beziehungen betreffen und aus jeder schönen Utopie am Ende wieder nur Makulatur machen. ★★☆☆☆

Und weil die ziemlich burlesk war, wird sie auch so dargestellt. Der «Summer of Love», eine groteske (Selbst-)Täuschung der «goldenen Horde», die in ihrem Highlife ausblendete, dass ihre utopischen Zonen nichts anderes als Flüchtlingslager waren, von Behörden bedroht und vom Kommerzialismus durchdrungen.

Der Film ist die Adaption des gleichnamigen Romans von Thomas Pynchon, der wie Jerome David Salinger («Der Fänger im Roggen») zu den Mysteriösen des Landes gehört. Nur wenige kennen ihn, Interviews gibt er nicht, vom Kulturbetrieb hält er nichts. Seit seinem Opus magnum «Gravity's Rainbow» (1973) wird von einem neuen James Joyce geraunt. Falls es eine Parallele zwischen beiden Hochleistungsarten gibt, dann die, dass sie nur von einer verschwindend kleinen Elite gelesen werden. «Gravity's Rainbow» ist ein kolossales Rebus, dessen Entschlüsselung ganze Uni-Karrieren

Fragen Sie Knorr



Wie schafft man es, psychisch und physisch, Jahr für Jahr, Jahrzehnt um Jahrzehnt, jede Woche vier, fünf oder mehr Filme, die meisten von minderer Qualität, anzuschauen und nicht an Überdross zu ersticken? Haben Sie ein spezielles Fremdgeschichtenverdauungsgen in sich, das andere nicht haben? F. B., Zürich

Aufgeschreckt über Ihre Vermutung eines speziellen Gens, habe ich mich sofort einem Neurobiologen anvertraut und mich in

einen Kernspintomografen legen lassen. Offenbar habe ich ein Transposon oder auf Deutsch: springendes Gen, das rasch zu Innovationen führt und mich möglicherweise von Film zu Film springen lässt. Kann aber auch ganz banal daran liegen, dass ich dieses spinnerte Medium seit meiner Kindheit einfach leidenschaftlich liebe. Es hält jung – vor allem in der Birne. Und Sie sollen mich doch weiter gerne lesen.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Alle lieben Arthur

Von Dominique Feusi

Es gibt sie noch, die guten Nachrichten, selbst vom Schweizer Radio und Fernsehen (SRF): Arthur Honegger, langjähriger USA-Korrespondent, wird von SRF nach Hause geholt, um ab Herbst die Nachfolge von Stephan Klapproth beim Nachrichtenmagazin «10 vor 10» anzutreten. Die Sensation? SRF tut etwas, und die ganze Schweiz scheint glücklich. So gesehen ist der 35-Jährige jetzt schon ein Phänomen.

Der zweifache Vater, Buchautor und anerkannte Journalist hat in den letzten Jah-



Zeit auf seiner Seite: Journalist Honegger.

ren in unzähligen Live-Schaltungen gezeigt, dass er Weltpolitik fundiert und eingängig zu analysieren weiss. Doch da ist noch mehr. Denn nicht alle intelligenten Menschen kommen ins Fernsehen. Ja, Herr Honegger ist ziemlich schön.

Sein Geheimnis? Der Bündner ist ein Frauen- und Männermann, eine seltene Mischung, er kommt bei beiden Geschlechtern gut an: Männer empfinden ihn als sachlich, kompetent, eloquent und gutaussehend, Frauen empfinden ihn als gutaussehend. Und natürlich als sachlich, kompetent und eloquent.

Ferner ist die Zeit auf seiner Seite: Honegger ist 35 und einer jener Männer mit weichen Gesichtszügen, denen das Alter mit seinen Ecken und Falten ganz wunderbar mitspielt, man stelle sich nur vor, wie gut er erst mit 45 aussieht! Und natürlich, wie kompetent er dann sein wird. Man kann seiner Frau nur gratulieren.

Und auch Zahnärzte dürfen jubelieren, Honegger hat aus den USA das Hollywood-Hochweisslächeln mitgebracht. Wenn er ab Herbst um zehn vor zehn den Mund aufmacht, wird sich die halbe Schweiz fragen: Brauche ich ein Bleaching?

Rasant bis legendär

Neues aus der Zürcher Gastroszene: «Nachtcafé Felix» am Bellevue; Eröffnung des Restaurants «Münsterhof». Von Hildegard Schwaninger



Glamourös: Eröffnung des «Nachtcafé Felix».

Das «Café Felix», am Zürcher Bellevue an bester Location, war bisher ein biederer Kaffeeklatsch-Treffpunkt (heisse Schoggi, Strudel, Sahnetorte), der abends um neun Uhr zumachte. Jetzt bleibt das Lokal auch nachts offen – als «Nachtcafé Felix». Die Opening Night war so rasant, dass – wenn es so bleibt – das der beste Nachtclub der Stadt werden könnte. Die Verantwortlichen **Bastian Grabaum** und **Alex Burkhardt** mischen neuerdings die Zürcher Gastroszene auf. Unterstützt von **Hans Peter Buchschacher**, Advokat und Liegenschaftsunternehmer, der sich in der Gruppe vor allem finanziell engagiert. Im März eröffnet das Trio die umgebaute «Old Fashion Bar».

Bastian Grabaum war zehn Jahre Barkeeper im «Terrasse» und wunderte sich, dass im benachbarten «Felix» so früh die Lichter ausgingen. Da hatte er die zündende Idee vom «Nachtcafé». Die Eröffnung war glamourös. Die Performancekünstler **Foc I Fum** (Travestie, Tanz, Akrobatik) wurden aus Ibiza eingeflogen, wo sie im «Pacha», «Space» und «Amnesia» auftreten. Sie tanzten auf den Tischen, zwischen Engeln, Stuck und künstlichen Blumen, mitten im herrlichen Kitschdekor des Lokals. Das Fest dauerte – draussen wildes Schneegestöber – bis vier Uhr früh. Zum Apéro kam – im Schlepptau des an Wirtshausöffnungen omnipräsenten **Otto Gisiger** (Restaurantausstatter) – **Stéphanie Portmann** aus dem Café

«Odeon». Die Enkelin von **Fred Tschanz** führt nach dessen Tod sein Imperium. **Felix Daetwyler**, der das «Café Felix» 2008 eröffnete und optisch dem amerikanischen Showstar **Libe-race** immer ähnlicher wird, zeigte sich nicht. Man sieht ihn, seit er monatelang ausser Gefecht war, weil ihn ein Schaf gebissen hat, nur noch selten im Café. Das «Nachtcafé» möchte ein gewisses Niveau halten. Türsteher sorgen dafür, dass nicht jeder hineinkommt.



Gastro-Unternehmer Hagenbach (l.), Weinberg.

Auch am Münsterhof bewegt sich etwas. **Leopold «Poldi» Weinberg** und **Adrian Hagenbach** luden zur Eröffnung des Restaurants «Münsterhof». Mehrere Gastronomen aus der Nachbarschaft schauten vorbei. **Sepp Wimmer** vom «ZunftHaus zur Waag», der einer der besten

Gastgeber der Stadt ist und überzeugt davon, dass es bei ihm das beste Wiener Schnitzel gibt (was die Gäste unterschreiben können), **Pam Pfoster** vom «Heugümper» sowie **Michel Péclard** von der «Milchbar», der wieder Single ist und mit seinen beiden Söhnen da war. Péclard hat den «Münsterhof» von 1997 bis 2010 geführt. **Ralph Lindenmann**, Herausgeber von *Zürich geht aus*, kam mit seiner Freundin **Corinna Fuetter** (aus der Filmproduzentenfamilie); **Marco Cortesi**, der Sprecher der Stadtpolizei, war da und Kunsthändlerin **Frédérique Hutter** von Katz Contemporary. Geschäftsführer in dem umgebauten Lokal ist **Jan Imbaumgarten**.

Leopold Weinberg ist ein Enkel des legendären **Karl Steiner**. So hängt im ersten Stock im «Münsterhof» ein Bild des Schweizer Malers **Franz Rederer** aus der Sammlung des Generalunternehmers. Bis vor kurzem hing es im Büro von **Peter Steiner** (Karl Steiners Sohn und Poldis Onkel), der mit seiner hübschen italoamerikanischen Frau **Stefania** zur «Münsterhof»-Eröffnung kam. **Charlotte Weinberg**, die Mutter des Gastgebers, war mit **Evelyn Lingg-Ringier**, Mitinhaberin des Ringier-Verlags, da und mit **Poldi Weinbergs** hübscher blonder Ehefrau **Lea**. Koch **René Blaser**, der vom «Baur au Lac» kommt, wurde bei der Eröffnungsparty von **Françoise Wicki** («Helvetia» und «Helviti Diner») unterstützt, die für ihr gutes Hackfleisch bekannt ist.



Koch-Duo René Blaser und Françoise Wicki.

Ein hochgewachsener, eleganter Herr war unter den Gästen: **Hans-Hinrich Dölle**. Er wohnt seit elf Jahren am Münsterhof, ist zuständig für das Projekt «Kulturplatz Münsterhof», das den Münsterhof aufwerten soll. Der Platz wird ab Frühling umgebaut, 2016 wird er autofrei (nicht jeder Wirt hat da Freude). Startschuss für den «Kulturplatz Münsterhof» ist der 28. März, 30. Todestag von **Marc Chagall**, Schöpfer der Glasfenster im Fraumünster. Der Platz wird mit Chagall-Hängefahnen beflaggt, in der Kirche finden drei Chagall-Gedenkkonzerte statt. Etwa hundertmal im Jahr soll ein Kulturprogramm stattfinden; im Januar 2017 gibt es die Eislaufshow «Münsterhof on Ice».

Im Internet

www.schwanagerpost.com

Kunst des Fliegens

Die Biomechaniker Christine Schärer, 34, und Balz Müri, 38, haben im Dezember geheiratet. In einer Beziehung herrschen ähnliche Bedingungen wie beim Gleitschirmfliegen.



«Es war magisch»: Ehepaar Schärer-Müri.

Balz: Wir lernten uns bei der Arbeit kennen. Am Anfang stand die Sympathie, danach entdeckten wir viele Gemeinsamkeiten, darunter auch ein ähnliches Temperament, die gleichen Lebensziele. Ich wusste ziemlich schnell, dass Christine der Mensch ist, mit dem man das weitere Leben verbringen könnte.

Christine: Flirt und Verliebtheit waren wunderschön, dennoch weiss man am Anfang nicht, wie es weitergeht, ob daraus etwas Verbindliches wird, man dem Menschen vertrauen kann. Bei Balz wurde ich nie enttäuscht. Ich bin eigenständig, und wenn ich mich an die Zeit ohne meinen Partner erinnere, gibt es viel Freiheit, aber auch die Sehnsucht nach jemandem, der versteht, was man ist und was nicht. Diesen Menschen fand ich in meinem Mann.

Balz: Autonom bleiben, aber doch auf den anderen achten, vertrauen und die eigenen Instinkte trotzdem nicht verlieren: Die Partnerschaft ist ähnlich wie ein Flug mit dem Gleitschirm, und eine scheinbar ruhige Wetterlage kann überraschende Gefahren bergen, auf die man individuell reagieren muss, will man sich keinen Risiken aussetzen.

Christine: Wenn die Welt unter einem kleiner wird, dann rückt im Idealfall auch alles andere

in weite Ferne. Ich hatte meine ersten Flüge bereits hinter mir, als wir ein Paar wurden, ich spürte sofort, dass es meine Sportart war. Das Gleiten und Sich-kontrolliert-treiben-Lassen, das Einschätzen der eigenen Kräfte und das Suchen von Limiten, ohne diese zu übertreten, fand ich interessant. Dass Balz meine Leidenschaft bald teilte, war ein Glück, das unsere Verbindung in jeder Hinsicht stärkte. Den ersten Flug in mehreren hundert Metern Höhe machten wir zusammen.

Balz: Man verfolgt im Flug, was der andere macht, man ist zusammen und ist doch allein, man sieht den geliebten Menschen möglicherweise auch in einer Gefahrensituation, weil die thermischen Bedingungen unberechenbar sein können. Man lernt, bei aller Innigkeit einer grossen Liebe, zu akzeptieren, dass der andere ein Individuum ist und bleibt und sein Weg an deiner Seite keine immerwährende Selbstverständlichkeit sein muss. Die gemeinsamen Flüge dauerten anfänglich nur zwanzig Minuten, doch dann wurden sie immer länger.

Christine: In Australien flogen wir sechs Stunden am Stück über das Outback. In Argentinien flogen wir zusammen mit den Vögeln im Wind, und in den Baumwipfeln des Urwaldes sahen wir die Affen herumturnen. Es war magisch. Im Nachhinein stellte sich diese sechsmonatige Weltreise als vorgezogene Flitterwochen heraus.

Balz: In Zentralamerika wurden wir ausgeraubt; bis auf die Gleitschirme war alles weg: Kleider, Geld, Ausweise, Fotoausrüstung. Wir machten eine lange Liste der gestohlenen Ware. Am Schluss fragte die Beamtin: «Ist das alles?» Mich durchlief es heiss und kalt, denn mir kamen die Monate zuvor gekauften Verlobungsringe in den Sinn, von denen Christine nichts wusste. Wir hatten nur noch uns beide, kurz, der Moment hätte nicht passender sein können. Ich antwortete also: «Nein, es waren noch zwei Goldringe dabei», und machte Christine auf einem Polizeiposten in Costa Rica den Antrag.

Christine: Das prachtvolle Fest fand auf dem Schloss Rapperswil statt; wir wussten bereits, dass ich Zwillinge erwartete. Das Gleitschirmfliegen muss nun eine Pause machen, dafür soll unser privater Höhenflug ewig dauern.

Protokoll: Franziska K. Müller

Gottlos

Von Andreas Thiel — Viele, die sich auf Gott berufen, sind eher gottlos.

Kritiker: Herr Thiel, wäre es nicht auch mal an der Zeit, die Gewaltexzesse der christlichen Kirchen zu kritisieren?

Thiel: Da erlegen wir einen toten Vogel.

Kritiker: Wieso?

Thiel: Diesen Vogel haben bereits Generationen vor uns vom Himmel geholt.

Kritiker: Sie meinen die Reformatoren?

Thiel: Ja.

Kritiker: Die Reformation war aber nicht gerade unblutig. Kann etwas Blutiges gut sein?

Thiel: Das Blutvergiessen wäre nicht nötig gewesen – im Gegensatz zur Reformation.

Kritiker: Aber die Reformation war ein Desaster. Sie hat die Macht der christlichen Kirche endgültig gebrochen.

Thiel: Die Macht der Kirche, aber nicht die Macht des Glaubens.

Kritiker: War die Herrschaft der Kirche denn so schlimm?

Thiel: Nicht überall und nicht unbedingt, denn vor dem Medienzeitalter wusste der Papst gar nicht, was seine Schäfchen so machten.

Kritiker: Das war natürlich ein grosser Nachteil für den Papst.

Thiel: Ich würde sagen, eher ein Vorteil. Denn die Schäfchen wussten auch nicht, was der Papst macht.

Kritiker: Aber heute ist der Papst ja omnipräsent.

Thiel: Und bis vor kurzem konnte man sich das nicht einmal von Gott vorstellen.

Kritiker: Was gäbe es denn am heutigen Christentum zu kritisieren?

Thiel: Die Gottlosigkeit.

Kritiker: Was meinen Sie damit?

Thiel: Den Atheismus.

Kritiker: Sie sprechen von einer atheistischen Strömung innerhalb des Christentums?

Thiel: Die wenigsten, die sich heute noch Christen nennen, glauben wirklich an Gott.

Kritiker: Und was kritisieren Sie an diesem Atheismus?

Thiel: Die Gottlosigkeit.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Der behende Dicke

Von Peter Rüedi



Auch auf harmlosem Terrain ausgetragen, sind Glaubenskriege des Teufels. Etwa beim Wein, etwa in den gelegentlich absurden Stildebatten zwischen Liebhabern eines barocken Schönheitsideals und Anhängern schlanker oder gar asketischer Formen. Wucht und Opulenz gegen Finesse und Eleganz. Als könnte nicht jeder nach seiner Façon selig werden, schaudert es die einen schon bei jedem Alkoholgehalt über dreizehn Prozent, während die anderen einen nur im Stahl ausgebauten Tropfen nicht nur beim Degustieren in den Kübel spucken. Wie in der Küche das Fett – auch so ein Gegenstand erbitterter Glaubensdifferenzen! – ein grosser Harmonisator ist, kann ja beim Wein ein hoher Alkoholgehalt tatsächlich Kanten und Ecken maskieren, fehlerhaft unfreiwillige, aber auch gewollte. Am Ende macht's die Mischung, das Gleichgewicht vieler Komponenten. Wer wollte von einem Diskuswerfer die Statur eines Balletttänzers verlangen? Im Übrigen gibt's nicht nur in der Kunst den Typus des behenden Dicken (Oliver Hardy! Fats Waller!). Muss man sich in Zeiten der Trendwende (weg vom dominanten Holz, von zu hohem Alkoholgehalt, zu viel Extraktion und Konzentration) auch mal wieder bewusst machen. Ein guter Anlass dazu ist der argentinische Malbec eines jungen Betriebs am Fusse des imposanten Andenvulkans Tupungato, der sich den für einen Allergiker wie mich abschreckenden Namen «Ambrosía» gegeben hat, natürlich die Götterspeise der griechischen Mythologie meinent und nicht das invasive Beifussblättrige Traubenkaut (*Ambrosia artemisiifolia*). Lassen wir das. Der Malbec Precioso wächst an den Hängen des Tupungato im Valle de Uco südlich von Mendoza auf 1250 Metern Höhe. Das macht, bei aller Wucht, seine Finesse: die Differenz zwischen heissen Tagen und kalten Nächten. Eine sinnbetörende süsse Frucht und Würze, Pfeffer, Nelken, Tabak, *you name it*; aber eben auch eine gute Säure. *No syrup!* Vergessen wir Oliver Hardy. Dieser Malbec ist ein Muhammad Ali unter den Weinen.

Ambrosía de Tupungato: Malbec Precioso 2011.
15,3%, Fr. 29.–. www.boucherville.ch

Wohlfühlküche

Antonio Colaianni verbindet im «Mesa» brillant Klassik, Avantgarde und italienische Einfachheit. Von David Schnapp



Verspielte Küche mit geschmacklicher Tiefe: Antonio Colaianni, «Mesa», Zürich.

Im Herbst 2012 übernahm Antonio Colaianni die Küche des Restaurants «Mesa», eines der Lieblingsorte für Zürcher Feinschmecker. Seit her hat er dem Ort eine neue kulinarische Identität gegeben und vor allem: Italianità. Colaianni (Jahrgang 1969) ist in Bern aufgewachsen und hat während seiner Kochlaufbahn die klassischen, französischen Zubereitungstechniken verinnerlicht, aber nie seine italienischen Wurzeln vergessen. Als neugieriger Mensch hat sich Colaianni später auch für die Herangehensweise der Avantgardisten in der Küche interessiert. Unvergessen ist mir ein Gericht, das ich bei ihm gegessen hatte, als er noch für «Il Casale» in Wetzikon verantwortlich war (ungefähr 2010): Es hiess «Waldluft» und war von einem Schaum bedeckt, der tatsächlich roch, als würde man in einem Wald nach dem Regen tief einatmen – eine wunderbare kleine Textur-Aroma-Spielerei.

Mutig und unterhaltsam

Auch beim Menü, das mir letzte Woche im «Mesa» serviert wurde, spielte Colaianni mit Techniken der Molekularküche, die er subtil einsetzt, wenn auf einem Löffel der italienische Pre-Dinner-Cocktail-Klassiker Negroni als Sphäre (ausser fest, innen flüssig) serviert wird. Dazu gibt es knuspriges, leichtes sardisches Brot mit Frischkäse, Kichererbsen mit süssen Zwiebeln oder einen Chip mit Peperoncini-Gel.

Das Schöne an Colaiannis Küche ist ihre verspielte Art und geschmackliche Tiefe. Nach einem etwas unübersichtlichen Teller mit Saibling, Orangen und Karotten, der mir insgesamt zu süss und zu indifferent ausfiel, kommt eine konzentrierte Meeresspeckung mit Gambero rosso, Pulpo, Chorizo und Ramiro, einer milden Paprikasorte, die sowohl als Gemüse wie als auch Teil der ausgezeichneten Sauce auf Basis eines Krustentierfonds zum Einsatz kommt. Danach folgt ein erstaunlich simples Pastagericht aus Maccheroncini, einer säuerlichen Tomatensauce, Favabohnen, Cima di Rapa und einem hellen Tomatenschaum. Das ist mutig wie unterhaltsam in einem ansonsten doch eher von der Hochküche geprägten Menü.

Aber Antonio Colaianni gelingt dieser Spagat leicht, er verbindet verschiedene Stile gekonnt zu einer charakteristischen eigenen Note. Nach der Pasta folgt nahtlos, obwohl es gleichzeitig ein ziemlicher Bruch ist, eine Kombination aus Sot-l'y-laisse, dem Blattstielgemüse Kardy, Spinat, einem tiefen Geflügeljus, einer Kartoffel-Espuma und schwarzem Trüffel. Das ist ein Wohlfühlgericht erster Güteklasse und typisch für das «Mesa» von Antonio Colaianni.

Restaurant Mesa
Weinbergstr. 75, 8006 Zürich. Tel. 043 321 75 75
Sonntags und montags geschlossen
Ausführliche Besprechung des Menüs auf
www.dasfilet.ch



Auto

Rock oder Pop

Mit dem Adam Rocks will Opel ein neues Marktsegment erfunden haben. Aber was verstehen wir schon von Marketing? *Von David Schnapp*

Der Opel Adam ist ein sehr feiner Kleinwagen, gut designt, zukunftsweisend motorisiert und mit der Möglichkeit versehen, ihn nach persönlichen Vorlieben mehr oder weniger bunt zu gestalten. Nun gibt es etwas Neues in der Adam-Familie, es heisst Adam Rocks und soll, so schreibt Opel, «gleich sein eigenes, neues Marktsegment» begründen: «Urbaner Mini-Crossover» heisst dieses Segment, und gemeint ist ein kompaktes Auto mit mehr Bodenfreiheit, Schutzverkleidungen und Unterfahrschutz, die für «seinen robusten, muskulösen Charakter» stehen, wie Opel ausserdem

Opel Adam Rocks 1.0 Direct Injection Turbo

Leistung: 115 PS, Hubraum: 999 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 196 km/h
Preis: Fr. 20 050.–



schreibt. Eine gute Idee ist das automatische Faltdach, das den kleinen Adam schnell zum «Open-Air-Mobil» macht.

Lustiger Dreizylinder

Lässt man den Marketing-Sprech weg, bleibt wie gesagt ein sehr feiner Kleinwagen mit etwas Zierrat, der uns recht gut gefällt. Auf jeden Fall sieht der Opel Adam flott aus, er wirkt modern, und die Designer haben auf allzu modischen Schnickschnack verzichtet. Unser Testwagen war in einem edlen Cremeweiss lackiert und trug dazu eine strahlend blaue Kontrastfarbe sowie auffällig geformte, grau lackierte 18-Zoll-Felgen. Der Innenraum wirkte mit seinen in derselben blauen Farbe wie aussen lackierten Elementen modern und aufgeräumt. Bei einer Länge von 3,75 Metern ist im Adam gut Platz für zwei Personen vorne, wer hinten sitzt, sollte noch im Kleinkindalter sein, und der Kofferraum ist mit zwei Papiertragtaschen bereits gut gefüllt. So viel zu den Platzverhältnissen, aber schliesslich heisst es ja auch Mini-Crossover.

Im Grossen und Ganzen sieht der Opel Adam eher nach Pop aus als nach Rock, aber

man versteht, dass ein Name wie Opel Adam Pops nicht so gut klingen würde. Und neben all dem schönen Schein, den schicken Lackierungen und dem vielfach vernetzten Unterhaltungssystem, das sich mit Smartphones und Apps gut versteht, überzeugt der Kleinwagen auch beim Fahren.

Grund dafür ist ein lustiger Dreizylindermotor mit dem Namen 1.0 Ecoflex Direct Injection Turbo, wahlweise mit 90 oder 115 PS. Der Motor, verspricht Opel, «setzt mit aussergewöhnlich geringer Geräusch- und Vibrationsentwicklung einen neuen Standard bei den Dreizylindermotoren».

Ob das so ist, können wir nicht abschliessend beurteilen, tatsächlich aber fährt sich das kleine Triebwerk erstaunlich ruhig und geräuscharm. Entspannt rollt man dahin, muss davor noch die kleine Anfahrschwäche überwinden, die am Rotlicht jeweils für eine irritierende Sekunde (geschätzt) sorgt, bis der Adam richtig loslegt. Mit der stärkeren Motorvariante verbraucht der Mini-Opel rund 5,5 bis 6 Liter Benzin, was gut, aber nicht überragend ist.

Optisch gelungen, technisch innovativ, könnte man die Vorzüge des Opel Adam Rocks kurz zusammenfassen. Ob das schon reicht, um ein neues Marktsegment zu begründen? Wir wissen es nicht. Aber was verstehen wir schon von Automobilmarketing?



«Keinen Masterplan geschmiedet»: DJ und Produzentin La Croix.

MvH trifft

Tanja «La Croix» Wettach

Von Mark van Huisseling — Weshalb wird man Discjockey als gutaussehende Frau?

Hast du den Sommerhit 2015 schon im Kopf beziehungsweise auf dem Chip?» – «Ja also, wir haben ihn eigentlich schon fertig produziert, haha. Die eine Single kommt raus Ende März/Anfang April, die heisst «Time Is Now», dafür haben wir letzte Woche einen Videoclip gedreht in Hamburg. Und der zweite Song wird dann so im Juni rauskommen, auf den Sommer hin.» – «Legst du noch richtige Platten auf?» – «Ich hab fünf Jahre lang mit Vinyl gespielt, ich habe auf Vinyl gelernt. Und dann musste ich gezwungenermassen auf CDs wechseln ... Weil mein Laden in St. Gallen, wo ich regelmässig Platten kaufte, in Konkurs ging. Aber ich konnte mich gar nicht von den Platten lösen, es ist mir echt schwergefallen. Doch dann hab ich auf CDs umgeschaltet, und ich arbeite auch noch mit USB-Stick.» – «Hast du deine Platten selber getragen?» – «Ja, ich war auf China-Tour, ich hatte Plattenkoffer dabei, die waren zusam-

men dreissig Kilo. Dann mein Koffer, noch mal zwanzig, und die Handtasche, ungefähr fünf Kilo ... Das hat dazugehört.»

Tanja Wettach, Künstlername La Croix, «ist House-DJ und -Produzentin», steht bei Wikipedia. Für Leser, die die ehemalige Miss Bodensee / die Drittplatzierte am Miss Model of the World Contest des Jahres 2000 nicht kennen, steht ferner zum Beispiel in der *Schweizer Illustrierten*, dass sie ein Star-DJ ist sowie verführerisch (*Blick*), scharf (*Sonntagsblick*) respektive schön sexy (*Blick am Abend*). Sie ist vermutlich die erfolgreichste Djane beziehungsweise die erfolgreichste She-DJ – weibliche Bezeichnungen dieses Berufs sind komisch, sie selber spricht von sich als weibliche DJ – der Schweiz; sie tritt auf in grossen Clubs und an Festivals, bei uns und im Ausland. Seit kurzem hat sie einen Vertrag mit Warner Music Germany. Sie lebt in einer Vierzimmerwohnung in Wallisellen mit ihrem Freund.

«In der NZZ stand über DJ Antoine: «Von den Massen verehrt, von den Kritikern ignoriert.» Ist das bei dir auch so?» – «Ähm, ich weiss nicht, ob das schon so weit ist, das muss man zuerst schaffen.» – «Du meinst, du wirst noch nicht einmal ignoriert von Kritikern?» – «Nein, ich meine, ich glaub' schon, dass ich geschätzt werd' in der Szene, weil sie wissen, dass ich es auch technisch draufhab'. Und dass ich mich auseinandersetze mit dem Job DJ, dass es meine Leidenschaft ist. Aber sicher gibt's auch Kritiker. Leute, die gegen etwas sind – gegen das Outfit, das Auftreten, die Homepage ...» – «Ich denke, bei der Kritik geht es zur Hauptsache um die Musik – Antoine, so etwas wie dein Mentor, und du spielen, was man als kommerzielle elektronische Musik beschreiben kann.» – «Dann soll's so sein, mir ist das so ziemlich lang wie breit. Ich spiel' verschiedene House-Stile; House, EDM [Electronic Dance Music], auch mal Tech House, Deep House ... Durch diese Flexibilität werde ich breit gebucht. Ich möcht' an die Masse rankommen, das ist das, was ich liebe.»

«Weshalb wird man DJ, als Frau?» – «Bei mir war's so: Ich hab zehn Jahre gemodelt und wollte einfach ein Hobby. Ich habe vier Jahre Klavier gespielt, von neun bis dreizehn, und spürte, als ich modelte, dass mir die Musik fehlte. Dann habe ich Antoine kennengelernt und zugeschaut, wie er es macht – es hat mich fasziniert, wie er mit seiner Ausstrahlung, seinem Charisma und Sound die Leute in den Bann zieht ... Dann habe ich angefangen, damals noch im Kinderzimmer, mir das selber beizubringen. Ich wollte nicht mit Auflegen Geld verdienen, sondern machte es als Hobby. Ich hab mich gesträubt dagegen, das erste *booking* anzunehmen – eine Festveranstaltung in einer Beiz, die ein Freund von mir hatte. Es kam gut an bei den Leuten, und ich hab dann das Modeln zurückgesteckt; ich hab mir keinen Masterplan geschmiedet, es hat so sein müssen.» – «Ist es schwieriger für eine Frau, DJ zu sein?» – «Vorurteile sind natürlich schon da, gegenüber Frauen hinter dem DJ-Pult. Ich musste mir den Respekt schwer erkämpfen.» – «Was für Vorurteile?» – «Es ging eigentlich drum, dass ich sexy angezogen bin. Aber das hab ich nicht gemacht, um besser zu punkten. Ich war schon immer sexy angezogen; sexy, aber nicht billig, sondern mit Stil. Und weil zum Beispiel bauchfreie, knappe Tops für mich bequem sind.» – «Kurzfristig hast du profitiert von deinem sexy Image, aber mittelfristig?» – «Ich mach's jetzt seit elf Jahren – ziemlich langfristig, würd' ich sagen.» – «Was wirst du als Nächstes tun?» – «Kurzfristig? Die Parkuhr nachzahlen. Und längerfristig mit meiner Single auf Tournee gehen, Anfang April, in Europa.»

Ihr liebstes Restaurant: «Nammos», Psarou Beach, Mykonos, Griechenland. Tel. +30 2289 02 24 40

1		2		3		4	5			6	7	8		9
						10		11						
12	13		14							15				16
17														
	19													
						20				21	22			
23		24		25										
27												29	30	
31			32		33									
		35										37		
38												39		
		40												

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Was man gerade so tut

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Er kümmert sich um vieles, was so krecht und fleucht. 6 Weder Fisch noch Vogel, dafür fantastischer Löwenvogel. 10 Gemäss diesem Umstandswort sind die gesundheitlichen Umstände bestens. 12 Ist sie genügend gross, reibt sich der Händler die Hände. 15 Nichts von Liebe, aber die Einheit hat auf die Länge gesehen sicher Bestand. 17 Huang Shan: Tourismusmagnet, Unesco-Weltnaturerbe – fehlt nur die Provinz. 18 Da sind die meisten Kinogänger bereits draussen. 19 Ist wohl so, wenn Wanderern manchmal die Lust ver- und die Puste ausgeht. 20 Die Palmen präsentieren sich dort in Spanien städtisch. 23 Der Stall im Tessin ist dann etwas für den gutsituierten Städter. 26 Er wie sie liegen weltweit im Trend, und obendrauf obenauf. 27 Der Friedhof in Prag hallt nach wie sein Echo. 28 Wir wollen mit etwas beginnen, nur wie, das ist die Frage. 31 So ist jemand zweifellos anständig. 34 Dies zu sein ist für viele kein Vergnügen, für andere hingegen schon. 35 Der Kirche war das heliozentrische Weltbild dieses Italiens ein Frevel! 37 Er schleicht besonders gern über den Boden. 38 Schon wahr, sie hat etwas von einem Schlumpf. 39 Rein wird es nur in der richtigen Zusammensetzung. 40 Fehlt beim Logh zum irischen See. 41 Beim Wort genommen, könnte man meinen, sie kenne keine Fröhlichkeit.

Senkrecht — 1 Mit Hilfe ausgetauschter Hälften spielen Schweizer Fussball. 2 Nüchtern betrachtet ein Edellaubgehölz, aus mythologischer Sicht ein Weltenbaum. 3 Eitelkeit als Eigenschaft wirkt tierisch komisch. 4 Bei dieser Art von Gepflogenheit ist nichts dabei von Förmlichkeit. 5 Sie hing im Kleiderschrank vornehmer Römer. 6 Gemeinde im Rheintal, auch den Jägern gut bekannt. 7 Kein Kunstwerk, dieser Klotz in menschlicher Gestalt. 8 Eine Art europäisches Pendant der südostasiatischen AFTA. 9 Das lebende Fossil mag es auch im Garten schattig. 11 Dadurch sieht man, was einem folgt. 13 Zum Auftakt einen Einbruch, das ist genau die Lösung. 14 Der deutsche Autohersteller produzierte gerade mal 47 Exemplare. 16 Die Bindung kann auch Anstrengung bedeuten. 21 Folgt in Sachen Aktien auf zu, über oder unter. 22 Im Norden geht er fließend in die Seealpen über. 23 Wenn es um Schiffe geht, hat er einiges zu sagen. 24 Der Psychiater braucht sich keine zu machen, solange sich andere welche machen. 25 Bella, das Land, wie wir es auch kennen. 29 Grenoble können wir uns ohne sie kaum vorstellen. 30 Dorsalis inbegriffen, ist die Lues fortgeschritten. 32 Liebling der Schnäppchenjäger. 33 Herrschergeschlecht: nach Yuan und vor Qing. 36 Er unterrichtet, so viel ist gewiss, nur zur Hälfte Schüler.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 403

T	E	E	R		D	I	S	C		P	S	A	L	M
I	R	R	E	R		N	A	H	T		R	L	I	A
E	I	N	S		I	E	D	L	E	R	K	R	E	B
R	E	I	S	B		R	E	Z	A		B	A	R	S
	S		O	G	I	E	R		D	I	E		E	
L	E	E	R	E	N		N		I	N	N	S		B
A	E	R	T		P	F	O	R	T	E		B	S	A
P		D		L	U	I		E	I	S	W	E	I	N
T	A	F	T		T	R	E	N	O		E	B	E	N
O	L	L	E	R		M		A	N	F	R	A	G	E
P	R	O	M		I	N		E	N	T	L		L	E
	A	H	A	B		N		E	N	T	E	R	N	

Waagrecht — 1 TEER 5 DISC 9 PSALM 14 IRRER
16 NAHT 18 ELIA (Kazan, Regisseur des Filmes *Ein Gesicht in der Menge*) 19 EINSIEDLERKREBS 20 REISE 21 REZA 22 BARS 23 OGIER (Ogi plus er) 25 DIE 27 LEEREN 29 INNS 32 AERT (rate) 33 PFORTE 36 ESA 38 LUI (auch: franz. f. ihm) 39 EISWEIN 41 TAFT 44 TRENO (it. f. Zug) 45 EBEN 46 OELER 48 ANFRAGE 49 PROMINENTE 50 LEER 51 AHAB (Kapitän aus Moby-Dick) 52 ENTERN

Senkrecht — 1 TIER 2 ERIESEE 3 ERNI (Hans, Künstler, geb. 1909) 4 RESSORT 6 INDRE 7 SALERNO 8 CHEZ (franz. f. bei) 10 SERBEN 11 ALEA (lat. f. [Spiel-]Würfel) 12 (Cuba) LIBRE (Longdrink) 13 MASS 15 RIEGE 17 TRADITIONEN 24 INPUT 26 INES (eins) 27 LAPTOP 28 ERDFLOH 30 SEEBÄER 31 BANNER 34 FIRMFIRMEN 35 RENATE (Künast, dt. Grünen-Politikerin) 37 SIEGEN 40 WERLE 42 AERA 43 TEMA (it. für Thema) 47 RIB (engl. für Rippe)

Lösungswort — PREISTRAEGER

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

Rund 10'000 Produkte, selber hergestellt.



VON UNS.
VON HIER.



Mehr auf: www.vonuns-vonhier.ch



Was uns am Herzen liegt, das machen wir selber. Deshalb stellen wir viele Migros-Produkte in unseren eigenen Schweizer Betrieben her.

MIGROS
Ein **M** einzigartiger.